

P R O T O K O L L

über die 34. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 29. Juni 1989, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:
Leopold Wippersberger
Karl Holub

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Rudolf PimsI
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Franz Enöckl
Walter Hahn
Karl Hochrathner
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Günter Mayrhofer
Rudolf Pickl
Ing. Karl Pragerstorfer
Erna Probst
Franz Rohrauer
Gertrude Schreiberhuber

Ing. Dietmar Spanring
Franz Steinparzer
Franz Straßer
Hubert Sturmberger
Leopold Tatzreiter
Otto TremI
Anton Vorhauer
Alfred Wallner
Wolfgang Wieser
Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor OSR.
Dr. Franz Knapp
Magistratsdirektor-Stellvertreter
OSR. Mag. Johann Rabl
SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann
MR. Dr. Kurt Schmidl

PROTOKOLLFÜHRER:
Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer
Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kennisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

GHJ1-3161/89	Ankauf einer elektronischen Bildschirmschreibmaschine (Ersatzbeschaffung) für die MA I.
GHJ2-5857/88	Öffentliche Kinderspielplätze - Erneuerung von Spielgeräten.
Bau3-6340/88	Asphaltierungsprogramm 1989; Ausbau Sandbauernstraße - Fremdgrundeinlöse und Gehsteigerrichtung; Ergänzung zum StS-Beschluß vom 13. 4. 1989.
GHJ2-2127/89	Städtische Kindergärten; Malerarbeiten.
Ha-2618/89	Arbeitsgemeinschaft "Sonnenzug"; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
ÖAG-3455/89	Mülldeponie der Stadt Steyr; Eichung der Brückenwaage.
Ha-3199/89	Amnesty International; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
Ha-3129/89	Freiwillige Stadtfeuerwehr Steyr; Rückerstattung der Lustbarkeitsabgabe für den Feuerwehrball 1988.
Sport-4820/81	Ankauf von Fußballtoren für die Sportanlage Rennbahn.
Ha-740/89	Österr. Forsttagung 1989 in Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Rp-800/88 Kontrollamt der Stadt Steyr; Jahresbericht 1988.
- 2) Präs-491/89 Atomkraftwerk Temelin - negative Auswirkungen auf Oberösterreich; Resolution.
- 3) Präs-227/89 Einrichtung eines Gestaltungsbeirates.
- 4) Bau2-6446/86 Verein "Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik"; Umbau des Direktionsgebäudes im Wehrgraben; Gewährung einer Subvention (1. Teil).

- 5) Ha-6811/84 Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG; Gewährung einer Subvention.
- 6) Ha-2737/89 SK Vorwärts Steyr; Errichtung von Flutlichtanlagen; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
- 7) K-7200/88 Abwicklung der Gastspielsaison 1989/90 des Landestheaters Linz im Stadttheater Steyr; Abschluß eines Werkvertrages.
- 8) K-6701/86 Ausstellung "Josef Werndl (1831 bis 1889) - Leben und Werk; 125 Jahre Wäffen aus Steyr"; Festsetzung der Eintrittspreise.
- 9) GHJ1-92/89 Erweiterung der Siemens-Computeranlage vom Typ 7.530 B auf 7.530 D.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 10) Präs-531/89 Festsetzung der Reisezulagen ab 1. 5. 1989.
- 11) GemVIII-3922/89 Müllabfuhrgebührenordnung der Stadt Steyr; Änderung.
- 12) Buch-7100/88 Rechnungsabschluß 1988.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHREHUBER:

- 13) GHJ2-2345/89 "Haus der Begegnung" Gleink - Kindergarten Gleink; Schaffung eines Behindertenkindergartens; Umbaumaßnahmen.
- 14) Bau5-3981/86 Umbau Zentralaltersheim; Ausbau der Krankenstation; Auftragserweiterung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

- 15) Ges-2400/87 Grundsatzklärung zum Umweltschutz.
- 16) ÖAG-1901/87
Müllabfuhr Müllabfuhrordnung der Stadt Steyr; Änderung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK :

- 17) Bau3-1163/88 Pflasterung in der Enge Gasse; Vergabe von Zusatzarbeiten Ergänzung des GR-Beschlusses vom 20. 10. 1988.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 18) Bau2-6021/88 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 55 - Peter Bittner - Müllsortieranlage Mühlstraße.
- 19) Bau6-5381/87 Kanalisation Münichholz; Errichtung Pumperwerk Forelle; Mittelfreigabe 1989.
- 20) Bau6-646/88 Kanalisation Taschlried-Resthof NS A 1, 2. Teil; Aufhebung der 2. Ausschreibung.
- 21) Bau5-3523/87 Ersatzbeschaffung von Garagen im Stadtteil Wehrgraben - Abschnitt II, Gaswerk-gasse.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 22) ÖAG-3712/89 Errichtung Kanalisation Steyrdorf; Erneuerung bzw. Neuverlegung von Trinkwasser- und Erdgasversorgungsleitungen im Stadtwerke Baubereich.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 23) GHJ2-7454/87 Gemeindeeigenes Objekt Wagnerstraße 2 - 3; Fenstererneuerung - 1. Etappe.
- 24) GHJ2-2451/89 Gemeindeeigenes Objekt Sportheim Hubergut; Umdeckungsarbeiten - 1. Etappe.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die heutige Sitzung und darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich Herr Gemeinderat Brandstötter, die Gemeinderäte Eichhübl, Manetsgruber, Spöck und Frau Gemeinderat Wieser. Herr Gemeinderat Zagler wird etwas später kommen. er ist in seiner Tätigkeit als Schuldirektor derzeit in Maturaangelegenheiten beschäftigt.

Für die heutige Sitzung bitte ich die Gemeinderäte Steinparzer und Hochrather um Übernahme der Protokollprüfung.

Zur Behandlung von allfälligen Anfragen darf ich sagen, daß mir solche nicht vorliegen. Dieser Punkt ist damit erledigt.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich zu einigen aktuellen Themen kurz berichten. Zunächst zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage.

Aus dem Bericht des Arbeitsamtes ergibt sich folgendes: Die nach wir vor günstige konjunkturelle Situation führt zu einer sehr guten Auslastung und Beschäftigtenlage der Wirtschaft und damit zu einem beträchtlichen Ansteigen der Arbeitsmöglichkeiten für beschäftigungslose Arbeitskräfte. Besonders erfreulich für den lokalen Bereich ist die gute Geschäftslage in der Metallwirtschaft, speziell der Fahrzeugindustrie, aber auch in der Bauwirtschaft, also den tragenden Bereichen des Bezirkes hinsichtlich der Arbeitsplätze.

Gegenwärtig sind 823 Männer und 979 Frauen, also insgesamt 1.802 Personen als arbeitslos gemeldet. Das ist gegenüber dem Vormonat eine nicht unwesentliche Verminderung um ca. 100 Personen. Besonders in den Fremdenverkehrs- und Bauberufen war eine starke Abnahme festzustellen. An offenen Stellen waren zuletzt 707 gemeldet. Im Vergleich mit dem Vorjahr ergibt sich sogar eine Zunahme um 305 Arbeitsplätze, das sind 70,9 Prozent.

Angesichts dieses großen Angebotes an Arbeitsmöglichkeiten wäre anzunehmen, daß die Zahl der Arbeitslosen rascher sinken müßte, was bedauerlicherweise nicht der Fall ist. Den bloßen Unwillen zur Aufnahme einer Arbeit als alleinigen Grund anzunehmen, wäre eine unrichtige Verallgemeinerung. Es sind bereits 38 Prozent der Vorgemerkten aufgrund von vorwiegend gesundheitlichen Beeinträchtigungen beschränkt und nur schwer vermittelbar. Eine wesentliche Ursache für Schwierigkeiten bei der weiteren Vermittlung von Arbeitslosen ist aber auch der krasse Unterschied in der Entlohnung zwischen den verschiedenen Branchen im Bezirk. Das Wissen, daß man für 8 Stunden Arbeit, je nach Branche, auch das Doppelte oder mehr an Entgelt bekommen kann, macht eine selektive Einstellung zur Aufnahme bestimmter Beschäftigungen sehr verständlich.

Zur Problematik Westbahnanschluß für Steyr darf ich mitteilen, daß in dieser Angelegenheit mehrere Schreiben beim Magistrat eingelangt sind, in denen seitens der österr. Bundesbahnen Verkehrsverbesserungen in Aussicht gestellt wurden. Außerdem hat in dieser Sache auch wieder eine Aussprache mit dem Kaufmann Franz Josef Hartlauer als Initiator der Aktion "Westbahn für Steyr" stattgefunden. Ich habe mit Schreiben vom 7. 6. 1989 Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck dahingehend informiert, daß die von der Bundesbahn in Aussicht gestellten Maßnahmen aus der Sicht der Stadt Steyr zur Beseitigung der Verkehrsmisere keineswegs als ausreichend bezeichnet werden können. Mit Nachdruck habe ich den Herrn Landeshauptmann gebeten, die Stadt Steyr bei ihren Bemühungen, Verkehrsverbesserungen sowohl im Straßen- als auch im Bahnverkehr zu erreichen, persönlich zu unterstützen. Ich habe diesen Wunsch nicht nur dem Herrn Landeshauptmann, sondern auch in einer persönlichen Aussprache auch dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Grüner vorgetragen. Ich habe unmißverständlich darauf hingewiesen, daß durch die unzureichenden verkehrsmäßigen Aufschließungen, die den in Gegenwart und Zukunft entsprechenden Erfordernissen der Wirtschaft in keiner Weise

entsprechen, die Stadt Steyr in ihrer weiteren Entwicklung gehemmt und zur Stagnation verurteilt ist. Wenn es vielleicht auch nicht zum Anschluß der Stadt an die Westbahn kommen kann, so muß doch immerhin als Minimalforderung bestehen bleiben, daß als erster Schritt die Strecke zwischen St. Valentin und Steyr zweigleisig ausgebaut wird, damit eine Basis für den Ausbau weiterer Etappen geschaffen und letztlich die Einbindung von Steyr in den Interregioverkehr sichergestellt wird. Es darf der Streckenausbau zwischen St. Valentin und Steyr nicht isoliert gesehen werden, sondern muß aus der Sicht eines großangelegten modernen Verkehrskonzeptes nur als erste Etappe gelten. Ich bezog mich in der angeführten Note weiters auf die vor einigen Monaten im Landhaus stattgefundene Aussprache, bei der festgelegt wurde, daß unter Führung des Herrn Landeshauptmannes gemeinsam mit den maßgebenden Politikern und Vertretern der Aktion "Westbahn für Steyr" eine Vorsprache beim Bundeskanzler bzw. den zuständigen Ministerien vorgenommen wird.

Zu dieser Problematik darf ich noch mitteilen, daß ich heute kurz vor der Sitzung einen Brief des Herrn Landeshauptmannes erhalten habe, den ich auch zur Kenntnis bringen möchte. "Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich bestätige den Erhalt Ihres Schreibens vom 7. Juni 1989, eingelangt am 12. Juni, betreffend den Westbahnanschluß für Steyr. In meinem Schreiben vom 12. Mai 1989 habe ich Ihnen bekanntgegeben, welche Zusagen und Zugeständnisse der Bundesbahn hinsichtlich dieser Strecke nach Steyr gemacht wurden. Ich glaube nun, daß es derzeit noch nicht sinnvoll wäre, eine weitere Vorsprache in Wien durchzuführen. Ich halte es für besser, wenn im Detail auf die Vorschläge der Bundesbahn eingegangen würde, und man seitens der Stadt mitteilte, was über die schon gemachten Zusagen hinaus unbedingt verlangt werden muß. Wir würden dann von Landesseite aus versuchen, diese Vorstellungen der Stadt Steyr in Wien vorzutragen und dafür einzutreten, daß man sich mit ihnen befaßt bzw. sie soweit als nur möglich realisiert. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu dieser Vorgangsweise und bin mit besten Grüßen, Ihr Dr. Ratzenböck".

Ich wollte dieses Schreiben bekanntgeben. Ich werde die weitere Vorgangsweise in dieser Richtung in der Fraktionsobmännerbesprechung am Dienstag behandeln. Ganz zufriedengestellt bin ich mit diesem Schreiben natürlich nicht, das muß ich hier schon zum Ausdruck bringen.

Zum Abschluß eines Nahverkehrsvertrages - das spielt auch eine Rolle in diesem Zusammenhang - zur Errichtung eines Parkdecks im Bereich Bahnhof Steyr, möchte ich folgende Mitteilung machen. In dieser Sache fand vor einiger Zeit in der Landesbaudirektion eine Aussprache auf Beamtenebene statt. Dabei wurde es vor einer weiteren Verfolgung des Projektes "Parkdeck" als notwendig bezeichnet, eine generelle Verkehrsuntersuchung für Steyr in Auftrag zu geben. Zunächst soll von Stadt und Land gemeinsam ein Anforderungskatalog für eine derartige Verkehrsuntersuchung geschaffen werden. Das Bauamt des Magistrates hat bereits die ersten Kontaktnahmen in dieser Richtung hergestellt. Die Stadt muß bereit sein, die hierfür auflaufenden Kosten, für die vom Land eine Mitfinanzierung in Aussicht gestellt wurde, aufzubringen, weil eine derartige generelle Verkehrsuntersuchung auch unabhängig von dem beabsichtigten Parkdeck unerlässlich scheint. Da die Vertreter der ÖBB in den Gesprächen betreffend Errichtung des Parkdecks in der Finanzierungsfrage bisher voneinander abweichende Meinungen äußerten, haben die Vertreter der Stadt den Vorschlag unterbreitet, das Problem in einem gemeinsamen Gipfelgespräch bei Bundesminister Dr. Streicher unter Beteiligung von Land, Stadt und ÖBB zu erörtern. Nur wenn es dabei gelingt, die ÖBB zu veranlassen, auch die der Stadt gewidmeten Kfz-Abstellplätze zumindest zum Teil mitzufinanzieren, ist eine weitere Verfolgung des Projektes "Parkdeck" von uneingeschränktem Interesse.

Ich darf darauf hinweisen, daß wir natürlich Alternativen für verloren gegangene und verloren gehende Parkplätze im unmittelbaren Stadtkern benötigen

und daß wir daher auch künftighin andere Möglichkeiten zu untersuchen haben. Aber das ist Aufgabe dieser Verkehrsuntersuchung. Sollten sich diese Gespräche zerschlagen, dann müssen wir ernsthaft prüfen die Errichtung eines Parkdecks in der Gegend des Schiffmeisterhauses. Das darf ich zunächst zur Kenntnis bringen. Ich darf aber mitteilen, daß selbstverständlich über die Ergebnisse dieser Verkehrsuntersuchung die Mitglieder des Gemeinderates unverzüglich unterrichtet werden.

Ich möchte noch erwähnen, daß am vergangenen Wochenende das Stadtfest wieder abgewickelt wurde. Es war das 10. Stadtfest und ich darf sagen, unter der Gunst des Wettergottes ist es gut abgelaufen. Es hat natürlich wie immer bei so Großveranstaltungen, wo einige zehntausend Leute sind, das eine oder andere Problem gegeben, so etwas wird nie ganz zu vermeiden sein. Ich möchte aber sagen, daß ein neuer Beteiligungsrekord erzielt wurde. Die Anzahl der Firmen und Vereine, die teilgenommen haben, war mehr als 110 und ich darf in diesem Zusammenhang allen Vereinen und Mitarbeitern den herzlichsten Dank zum Ausdruck bringen. Es gehört viel Idealismus und Einsatzbereitschaft zu. Nur bei einer groben Schätzung, bei einer sehr niedrigen Schätzung, muß man rechnen, daß etwa 1500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ehrenamtlich hier im Einsatz waren, wahrscheinlich sind es sogar 2000, denn ich habe mich beim Durchgehen erkundigt, wieviele bei den einzelnen Ständen Helfer sind. 15 bei einem Stand ist eher die untere Zahl, zum Teil sind es ja 30, 40 oder sogar mehr Mitarbeiter, die dort tätig sind. Es war der Botschafter der DDR anwesend und auch eine Delegation aus der italienischen Stadt S. Benedetto, unter Leitung des Bürgermeisters dieser Stadt. Zur gleichen Zeit hat auch in der Partnerstadt Plauen das Spitzenfest stattgefunden. Zu diesem Spitzenfest war eine Abordnung unserer Goldhaubengruppe anwesend, Kollege Vizebürgermeister Wippersberger war Delegationsleiter nicht nur der Goldhaubengruppe, sondern der gesamten Delegation. Vom 3. bis 10. Juli findet wieder der alljährliche gegenseitige Jugendaustausch der beiden Städte statt, der sich bisher im vollen Maß bewährt und wir hoffen, daß er zum gegenseitigen Kennenlernen beiträgt.

Abschließend möchte ich noch in meinen Berichten darauf hinweisen, daß die Verwaltungsarbeit des Magistrates sehr vielschichtig und oft sehr unbedankt bleibt, das muß ich sagen. Diese Tätigkeit berührt die Bürger aber sehr, eigentlich am meisten. Wenn die Verwaltung ordnungsgemäß läuft, so wird das in der Regel nicht besonders registriert, sondern als Selbstverständlichkeit angenommen. Ich möchte aber doch die Gelegenheit wahrnehmen und stellvertretend für immer wieder beim Magistrat einlangende Anerkennungs schreiben einen Brief zur Verlesung bringen. Das ist wie gesagt nur ein Beispiel, ich bekomme sehr viele solche Schreiben, aber das wird in der Öffentlichkeit nicht registriert und man sollte auch einmal danke sagen. Das ist kein danke von mir, sondern von jemandem, der sich gut bedient gefühlt hat. Es ist ein gewisser Herr Hermann Hinterlechner und er schreibt: "Ich möchte mich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, herzlich bedanken für Ihre Hilfe in der Angelegenheit Aufschließung der Schladergründe, die es mir ermöglichte, rechtzeitig mit meinem Bauvorhaben zu beginnen. Ebenso bedanken möchte ich mich dafür bei den Herren Ing. Grassnigg, Ing. Kaltenreiner, Herrn Kremsmayr, Dr. Maier, Ing. Reich, Dr. Schmoll und Herrn Selradl für die äußerst unbürokratische und rasche Eeledigung meiner Anliegen.

Ich glaube, daß man solche Sachen mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen soll. Ich darf diesen Dank auch sehr gerne weitergeben.

So weit zu meinen Mitteilungen.

Wir kommen damit zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS. Die Unterlagen wurden so wie immer zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und ich bitte Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche unseren Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen heute 9 Anträge vortragen und bitte schon jetzt um Ihre Zustimmung.

Beim ersten Antrag handelt es sich um einen Antrag des Prüfungsausschusses .

1) Rp-800/88

Kontrollamt der Stadt Steyr;
Jahresbericht 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der vom Kontrollamt der Stadt Steyr vorgelegte Jahresbericht für 1988 wird gem. § 35 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen. (BEILAGE)

Ich glaube, es genügt die Verlesung des Antrages und ich kann es mir ersparen, Details zu berichten. Ich darf darauf hinweisen, daß die Berichte des Kontrollamtes laufend ausführlich im Kontrollausschuß behandelt wurden.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Pickl bitte.

GEMEINDERAT RUDOLF PICKL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

In Vertretung von Gemeinderat Spöck, dem Obmann des Prüfungsausschusses, möchte ich mich sehr herzlich bedanken bei den Beamten des Kontrollausschusses, vor allem bei Herrn Dr. Gottlieb-Zimmermann für die gute Arbeit und die wirklich fabelhafte Zusammenarbeit. Herzlichen Dank.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke für diese Wortmeldung. Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Das ist nicht der Fall. Gegenteilige Auffassungen? Stimmenthaltung? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, einer Resolution zuzustimmen, die dem Land Oberösterreich bzw. der Bundesregierung übermittelt werden soll. Es handelt sich um eine Resolution im Zusammenhang mit der Errichtung des Atomkraftwerkes Temelin. Die Katastrophe von Tschernobyl, so beginnt der Amtsbericht, den ich auszugsweise hier vorbringen möchte. Die Katastrophe von Tschernobyl hat ein allgemeines Umdenken in der Frage der Nutzung der Kernenergie bewirkt. Die im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen politischen Parteien haben sich daher schon im Jahre 1986 mit der sich ergebenden potentiellen Bedrohung aus grenznahen Atomkraftwerken, damals im speziellen aus der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf, auseinandergesetzt. Nunmehr soll in der CSSR das grenznahe Kernkraftwerk Temelin errichtet werden, das für Oberösterreich eine mindestens ebenso große Gefahr wie die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf darstellt. Da es derzeit wenig Anhaltspunkte gibt, die darauf schließen lassen, daß die Tschechoslowakei von der Errichtung dieses Projektes abrückt, sollen alle Möglichkeiten der Bundes- und Landesregierung eingesetzt werden, um die Errich-

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und ich bitte Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche unseren Bürgermeister um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe Ihnen heute 9 Anträge vortragen und bitte schon jetzt um Ihre Zustimmung.

Beim ersten Antrag handelt es sich um einen Antrag des Prüfungsausschusses

1) Rp-800/88

Kontrollamt der Stadt Steyr;
Jahresbericht 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der vom Kontrollamt der Stadt Steyr vorgelegte Jahresbericht für 1988 wird gem. § 35 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen. (BEILAGE)

Ich glaube, es genügt die Verlesung des Antrages und ich kann es mir ersparen, Details zu berichten. Ich darf darauf hinweisen, daß die Berichte des Kontrollamtes laufend ausführlich im Kontrollausschuß behandelt wurden.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Pickl bitte.

GEMEINDERAT RUDOLF PICKL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

In Vertretung von Gemeinderat Spöck, dem Obmann des Prüfungsausschusses, möchte ich mich sehr herzlich bedanken bei den Beamten des Kontrollausschusses, vor allem bei Herrn Dr. Gottlieb-Zimmermann für die gute Arbeit und die wirklich fabelhafte Zusammenarbeit. Herzlichen Dank.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke für diese Wortmeldung. Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Das ist nicht der Fall. Gegenteilige Auffassungen? Stimmenthaltung? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, einer Resolution zuzustimmen, die dem Land Oberösterreich bzw. der Bundesregierung übermittelt werden soll. Es handelt sich um eine Resolution im Zusammenhang mit der Errichtung des Atomkraftwerkes Temelin. Die Katastrophe von Tschernobyl, so beginnt der Amtsbericht, den ich auszugsweise hier vorbringen möchte. Die Katastrophe von Tschernobyl hat ein allgemeines Umdenken in der Frage der Nutzung der Kernenergie bewirkt. Die im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen politischen Parteien haben sich daher schon im Jahre 1986 mit der sich ergebenden potentiellen Bedrohung aus grenznahen Atomkraftwerken, damals im speziellen aus der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf, auseinandergesetzt. Nunmehr soll in der CSSR das grenznahe Kernkraftwerk Temelin errichtet werden, das für Oberösterreich eine mindestens ebenso große Gefahr wie die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf darstellt. Da es derzeit wenig Anhaltspunkte gibt, die darauf schließen lassen, daß die Tschechoslowakei von der Errichtung dieses Projektes abrückt, sollen alle Möglichkeiten der Bundes- und Landesregierung eingesetzt werden, um die Errich-

tung dieses Kernkraftwerkes Temelin zu verhindern. Da bei allen Entscheidungen die gesundheitliche Unversehrtheit der Bevölkerung im Vordergrund stehen muß, ist die Entwicklung um den Bau der umstrittenen Kernkraftanlage Temelin mit großer Besorgnis zu verfolgen, zumal Oberösterreich das dem Standort nächstgelegene Bundesland ist.

Ich darf folgenden Antrag des Stadtsenates, der im Stadtsenat einstimmig verabschiedet wurde, zur Verlesung bringen.

2) Präs-491/89

Atomkraftwerk Temelin - negative Auswirkungen
auf Oberösterreich; Resolution.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 22. 5. 1989 wird in Wahrnehmung der Interessen der Bürger der Stadt Steyr, vor allem wegen der Bedrohung von Leben und Gesundheit, Beeinträchtigung der materiellen Existenz und Vermögenswerte gegen die Errichtung des grenznahen Kernkraftwerkes Temelin nachstehende Resolution an die österreichische Bundesregierung und die Oö. Landesregierung beschlossen:

1. Die Errichtung des Kernkraftwerkes Temelin muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden.
2. Die Frage der Nutzung der Kernenergie ist zu internationalisieren, so daß die Errichtung eines Atomkraftwerkes als völkerrechtlicher Tatbestand aufzufassen ist. Die Interessen von Anrainerstaaten sind jedenfalls zu wahren und ist diesen ein Mitspracherecht einzuräumen.
3. Darüberhinaus soll die Bundesregierung ersucht werden, alle atomkraftbetreibenden Nachbarstaaten zu einer eingehenden Überprüfung des technischen Standards der Sicherheitsvorkehrungen ihrer Atomkraftwerke zu veranlassen und die erforderlichen Maßnahmen einer überstaatlichen Kontrolle zu unterziehen. Insbesondere sollte die Messung der Umweltradioaktivität in Oberösterreich, das dem Kernkraftwerk Temelin am nächsten liegt, zum bestehenden Strahlenfrühwarnsystem mit dem Ausbau von kontinuierlichen Meßstellen vervollständigt werden. Weiters soll es durch systematische Probenentnahmen aus Bodenpflanzen und Nahrungsmitteln ermöglicht werden, die Voraussetzungen für eine spätere vergleichende Beurteilung als radiologische Beweissicherung zu schaffen. Auch ist die Erstellung eines bundeseinheitlichen Rahmenplanes für die wirksame Katastrophenvorsorge in Fällen großräumiger Verstrahlung als vordringlich anzusehen.

Ich darf Sie bitten, dieser Resolution zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr verehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die kommunistische Gemeinderatsfraktion vertritt den grundsätzlichen Standpunkt desto eher Alternativen zur Energiegewinnung aus Kernspaltung gefunden werden, desto früher ist ein weltweiter Ausstieg nach unserer Auffassung möglich. Daher treten wir im Rahmen unserer Möglichkeiten für alles Erdenkliche ein, um zu einem solchen Ausstieg weltweit zu kommen. Wir Kommunisten teilen die Besorgnis der Bevölkerung und ihre gesundheitliche Unversehrtheit liegt uns, glaube ich, genau so am Herzen, wie - so meine ich - dem gesamten Steyrer Gemeinderat. Aber neben den Gefahren durch die stromerzeugenden Kraftwerke in aller Welt rund um unser Land, um Österreich, in Europa, in der UdSSR, in Süd- und Nord-

tung dieses Kernkraftwerkes Temelin zu verhindern. Da bei allen Entscheidungen die gesundheitliche Unversehrtheit der Bevölkerung im Vordergrund stehen muß, ist die Entwicklung um den Bau der umstrittenen Kernkraftanlage Temelin mit großer Besorgnis zu verfolgen, zumal Oberösterreich das dem Standort nächstgelegene Bundesland ist.

Ich darf folgenden Antrag des Stadtsenates, der im Stadtsenat einstimmig verabschiedet wurde, zur Verlesung bringen.

2) Präs-491/89

Atomkraftwerk Temelin - negative Auswirkungen auf Oberösterreich; Resolution.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 22. 5. 1989 wird in Wahrnehmung der Interessen der Bürger der Stadt Steyr, vor allem wegen der Bedrohung von Leben und Gesundheit, Beeinträchtigung der materiellen Existenz und Vermögenswerte gegen die Errichtung des grenznahen Kernkraftwerkes Temelin nachstehende Resolution an die österreichische Bundesregierung und die Oö. Landesregierung beschlossen:

1. Die Errichtung des Kernkraftwerkes Temelin muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden.
2. Die Frage der Nutzung der Kernenergie ist zu internationalisieren, so daß die Errichtung eines Atomkraftwerkes als völkerrechtlicher Tatbestand aufzufassen ist. Die Interessen von Anrainerstaaten sind jedenfalls zu wahren und ist diesen ein Mitspracherecht einzuräumen.
3. Darüberhinaus soll die Bundesregierung ersucht werden, alle atomkraftbetreibenden Nachbarstaaten zu einer eingehenden Überprüfung des technischen Standards der Sicherheitsvorkehrungen ihrer Atomkraftwerke zu veranlassen und die erforderlichen Maßnahmen einer überstaatlichen Kontrolle zu unterziehen. Insbesondere sollte die Messung der Umweltradioaktivität in Oberösterreich, das dem Kernkraftwerk Temelin am nächsten liegt, zum bestehenden Strahlenfrühwarnsystem mit dem Ausbau von kontinuierlichen Meßstellen vervollständigt werden. Weiters soll es durch systematische Probenentnahmen aus Bodenpflanzen und Nahrungsmitteln ermöglicht werden, die Voraussetzungen für eine spätere vergleichende Beurteilung als radiologische Beweissicherung zu schaffen. Auch ist die Erstellung eines bundeseinheitlichen Rahmenplanes für die wirksame Katastrophenvorsorge in Fällen großräumiger Verstrahlung als vordringlich anzusehen.

Ich darf Sie bitten, dieser Resolution zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr verehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die kommunistische Gemeinderatsfraktion vertritt den grundsätzlichen Standpunkt, desto eher Alternativen zur Energiegewinnung aus Kernspaltung gefunden werden, desto früher ist ein weltweiter Ausstieg nach unserer Auffassung möglich. Daher treten wir im Rahmen unserer Möglichkeiten für alles Erdenkliche ein, um zu einem solchen Ausstieg weltweit zu kommen. Wir Kommunisten teilen die Besorgnis der Bevölkerung und ihre gesundheitliche Unversehrtheit liegt uns, glaube ich, genau so am Herzen, wie - so meine ich - dem gesamten Steyrer Gemeinderat. Aber neben den Gefahren durch die stromerzeugenden Kraftwerke in aller Welt rund um unser Land, um Österreich, in Europa, in der UdSSR, in Süd- und Nord-

amerika sowie in Südafrika und Japan, kommt die Hauptgefährdung meiner Auffassung nach durch die militärische Atomtechnik. Aber Sie, meine lieben Damen und Herren des Gemeinderates, haben bisher keinen entscheidenden Kampf gegen die Atombombenproduktion geführt. Ich habe bis auf wenige anwesende Gemeinderäte fast keinen Steyrer Gemeinderat bei Veranstaltungen, Demonstrationen im Rahmen der österreichischen Friedensbewegung gesehen, noch wurden sie bestimmt aktiv unterstützt. Nehmen wir an, das Kernkraftwerk in Südböhmen Temelin wird nicht gebaut. Aber selbst danach verbleiben noch hunderte von Reaktoren um unser Land und in Europa. Z. B. in der Bundesrepublik Deutschland gibt es 21 Atomkraftwerke, die in Betrieb sind und zwei, wie Sie sicherlich auch wissen oder vielleicht auch vergessen haben, die in Bau sind. Kein einziges Nachbarland, weder die BRD, die Schweiz, Italien, Jugoslawien, Ungarn und CSSR sind zur Zeit gewillt, auf eine Atomenergie zu verzichten. So liefern z. B. die Atomkraftwerke in Frankreich allein 70 Prozent, in Bayern 58 Prozent, in Schweden 50 und in der CSSR derzeit 20 Prozent des verbrauchten Stromes. Unser Land, wie Sie alle wissen, verfügt über kein in Betrieb stehendes Atomkraftwerk, jedoch bezieht Österreich nicht wenig Atomstrom aus anderen europäischen Ländern und darunter - das wissen Sie sicher auch - von der Tschechoslowakei. Daher glaube ich, ist es eine bestimmte Heuchelei, wenn man sich nun als große Kämpfer gegen den Weiterbau des Kernkraftwerkes Temelin aufspielt. Ich weiß schon, daß parteipolitische Lenkungsmaßnahmen hier gefallen sind. Die radioaktiven Unfälle wie in Harrisburg 1979 mögen vielleicht schon vergessen sein, weil sie weit von uns weg sind. Dort mußten immerhin 144.000 Menschen vorübergehend ihre Wohnungen verlassen. Aber besonders der Unfall vor 3 Jahren von Tschernobyl - Sie wissen ja, 30 Menschen starben, aber tausende bekamen eine sehr viel höhere Strahlendosis ab - zeigt, daß auch mit der friedlichen Nutzung der Kernenergie ernste Risiken verbunden sind. Wir Kommunisten waren seinerzeit schon gegen den Bau des Kernkraftwerkes Zwentendorf, als die sozialistische Partei und die österr. Volkspartei gemeinsam mit der freiheitlichen Partei den Bau beschluß gefaßt haben. Wir forderten den vorrangigen Ausbau und die Nutzung aller heimischen Energiequellen, wie vor allem die Wasserkraft, Kohle, Erdöl und Erdgas sowie auch Sonnenenergie für regionale Versorgung.

Die KPÖ, das möchte hier deutlich zum Ausdruck bringen, war und ist nach wie vor der Auffassung, daß Österreich die Energiegewinnung durch Kernspaltung nicht nötig hat, die unter den gegebenen Verhältnissen für andere Länder auf absehbare Zeit noch eine zwingende Notwendigkeit ist. Der Widerstand gegen Temelin ist ja zum Teil verständlich. Die andere Seite dabei ist jedoch, daß der sogenannte Atomstrom kein Mascherl hat und innerhalb des europäischen Stromverbundes nicht als solcher zu erkennen ist. Nun steigt auch der Stromverbrauch in unserem Land Österreich von Jahr zu Jahr kontinuierlich an. Einerseits fordert man die Verringerung der ausländischen Stromlieferungen, die jetzt schon zu einem beträchtlichen Teil aus Atomkraftwerken stammen, und andererseits ist man gegen den Bau der heimischen Wasserkraft, die von volkswirtschaftlicher und marktwirtschaftlicher Besonderheit und von großer Bedeutung wäre. Das, meine Damen und Herren des Gemeinderates, paßt nicht recht zusammen. Zumindestens so lange nicht, bis jeder Einzelne seinen Beitrag zum Stromsparen leistet.

Nach meiner Meinung ist der weitere Ausbau unserer Wasserkraft, vor allem der Donau, erforderlich. Aber bei allen bestehenden und neu zu schaffenden Kraftwerken und Energieanlagen müssen Umwelt und Bevölkerung durch Einbau der modernsten Technologien weitestgehend geschützt werden. Unser Land ist aufgrund seiner spezifischen Situation nicht auf Energiegewinnung durch Kernspaltung angewiesen. Für eine Reihe anderer Länder, wie gesagt, besteht aufgrund der jeweiligen nationalen Energiesituation und der internationalen Wirtschaftsstruktur heute noch keine realistische Alternative zur Kernenergie. Ange-

sichts der grenzüberschreitenden Umweltprobleme ist von unserer Regierung und auch vom Land Oberösterreich zu fordern die Nutzung und Unterstützung aller Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit, um Risiken und Gefahren zu verringern und Schäden auf ein Minimum zu reduzieren. International ist die Umleitung der enormen Rüstungsausgaben zur verstärkten Erforschung und Entwicklung alternativer Energiequellen unbedingt notwendig. Welche Alternativen sind möglich, wenn die CSSR keinen AKW-Strom erzeugt? Da muß sie die Kohlekraftwerke weiterhin sehr stark forcieren, da sie im Gegensatz zu uns zu wenig Wasserressourcen nutzen kann und auch der Import von Erdöl und Ergas Grenzen hat. Das Kohlevorkommen der CSSR ist auch allerdings begrenzt, ökonomisch ineffektiv und natürlich auch ökologisch äußerst problematisch. Die Luftverschmutzung führt ja zum Sterben der Wälder und macht natürlich auch nicht bei unserer - leider möchte ich sagen - nördlichen Grenze halt. Sie führt bei Fortführen der herkömmlichen Art weltweit zu Folgen, die ebenfalls eine große Gefahr für die Umwelt darstellen, wie Klimaveränderungen und Verschmutzung der Atmosphäre. Es stimmt schon, daß die Tschechoslowakei einen sehr hohen Energieverbrauch hat und ganz sicher Einsparungsmöglichkeiten forcieren muß. Auf diesem Gebiet weiterzukommen einerseits und alternative Energiequellen zu erschließen andererseits, ist notwendig. Dies bedingt wiederum eine internationale Zusammenarbeit. Ich begrüße jede Aktivität des Steyrer Gemeinderates, sich auch in nicht engen kommunalen Fragen und Problemen zu engagieren und Fragen, eben wie Wackersdorf und jetzt Temelin, auf die Tagesordnung zu setzen. Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, zwischen Wackersdorf und Temelin gibt es doch einen Unterschied. Trotz schlimmer Auswirkungen bei einem Unfall bei beiden, gibt es sogar einen wesentlichen Unterschied. Der Hauptzweck der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf war und ist die Erprobung von Verfahren zur Kernwaffenproduktion. Das Kernkraftwerk, sei es auch Temelin, dient der Energiegewinnung. Aber, Sie wissen auch, Atomwaffen braucht sicherlich kein friedlicher Mensch auf dieser Welt, Energie allerdings brauchen wir alle. Je schneller wir bestimmte risikoreiche Verfahren verhindern, und je schneller solche Verfahren gewonnen werden, desto schneller ist ein auch von uns gewünschter Ausstieg realisierbar und realistisch. Daher glaube ich ist es nicht unbedingt von Nutzen, wenn man sich auf einen Punkt, nämlich nur auf das Kernkraftwerk Temelin, konzentriert. Ich halte eine Resolution an die Bundes- sowie an die Landesregierung für sinnvoller, die auf internationale Kooperation setzt, um weltweit einen baldigen Ausstieg zu erreichen. Ferner soll dabei nicht vergessen werden, daß es zwischen Österreich und der Tschechoslowakei einen Informationsvertrag bereits seit dem Jahre 1982 gibt der - ich weiß nicht, ob Sie das wissen - kürzlich erweitert wurde und sich auf das in Bau befindliche Kernkraftwerk Temelin bezieht. Nun einige Worte zum Wortlaut der Resolution, die Sie sicher noch alle in Erinnerung haben, da sie ja Bürgermeister Schwarz verlesen hat. Die Punkte 2 und 3, ich will sie nicht noch einmal interpretieren, werden von der KPÖ-Fraktion unterstützt. Jedoch der Punkt 1, in dem es wörtlich heißt: "Die Errichtung des Kernkraftwerkes Temelin muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verhindert werden" ist nach meiner Auffassung ein einseitiger Akt, allein gegen das Nachbarland CSSR gerichtet. Daher werde ich dieser Resolution keine Zustimmung geben. Mir ist aber auch bekannt, daß die südböhmische Landesregierung - dort heißt es Kreis-National-Ausschuß - und die Bauleitung des Kernkraftwerkes Temelin, Mitglieder der Oö. Landesregierung - an der Spitze Herr Dr. Ratzenböck mit seinem Stellvertreter Dr. Grünner und andere - zu einem Informationsaustausch eingeladen hat und die auch das Kernkraftwerk besichtigten. Sie waren beeindruckt von den riesigen Baumassen. Kein einziger dieser Politiker hat dort nur mit einem Wort die Einstellung des Baues verlangt. Bei einem Lokalaugen-

schein am 15. März d. J. im Kernkraftwerk Temelin konnte ich mich als Leiter einer Kommunaldelegation selbst überzeugen, daß eine ganze Reihe österreichischer Firmen auch von Oberösterreich am Bau dieses Kraftwerkes beteiligt sind. Aufgrund von Gesprächen und der Auskunft der Verantwortlichen, die vom Energieministerium anwesend waren der CSSR und der Bauleitung, konkret des Leiters Generaldirektor Bokar in Temelin, sowie der Atomkommission in Wien, wurden die Lehren aus Tschernobyl gezogen und die modernsten technischen Sicherheitsanlagen installiert.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, aus meiner persönlichen Sicht könnte ich mir eine Stellungnahme zum im Bau befindlichen Kernkraft in der Richtung vorstellen, daß die Kapazität reduziert wird, und zwar auch ganz konkret, daß die Hälfte der geplanten Kapazität nicht überschritten wird. Anstelle der geplanten vier mit je 1.000 Megawatt sollen nur zwei Energieblöcke betrieben werden.

Abschließend bin ich der Meinung, daß die CSSR, aber auch Österreich und die anderen Länder alle Möglichkeiten der Energieeinsparung konsequent nützen und neue Forschungsergebnisse über Energieeinsparungen und alternative Energiegewinnung in den jeweiligen Ländern untereinander austauschen und berücksichtigen müssen. Hier, glaube ich, sehe ich die ernste Realität auf Perspektive, auf Kernenergie verzichten zu können.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Kollege Pragerstorfer bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, ich finde diese Resolution, die uns hier zur Beschlußnahme vorliegt, als einen sehr wichtigen und sehr positiven Punkt, wie in vielen anderen Bereichen von Beschlüssen, die uns heute noch vorgelegt werden, etwas, was wir uns schon lange gewünscht haben, daß gegen die Kernenergie aktiv etwas unternommen wird. Ich möchte Sie aber darüber hinaus auffordern, als Einzelperson, als Steyrer, nicht nur als Gemeinderäte, persönlich aktiv zu werden gegen dieses Kernkraftwerk Temelin. Der Grund ist, meine ich, recht einleuchtend. Temelin ist sehr sehr nahe und die Hauptwindrichtung von Temelin geht in unsere Richtung. Wie man von dem Störfall von Tschernobyl weiß und heute auch sehen kann bei der Informationspolitik, die die UdSSR in den letzten Jahren betrieben hat, ist durch diesen Störfall in der Hauptwindrichtung ein großer Bereich des Landes verstrahlt worden, unnutzbar geworden. Die Leute mußten wegsiedeln, man muß das Land zum Teil völlig abtragen und als Atommüll behandeln. Das würde im Falle Temelin in Oberösterreich im schlimmsten Fall bis nach Steyr und weiter passieren. Wir haben also alle einen sehr sehr konkreten Grund, als Einzelpersonen und natürlich auch als Vertreter anderer Leute hier direkt aktiv zu werden. Ich bitte Sie daher noch einmal, über die Resolution hinaus im Gemeinderat, unterstützen Sie persönlich alles, was in dieser Hinsicht von engagierten Österreichern unternommen wird. Es ist nicht chancenlos. Wie es auch in der westlichen Wirtschaft möglich war und wie man bei Wackersdorf gesehen hat, ist die Kernkraftindustrie in einer sehr schlimmen Lage, weil die ganzen euphorischen Ideen, was man mit Kernkraft alles tun wird und was das alles kosten wird, völlig von der Realität weggegangen sind. Jetzt holt die Realität die Kernkraftindustrie ein. Nicht nur in Westeuropa oder in den USA, sondern auch in Osteuropa. Auch aus der CSSR ist bekannt, daß die Betreiberfirma ständig neue Kosten nennt, neue Terminpläne stellt. Daß die Kernkraftwerksblöcke ständig teurer werden und daß sich ein Land wie die CSSR diese Investitionen eigentlich schon gar nicht mehr leisten kann, vor allen Dingen dann nicht, wenn man das Geld von einem Teil des Kraftwerkes dadurch hereinbringen will, daß man den Strom expor-

tiert. Man kann also durchaus versuchen zu erreichen, daß das Kernkraftwerk zumindest zum Großteil nicht gebaut wird. Wir haben also eine Chance, auch in Osteuropa, mit unseren Besorgnissen und mit unseren Ängsten, die wir als Bürger äußern können, über unsere Regierung und auch direkt über vielfältige Möglichkeiten zu versuchen, ähnlich wie in Wackersdorf etwas zu erreichen, was vielleicht heute noch niemand glaubt daß es möglich ist.

Bitte tun Sie alle was Sie können.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke für diesen Beitrag. Gibt es eine weitere Wortmeldung dazu? Das ist nicht der Fall, ich bitte unseren Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich glaube, daß diese Resolution und dieser Beschluß eine logische Folge unserer Einstellung gegen die Kernkraft ist, so wie wir seinerzeit auch bei Wackersdorf den entsprechenden Beschluß gefaßt haben. Wenn Kollege Treml anführt, daß wir nicht protestieren gegen die Atomwaffen, dann muß ich sagen, daß weltweite Proteste in dieser Hinsicht bei allen möglichen Einrichtungen und bei jenen Staaten, die solche Geräte produzieren, vorliegen und sich diese Staaten nicht an diese Proteste gehalten haben. Auch jene Staaten nicht, wo die Gesinnungsfreunde des Kollegen Treml das Sagen haben. Das möchte ich schon erwähnen. Es ist ja so, daß Kernwaffen sicherlich nicht zu den Verteidigungswaffen zählen, sondern Kernwaffen sind ausschließlich Angriffswaffen. Wenn man hier davon spricht, es gibt in diesem Saal überhaupt niemanden, der für die Produktion von Kernwaffen ist. Das ist ja eine Selbstverständlichkeit, daß jeder Einzelne da dagegen ist, das ist doch ganz klar. Wir haben in der letzten Zeit sehr viel gelernt, weil eben durch menschliches Versagen Unfälle passiert sind, die auf die Riesengefahren aufmerksam machen. Erst vor wenigen Tagen - ich denke an den Unfall, wo ein sowjetisches U-Boot in der Nähe der norwegischen Küste

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT OTTO TREML:

Unverständlicher zwischenruf.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wenn ich schon so dagegen bin so muß ich sagen, in erster Linie muß ich dort, wo ich den Einfluß habe, das erreichen, daß das nicht produziert wird. Daß es also keine Atom-U-Bote gibt, daß es keine Atomwaffen gibt, daß es keine Atomraketen gibt. Das kann ich doch machen

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Es gibt die Erfolge der einseitigen Abrüstung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ja, aber nicht in diesen Bereichen, das muß ich sagen. Ich würde Dich, Otto, einladen und auffordern - Dein Einfluß ist in dieser Richtung sehr groß, es hilft unter Umständen mehr, wenn Du dort intervenierst, als wenn der Gemeinderat der Stadt Steyr hier eine Resolution gegen die Produktion von Kernwaffen macht.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das wäre die Sache!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich unterschreibe jede Resolution in dieser Richtung. Jede, das muß ich sagen.

Und jeder von uns täte das auch. Das möchte ich dazu sagen. Daher verstehe ich es nicht ganz oder überhaupt nicht, daß Du diese Resolution nicht unterstützt. Du hast das ja auch bei Wackersdorf unterstützt. Ich bitte um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wir kommen zur Abstimmung. Sie haben die Resolution Atomkraftwerk Temelin vernommen, Sie haben die Wortmeldungen gehört. Wer mit dieser Resolution einverstanden ist, den bitte ich zum Zeichen der Zustimmung die Hand zu heben? Danke. Gegenteilige Meinung? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (KPÖ, Gemeinderat Treml) angenommen.

Ich bitte unseren Bürgermeister um den nächsten Antrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, der grundsätzlichen Beschlußfassung über die Einrichtung eines Gestaltungsbeirates in Steyr die Zustimmung zu geben. Ich darf hier aufgrund der Aktualität den Amtsbericht kurz zur Kenntnis bringen.

In Nutzung der Erfahrungswerte anderer Städte, z. B. Salzburg und Linz, erweist es sich als notwendig und zweckmäßig, auch in Steyr einen Gestaltungsbeirat einzurichten. Der Beurteilung durch den Gestaltungsbeirat sollen bauliche Anlagen und die Ausgestaltung von Straßen, Brücken und Stegen unterliegen, sofern hiefür die äußere Gestaltung sowie Einfügung in das Orts- und Landschaftsbild von besonderer Bedeutung sind. Auf welche Fälle dies zutrifft, bestimmt die Baubehörde. Maßgebende Beurteilungskriterien hiefür sollen Schwierigkeitsgrad, Sensibilität, Beeinflussung des Stadtbildes, Größenordnung usw. sein. Mit Stimmrecht sollen dem Gestaltungsbeirat drei nicht in Steyr ortsansässige Architekten angehören. Diese sind im Einvernehmen mit den zuständigen Ingenieurkammern namhaft zu machen. Als weiter stimmberechtigtes Mitglied soll der Landeskonservator für Oberösterreich fungieren. Es erscheint zweckmäßig, daß dem Gestaltungsbeirat als Auskunftsperson, und zwar ohne Stimmrecht, auch der Baudirektor sowie von diesem beigezogene Fachorgane des Bauamtes angehören. Der Gestaltungsbeirat soll dazu dienen, den gestiegenen Ansprüchen an Architektur und Stadtgestaltung gerecht zu werden. Dem Gestaltungsbeirat soll aber grundsätzlich nur eine beratende Funktion zustehen; die formalrechtliche Kompetenz der Entscheidungsorgane soll dadurch nicht berührt werden. Hier darf ich sagen, daß aus der Erfahrung in den anderen Städten es der Regelfall sein wird, daß sich die Entscheidungsorgane den Entscheidungen des Gestaltungsbeirates anschließen. Das wird auch voraussichtlich bei uns nicht anders sein. Es erscheint zweckmäßig, der Presse und dem Rundfunk die Teilnahme an den Sitzungen des Gestaltungsbeirates zu ermöglichen, weil dadurch die gutachtliche Meinung des Gestaltungsbeirates der Öffentlichkeit sachlich und objektiv zur Kenntnis gelangt. Die Geheimhaltungspflicht, die die Mitglieder des Gestaltungsbeirates und sonstige Mitglieder über die internen Beratungen trifft, wird durch Beiziehung von Rundfunk und Presse nicht verletzt, da Rundfunk und Presse nur zu Beginn der Beratungen, nämlich während der Vorstellung des Projektes und nach Abschluß der Beratungen zur Verkündung der Entscheidungen des Gestaltungsbeirates zur Teilnahme zugelassen sind. Während des eigentlichen internen Beratungsvorganges des Gestaltungsbeirates ist die Presse aber von der Teilnahme an der Sitzung ausgeschlossen. Grundsätzlich erscheint es sinnvoll, dem Gestaltungsbeirat größere Projekte schon im Entwurfstadium zur Begutachtung vorzulegen. Die genauere Wirkungsweise des Gestaltungsbeirates ist in einer noch auszuarbeitenden und gesondert zu beschließenden Geschäftsordnung festzulegen. Der entsprechende Antrag des Stadtsenates lautet:

3) Präs-227/89

Einrichtung eines Gestaltungsbeirates.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 22. 6. 1989 wird der Einrichtung eines Gestaltungsbeirates in der Stadt Steyr zugestimmt. Die genauere Wirkungsweise des Gestaltungsbeirates wird in einer noch auszuarbeitenden und zu beschließenden Geschäftsordnung festgelegt.

Ich bitte Sie um die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört, gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die ÖVP-Fraktion begrüßt grundsätzlich die Einrichtung eines Gestaltungsbeirates. Ich darf bei dieser Gelegenheit vielleicht erwähnen, daß ich vor ca. 3 Jahren anlässlich des Städtebundtages für Bauangelegenheiten hier in Steyr die Einrichtung eines Altstadtbeirates ähnlich dem Salzburger Modell gefordert habe. Nun sind einige Jahre ins Land gegangen und aufgrund doch massiver Bürgerproteste gegen verschiedene Planungen hat sich auch die Mehrheitsfraktion entschlossen, diesen Gestaltungsbeirat einzurichten. Es heißt im Amtsbericht, mit Stimmrecht sollen dem Gestaltungsbeirat nicht in Steyr ortsansässige Architekten angehören, die von den zuständigen Ingenieurkammern namhaft gemacht werden. Ursprünglich hat es geheißen, von der Ingenieurkammer für Oberösterreich und Salzburg, ich weiß nicht, wie weit das jetzt erweitert wurde. Ich meine, man sollte hier die besten Architekten, die wir in Österreich zur Verfügung haben, die namhaftesten und erfahrensten Städteplaner und vor allem die universitären Institute in Wien und Graz mit einbeziehen. Denn diese wertvolle historische Bausubstanz und diese unwiederbringliche Architektur in Steyr bedarf sicherlich der besten Köpfe. Ich möchte aber auch hier bei dieser Gelegenheit eines Mannes gedenken, und glaube, man sollte ihn zumindest mit beratender Stimme mit einbeziehen. Sie kennen ihn alle, ich meine Prof. Heribert Mader. Er hat sich zweifellos sehr große Verdienste um die Erhaltung des Wehrgrabens und um die Architektur unserer schönen Stadt erworben und ich glaube, er hat den lebendigen Kontakt zu den Universitäten und Professoren. Er ist ein gewachsener Steyrer, nicht nur ein hervorragender Maler und anerkannter Kunsterzieher, sondern auch ein Mann, der sehr viel Geist, sehr viel Verständnis auch für Architektur hat und vor allem die guten Beziehungen zu den Professoren an unseren Universitäten. Ich möchte ihm hier von dieser Stelle aus vor dem versammelten Gemeinderat für seine bisherigen Leistungen im Zusammenhang mit der Erhaltung des Wehrgrabens besonders danken, denn leider hat es die Stadt Steyr bisher verabsäumt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Selbstverständlich begrüße ich auch im Namen meiner Fraktion die Schaffung eines Gestaltungsbeirates. Wir haben darüber auch in der Fraktionsobmännerbesprechung schon diskutiert. Es ist allgemein bekannt, daß ein bestimmter spürbarer Druck der Steyrer Bevölkerung nach Mitbestimmung auch bei der Mehrheit der Stadtverwaltung Gehör gefunden hat und jetzt fast im Eilzugstempo diesen Gestaltungsbeirat beschließt. Das ist ja keine schlechte Tat, daß der Herr Bürgermeister in einer

Versammlung verspricht und auch vor den versammelten Gemeinderäten im März, daß der Gestaltungsbeirat noch vor der Sommerpause gegründet bzw. eben heute beschlossen wird. Ich habe schon bei der Vorberatung einige Bedenken in dieser Richtung gehabt, denn es ist auch notwendig und es hat sich auch beim Diskussionsbeitrag von Kollegen Schloßgangl gezeigt, daß es hier Meinungsunterschiede gibt bei der Zusammensetzung und es wird auch noch weiter gehen bei der Erstellung der Geschäftsordnung, die uns ja heute nicht vorliegt, sondern fehlt, wie der Bürgermeister abschließend gesagt hat. Wir fassen ja nur den Grundsatzbeschuß. Allerdings scheint mir nach der bisherigen Ausrichtung es nicht ganz richtig zu sein, daß z. B. die Gemeinderätinnen und die Gemeinderäte überhaupt nichts mehr zu plaudern haben. Bis jetzt bei Großprojekten hat das der Präsidial-Planungsausschuß durchgeführt, bis jetzt dieser Gestaltungsbeirat, für den ich selbstverständlich bin, daß hier kompetente Leute ihre Kenntnisse einfließen lassen, ein Beirat dann wiederum des Präsidial-Planungsausschusses oder die Meinung der Bevölkerung ist ja die, daß eine breite Information gegeben wird, bevor mit Baumaßnahmen begonnen wird. Das wird dann irgendwie vorgestellt, wie die Kreuzung Taborknoten, wo man dann untergeht, weil die Mehrheit gegen diese Lösung war. Aber auch eigentlich der Gemeinderat selbst damit vorher nicht beschäftigt war, sonst hätte man dort vielleicht einiges anders vorgeschlagen. Ich bin selbstverständlich dafür, daß die Presse und der Rundfunk nicht ausgeschlossen sind. Aber auf der anderen Seite, nach dem bisherigen Ergebnis, ist der Gemeinderat ausgeschlossen. Das heißt, so wie es bis jetzt war, wird das Beschlußgremium weitgehend, nicht immer, abhängig sein, wie unsere lieben Freunde - wir haben guten Kontakt zur Presse - berichten und daraus Informationen bekommen und unsere Stellung beziehen. Es wird sicherlich nicht so sein, wie im März versprochen wurde, daß die personelle Zusammensetzung in der Richtung ist wie beim Umwelt- oder Verkehrsbeirat. Hier gibt es noch einiges zu klären, daher hätte ich gemeint, man solle das noch etwas zurückstellen. Ich bin nämlich der Auffassung, daß bei Großprojekten auch der Gemeinderat informiert wird, das heißt, verstärkter als bisher - das muß ja nicht öffentlich sein - sollen Informationssitzungen abgehalten werden, wo die gewählten Mandatäre auch mitentscheiden können aufgrund der erarbeiteten Grundlagen, die von den Architekten kommen und darüber diskutieren können ohne Publikum und Presse. Bevor man in das Planungsstadium dieser Projekte übergeht, sollte man die Bevölkerung informieren. Ich glaube, das wäre der richtige Vorgang - es muß ja nicht alles, was ich sage, richtig sein - und das müßte auf jeden Fall in diese Geschäftsordnung einfließen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Danke. Kollege Pragerstorfer bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:
Kolleginnen und Kollegen, Sie werden wahrscheinlich nicht annehmen, daß ich beleidigt bin über die Einrichtung eines Gestaltungsbeirates. Wie Sie wissen, ist die Steyrer Grün-Alternative-Bewegung eigentlich im wesentlichen im Kern aus dem Widerstand gegen Altstadtzerstörung und gegen etwas zu einseitige Gestaltung hervorgegangen. Daß ich heute hier im Gemeinderat sitze, hat seine Vergangenheit darin, daß es in Steyr nicht immer üblich und selbstverständlich war, über kommunale Planungsvorhaben, die viele Leute berühren zu reden oder sich fachmännischen Rat zu holen außerhalb der Stadt. Ich habe in den Vorgesprächen zu diesem Gestaltungsbeirat schon gesagt, ich finde, es ist ein wichtiger Schritt, ich stimme dem zu, allerdings ist es für mich ein Kompromiß. Zwei Punkte möchte ich noch anmerken. Bei der Wahl der Fachleute bin ich durchaus der Meinung des Herrn Stadtrat Schloßgangl, man soll so weit herum wie man kann versuchen, fachkundigen Rat zu bekommen und sich die Leute nicht nur in Oberösterreich und Salzburg

aussuchen, sondern so weit man herum sie kriegen kann. Das Zweite ist, was mir sehr unangenehm aufstößt, die Vorgangsweise beim Gestaltungsbeirat. Man sammelt zwar ein Gremium von Fachleuten, aber die Vorgangsweise, die dieser Gestaltungsbeirat durchzuführen hätte, ist wieder das geheime Hofkammerkabinett, gegen das ich verschiedentlich auftrete wie Kaiser Josef I. - geheim, amtsverschwiegen. Wenn man überhaupt vor- und nachher jemanden zuläßt dann die professionellen Informationsvermittler. Ausgeschlossen sollen sein die Leute, die andere vertreten, also die Gemeinderäte - wie Kollege Tremel schon erwähnte - und ausgeschlossen sein sollen auch alle, die sich interessieren oder betroffen fühlen. Das finde ich nicht in Ordnung. Unserer Meinung nach sollten die Beratungen öffentlich zugänglich sein, die Leute sollten zuhören. Denn nicht nur aus der gefällten Entscheidung bekommt man Informationen, auch aus dem Entscheidungsprozeß fällt sehr viel heraus. Hier geht es in erster Linie, bedingt schon vom Sinn des Gestaltungsbeirates, um Dinge, die viele Leute betreffen, berühren und angehen. Also nicht um Privatangelegenheiten, nicht um Kleinigkeiten, sondern um sehr weitreichende Angelegenheiten. Ich finde diese Geheimhaltung hier nicht sehr gut am Platz. Wir werden trotzdem zustimmen als Kompromiß. Ich würde nur bitten, wenn es irgendwie möglich ist, daß man zumindest das, was man der Presse zubilligt, jedem interessierten Steyrer, ob er Gemeinderat ist oder eine Privatperson oder Betroffener, dieselbe Möglichkeit gibt und hier zumindest Gleichheit schafft in dieser einen Sache.

Ich möchte auch noch eines zu bedenken geben. Ein Gestaltungsbeirat nützt uns nichts, so lange unsere Einstellung zur Stadtgestaltung sich nicht ändert. Sicher hat es in den letzten Jahren einen Wert- und Einschätzungswandel gegeben, der ist aber nicht durchgängig. Wenn man den fertiggestellten Gsangsteg - Steyrer erster Feldweg, der über Wasser geht - anschaut, dann muß ich mich auch heute darüber ärgern, daß ich nicht früher und intensiver darum gekämpft habe, daß das passiert, was Stadtrat Schloßgangl wollte, daß er doch anders, wenn auch teurer, gebaut wird. Jetzt ärgert es mich umsomehr, wo ich ihn fertig sehe. Immer wieder, wenn ich durch Steyr fahre, kann ich mir Bauten anschauen, wo ich sagen muß, zu spät, warum das, da müßten wir etwas machen, lieber wegreißen, als noch 5 Jahre stehen lassen. Die Sünden, die passiert sind, die sind ja nicht nur passiert, mit denen leben wir die nächsten 20, 30, 40 oder 50 Jahre. Das ist ja deswegen so ärgerlich. Es liegt also nicht nur am Gestaltungsbeirat, was er empfiehlt, es liegt auch an uns, was wir denken, was wir vertreten, was wir rundherum damit anfangen. Ich hoffe doch, daß es ein sehr wichtiger und weitreichender Schritt ist, daß wir endlich einmal in der Lage sind, Rat zu holen, nicht nur von Amts wegen, sondern auch weiter herum. Wenn wir - ich hoffe, daß wir das in Zukunft im Gemeinderat tun werden hauptsächlich - Entscheidungen darüber treffen, wie Steyr gestaltet wird.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall und ich bitte daher unseren Herrn Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, ich danke für die zustimmenden Äußerungen, möchte aber doch dazu ein paar Ausführungen machen.

Wir werden ja über die Geschäftsordnung noch verhandeln. Ich glaube, daß wir durchaus in der Lage sein könnten - das ist meine persönliche Meinung, die ich da zum Ausdruck bringe - in Oberösterreich und auch in Salzburg Architekten zu finden, die in der Lage sind, das zu beurteilen. Ich glaube nämlich nicht, daß die so dumm sind, daß sie das nicht können. Es gibt natürlich internationale Kapazitäten, aber es ist halt leider so, daß der Prophet im eigenen Land nichts gilt. Aber ich glaube, daß in Oberösterreich genügend Architekten vorhanden sind

die durchaus in der Lage sind - ich qualifiziere das nicht ab, daß ich sage, da sind keine, da brauchen wir einen von Wien, von Hamburg, Bremen oder von irgendwo, der das beurteilt. Ich bin der Meinung, daß die Architekten, die in Oberösterreich ihren Sitz haben, durchaus das auch sehr genau und gut beurteilen können. Das ist meine Meinung zum einen.

Es soll - das hat sich aus der Diskussion ergeben, die ja öffentlich geführt wurde in der Presse, aber auch in verschiedenen Stadtteilgesprächen, daß es ein Fachbeirat sein soll. Daß also ausschließlich Fachleute in diesem Beirat sitzen sollen, deswegen unser Vorschlag.

Ich möchte noch eines sagen, nichts ist endgültig, das möchte ich sehr deutlich sagen. Ich kann mir vorstellen, daß man sich jetzt einmal ein Jahr die Tätigkeit anschaut, wenn das eingerichtet ist, und daß man über die Erfahrungen, die aus dieser Tätigkeit gewonnen werden, diskutiert und unter Umständen Veränderungen, wenn notwendig, vornimmt. Das ist meine Meinung. Aber man sollte einmal damit beginnen. Zur Kritik von Kollegen Pragerstorfer wegen der Öffentlichkeit, auch da haben wir uns die Erfahrungswerte aus den anderen Städten zu eigen gemacht. Dort funktioniert das schon einige Zeit, auch dort war dieselbe Diskussion. Ich glaube, daß die Beratungen dieser Architekten im Sinne der Sache vernünftig sind, wenn sie nicht im Beisein der Öffentlichkeit stattfinden, weil unter Umständen da Überlegungen in die Entscheidungsfindung einfließen, die mit der Sache selber nichts zu tun haben, sondern die aus reinem Opportunismus unter Umständen entstehen könnten. Ich möchte da nichts unterstellen, aber das ist je menschlich, wenn so etwas passiert. Das sollte man verhindern, es soll wirklich nur die reine Sachfrage behandelt werden. Die Öffentlichkeit ist ja insofern informiert, weil ja Presse, Rundfunk, die Medien, zur Vorstellung des Projektes und letztlich auch bei der Begründung über die Entscheidungsfindung anwesend sein können.

Ich darf Sie bitten, dem zuzustimmen. Zur Mitwirkung des Gemeinderates und auch der übrigen Bevölkerung darf ich sagen, daß sich beispielsweise sehr gut bewährt hat der Beirat, der ad hoc entstanden ist im Steyrdorf. Hier ist eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Amt und den Bewohnern, den Exponenten der Bewohner des Steyrdorfes, zustande gekommen. Wenn größere Dinge sind, könnte ich mir so etwas auch in anderen Ortsteilen vorstellen. Es gibt in Münichholz einen Kulturarbeitskreis, der sich mit solchen Dingen beschäftigt. Ich könnte mir auch vorstellen, daß sich so etwas auf der Ennsleite entwickelt, daß im Wehrgraben so etwas entsteht. Daß man also diese Meinungen selbstverständlich auch zur Entscheidungsfindung einbringt, dem Beirat sagt und einbringt. Und der soll, wenn möglich, das berücksichtigen.

Ich bitte sie um die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wenn Sie mit diesem Antrag einverstanden sind, so bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ich darf einstimmige Annahme feststellen. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, im nächsten Antrag geht es um den Vortrag über die Genehmigung, die Gewährung einer Teilsubvention zum Aus- und Umbau des Direktionsbereiches durch den Verein Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik. Ich glaube, ich kann mir hier ersparen, den Amtsbericht zum Vortrag zu bringen, darf aber darauf hinweisen, daß die Stadt Steyr im Budget für 1989 einen Betrag von 4,5 Millionen für diesen Zweck grundsätzlich vorgesehen hat. Von diesem Betrag soll jetzt der Betrag von S 1,2 Millionen als erste Etappe bewilligt werden. Der entsprechende Antrag des Stadtsenates lautet:

4) Bau2-6446/86

Verein "Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik"; Umbau des Direktionsgebäudes im Wehrgraben; Gewährung einer Subvention (1. Teil).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 8. 6. 1989 wird dem Verein FAZAT, Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik, Pacher-gasse 2, 4400 Steyr, zweckgebunden für Umbaumaßnahmen am Direktionsgebäude der ehemaligen Hack-Werke eine einmalige außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 1,2 Millionen gewährt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von 1,2 Millionen Schilling bewilligt.

Ich bitte Sie um die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Gibt es gegenteilige Auffassungen oder Stimmenthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag darf ich Sie bitten, eine Subvention für den Neubau der Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG zu bewilligen. Dazu darf ich sagen, daß in den Jahren 1985 und 1986 die Steyr-Werke den Neubau der Lehrwerkstätte durchgeführt haben. Die alte war nicht mehr in der Lage, den Erfordernissen gerecht zu werden, die einer Ausbildungsstätte zustehen. Deswegen dieser Bau. Wir haben seinerzeit den Wunsch geäußert, daß die Lehrwerkstätte größer ausgebaut werden soll, daß die Kapazität größer als sie der Betrieb benötigt, sein sollte. Der Betrieb war einverstanden damit, wenn die öffentliche Hand bestimmte Mittel zur Verfügung stellt.

Es wird jetzt vorgeschlagen, als weitere Teilsubvention einen Betrag von 1 Mill. Schilling für diese Förderung zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, ich kann mir auch hier den Vortrag des Amtsberichtes ersparen.

5) Ha-6811/84

Lehrwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG;
Gewährung einer Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 12. Juni 1989 wird der Steyr-Daimler-Puch AG für den Neubau einer Lehrwerkstätte in einer Größe, die ungefähr das Doppelte an über den Eigenbedarf des Unternehmens hinausgehenden Arbeitsplätzen geschaffen hat, ein Subventionsbetrag in Höhe von S 1 Million gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 1.000.000,-- (eine Million)
werden bei VSt 5/7820/776030.2 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, in konsequenter Fortführung unseres Grundsatzbeschlusses werden wir diesem Antrag unsere Zustimmung nicht geben. Ich weiß, daß die Lehrwerkstätte heuer recht gut ausgelastet ist, obwohl wir sehr starke Geburtenrückgänge haben. Dies kommt daher, daß die Industrie und besonders auch die Steyr-Werke eine große Werbeaktion veranstaltet haben in Form des Tages der offenen Tür. Ich würde aber meinen, daß trotzdem die Berechtigung für diese Großlehrwerkstätte nicht gegeben ist, denn gerade in den nächsten Jahren werden die geburtenschwachen Jahrgänge zum Tragen kommen und die Lehrlinge noch viel weniger werden. Es gibt einen gewissen Mangel an männlichen Lehrlingskräften im Gewerbe und in der Privatwirtschaft. Es gibt aber einen großen Überhang an weiblichen Lehrlingen oder Lehrstellensuchenden. Hier würde ich an die Steyr-Daimler-Puch AG appellieren, außer den Autoelektrikerinnen und der technischen Zeichner auch in den Berufen, die sonst Männern vorbehalten sind, und wo auch die Wünsche tatsächlich bei den Arbeitsmarktverwaltungsstellen vorliegen, Mädchen einzustellen und dort auszubilden.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke für diesen Beitrag. Nächster ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich tue mir heute ein bißchen schwer. Ich habe auch im Finanz- und Rechtsausschuß schon Stellung genommen, weil ich grundsätzlich der Auffassung war, das habe ich bereits beim GR-Beschluß vom 15. 12. 1985 zum Ausdruck gebracht. Im Amtsbericht heißt es, am 14. 1. 1986 haben wir das beschlossen, wo wir eindeutig festgestellt haben, daß es notwendig ist in unserer Region, nicht zwecks Lehrlingsbeschäftigung, sondern zwecks fachlicher Ausbildung von jungen Menschen, daß die Steyrer Lehrwerkstätte hier einen sehr hohen Stellenwert hat. Dafür habe ich selbstverständlich zugestimmt, daß wir im Rahmen von 3 Jahren 3 Millionen Schilling für den Neubau beisteuern. Über die fachliche Ausbildung brauche ich ja nicht viele Worte verlieren, denn es ist ja auch bekannt, daß in der Lehrwerkstätte eine ausgesprochen gute Ausbildung erfolgt. Wir haben ja auch gehört, in der Lehrwerkstätte haben es kürzlich wieder zwei junge Steyrer geschafft, daß sie bei der Bundesausscheidung 1989 Bundessieger wurden und werden somit Österreich bei den Berufsweltmeisterschaften vertreten. Ich glaube, das ist eine sehr hohe Auszeichnung und klassifiziert den Stellenwert der Ausbildung.

Aber nun zum Finanziellen. Hier muß ich natürlich eines sagen, der Bürgermeister hat schon recht wenn er sagt, bitte wir haben eine Teilförderung gegeben für die erweiterte Errichtung der neuen Lehrwerkstätte der Steyr-Werke. Ursprünglich war das ja so, daß man 50 Lehrlinge mehr ausbildet, das kostet 20 Millionen Schilling. Der Bund hat dafür 15 Millionen, soweit ich mich erinnern kann, zugeschossen und es verblieben weitere 5 Millionen Schilling. Hier war die Diskussion und die Verhandlung des Bürgermeisters, ich glaube mit einem gewissen Herrn Starzer, der eine bestimmte Rolle in der Landesregierung spielt, wo man ausgehandelt hat - das war noch vor der Beschlußfassung, ungefähr in der Zeit, wo die GR-Wahlen 1985 waren - daß das Land 2 Millionen fördert und die Stadt 3. So wurde uns das mehr oder weniger berichtet und wir waren dafür. Bei der zweiten oder dritten Förderung gab es schon Bedenken, und zwar besonders bei der dritten Förderung, wo ich darauf hingewiesen habe, wir müssen das einmal limitieren mit diesen 3 Millionen Schilling. Die Mehrheitsfraktion hat gesagt ja, aber wir haben uns verpflichtet, 5 Millionen zu geben, wenn das Land nicht bezahlt. Das Land hat bis heute nicht bezahlt. Ich war der Auffassung,

man müßte das nicht nur hier im Gemeinderat in der Öffentlichkeit sagen, sondern man hätte also stärkere Anstrengungen machen müssen auch hier vom Gemeinderat aus, wenn sie auch das Präsidium nicht durchgesetzt hat. Oder, was mir auch ein wenig unverständlich ist, daß immer wieder mit einem kleinen Seitenhieb auf die ÖVP-Fraktion hingewiesen wird, ja die ÖVP, die Mehrheit im Land, macht nichts. Ja, meine Damen und Herren, wir haben ja auch Landtagsabgeordnete im Landtag, und zwar mehr, als die KPÖ im Steyrer Gemeinderat hat. Der würde auf jeden Fall im Landtag, wenn er wäre, diese Frage aufrollen und urgieren, wenn ich mich auch nicht durchsetze. Aber die Landesregierung setzt sich auch nicht nur aus der ÖVP-Fraktion zusammen, sondern 5 ÖVP und 4 SPÖ. Auch hier hätte es möglich sein müssen, doch im Sinne der weiteren schulischen Ausbildung der Facharbeiter diese 2 Millionen zu erreichen. Selbstverständlich bleibt mir heute nichts anderes über, als dieser weiteren Förderung für die Steyr-Werke zuzustimmen.

Allerdings, und ich wiederhole es noch einmal, vielleicht findet es Gehör, aber man vergißt halt oft sehr schnell. Ich habe schon vor einem Jahr, als wir die dritte Million beschlossen haben, hingewiesen darauf und ich habe appelliert besonders auch an die Mehrheitsfraktion, daß wir uns auch rechtlich absichern müssen, daß diese erhöhte Ausbildungszahl von 50 Arbeitsplätzen auch für die Zukunft gesichert ist. Da hat man auch nichts gemacht und da ist nicht die Landesregierung schuld. Wenn ich das heute noch einmal unterstreiche, so habe ich einen bestimmten Grund dafür. Aufgrund dieser Zersplitterung und des Verkaufs von Betrieben von Steyr-Daimler-Puch in unserer Region haben wir ja schlechte Erfahrungen gemacht. Also uns gehört nicht mehr das Wälzlagerwerk und andere Betriebe, die verkauft wurden. Es ist keine Gewähr von der derzeitigen Generaldirektion, daß sie sich auch daran halten an eine mehr oder weniger mündliche Vereinbarung.

Ich komme zu dieser Auffassung, da ja Bürgermeister Schwarz, ich glaube es war bei Deiner Vollversammlung in den Steyr-Werken der Angestellten, wo er öffentlich hingewiesen hat auf die Gefahr, daß man das Produkt des M 1, der bei uns entwickelt wurde, was ein sehr gutes Produkt ist, verlagern will, und zwar die Produktion, ins Ni-Werk. Er hat dort erklärt, er wird sich an Generaldirektor Voisard wenden in dieser Richtung und die Notwendigkeit des Verbleibes unterstreichen. Nun, der liebe Generaldirektor Voisard hat bis jetzt, laut Mitteilung zu Beginn der heutigen Sitzung, kein Wörtchen verloren und hat auf den Brief oder auf die Initiative unseres Bürgermeisters nicht ein Wort verloren oder geantwortet. Aber sie haben schon die Frechheit und schreiben an uns ein Bittgesuch - so steht es auch im Amtsbericht - daß sie höflichst ersuchen um eine weitere Million. Hier hätte man schon die Möglichkeit, auch einen stärkern Druck von der Gemeinde auf diese derzeitige Firmenleitung auszuüben.

Eine weitere Frage hat mich auch bedenklich gemacht in dieser Richtung, wie lange gehört uns dieser Betrieb? Wir haben gekämpft und werden nach wie vor eintreten, daß Steyr als Hauptwerk in dieser Struktur als Nutzfahrzeugproduzent aufrecht bleibt. Aber, meine Damen und Herren, schauen wir uns doch einmal an, was gehört uns eigentlich noch östlich unserer Stadtgrenze von Niederösterreich bis zur Haager Straße? Dieses ganze große Areal des Wälzlagerwerkes ist in ausländischer Hand, wurde verkauft an Schweden an SKF. Das ist eine große Fläche von 151.000 m² mitsamt den Fabriksgebäuden, also diesen großen Hallen, um den lächerlichen Betrag von 60 Millionen Schilling. Das weitere ist BMW, auch dieses Grundstück - ich glaube, es stehen sogar noch Häuser darauf, aber das Grundstück hat BMW. Das heißt, man müßte unsere Stadtgrenze im Osten schon ein bißchen einengen. Sie würde enden bei der Haager Straße, wo zur Bundesrepublik Deutschland die Staatsgrenze ist und auf der anderen Seite würde schon eine Staatstafel stehen von Schweden. Das ist mit ein Grund, warum ich besonders vorsichtig

bin, daß wir jetzt diese Million und wahrscheinlich, wenn das Land nicht zahlt, eine weitere zahlen werden, daß wir auf jeden Fall uns schriftlich absichern. Damit, ganz gleich, wer diese Lehrwerkstätte übernimmt oder weiter betreibt, vertraglich verpflichtet wird, diese erhöhte Anzahl von 50 Lehrlingen auszubilden.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER KOMMT UM 15.25 Uhr.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Nächste Wortmeldung Stadtrat Pimsl.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich habe ursprünglich nicht die Absicht gehabt, zu diesem Thema einen Beitrag zu leisten, obwohl ich annehmen konnte, daß Kollege Schloßgangl zu diesem Thema seine ablehnende Haltung wiederholen wird. Warum ich mich letztlich melde ist der Grund, weil jetzt durch seinen, aber auch durch den Beitrag von Kollegen Tremml ein Eindruck entsteht, daß die Förderung der Lehrwerkstätte eine Leistung für die Steyr-Daimler-Puch AG in erster Linie darstellt und nicht eine Wirtschaftsleistung ist, die ja der gesamten Wirtschaft der Stadt und auch der Region zugute kommt. Ich muß nämlich den Vorwurf an die Wirtschaft machen, daß sie vor wenigen Jahren es abgelehnt hat, trotz Bitten des Sozialministers, trotz Bitten öffentlicher Stellen, mehr Lehrlinge auszubilden, es nicht getan hat. Und daß es jene Lehrwerkstätten waren, wie die der Steyr-Werke unter anderen, die ihre Kapazitäten immer wieder, so weit sie vorhanden waren, auffüllten, um Lehrlinge auszubilden, die dann in den Steyr-Werken - das wußten wir - keinen gesicherten Arbeitsplatz vorgefunden haben, aber letztlich heute als gesuchte Facharbeiter in der Wirtschaft gefragt sind.
Lieber Kollege Schloßgangl, wenn Du sagst, weil die Steyr-Werke einen Tag der offenen Tür durchgeführt haben in der Lehrwerkstätte. Warum sollte man nicht für seine eigene Einrichtung auch in aller Öffentlichkeit werben, wenn noch dazu die Wirtschaft, in dem Fall die Industrie, im Stadtsaal eine spezifische Veranstaltung für junge Menschen gemacht hat, um Lehrlinge zu bekommen. Das heißt, wenn zwei dasselbe machen, ist es offenbar nicht das gleiche. Man sollte sich eher - ich halte Dich so fair als Vertreter der Wirtschaft - darüber freuen, daß die Steyr-Werke, obwohl ihr Bedarf nach wie vor nicht bei 100 Facharbeitern pro Jahr liegt, diese Ausbildung durchführt. Sie ist auch vertraglich verpflichtet, wie Sie wissen. Ich bin froh darüber, daß wir heuer einen Andrang für die Lehrstellen gehabt haben wie Jahre zuvor nicht. Das ist sicherlich auch mit eine Auswirkung der Werbung für die Ausbildung in den Steyr-Werken. Ich meine aber auch, meine Damen und Herren, daß wir sehr wohl hier einen Beitrag leisten, der nicht dafür bestimmt ist, um den Steyr-Werken 1 Million oder mehrere Millionen zu geben, sondern daß wir unabhängig davon, wie sich die Verhältnisse in den Steyr-Werken entwickeln, diese Ausbildung beibehalten müssen. Sie ist ja höchst notwendig. Und wenn man noch dazu die nicht sehr effiziente und vor allem von der Sache her falsch angegangene Werbung für die Ausbildung von Maturanten zu Facharbeitern gerade der oberösterreichischen Wirtschaft betrachtet und das mit 10.000 Schilling im Monat - so liest man es zumindest - fördern will, dann frage ich mich, ob es nicht vernünftiger ist, die Eltern und die jungen Menschen vor allem von den Vorteilen einer gediegenen Facharbeitersausbildung mehr denn je zu überzeugen, weil der Andrang in die weiterbildenden Schulen an und für sich das Problem der Jugendbeschäftigung nicht löst. Ich glaube, daß wir dort, wo wir tatsächlich einen Bedarf an jungen Menschen haben, die bestens qualifiziert dann in die Wirtschaft gehen, dieser nach wie vor vorhanden ist und dies nach einem bestimmten Plan durchzuführen ist und nicht erst immer dann schreien, wenn die Wirtschaft vorübergehend und auch

auf längere Sicht entsprechende Mitarbeiter sucht.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke für den Beitrag. Gibt es noch eine Wortmeldung? Kollege Klausberger bitte.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Ich habe anlässlich unserer letzten diesbezüglichen Debatte bereits als Lehrer darauf hingewiesen, Kollege Schloßgangl, wie hoch und wie wichtig der Wert einer profunden Ausbildung einzuschätzen ist. Im Lichte dessen, was mein Vorredner Kollege Pimsl gesagt hat, möchte ich, so wie seinerzeit, auch heute die ÖVP nochmals auffordern, ihren Standpunkt zu überdenken und ihr Nein zu verwandeln in ein deutliches Ja zu einer profunden und qualitativ hochstehenden Ausbildung unserer Jugend. Letztes Mal war es die Konjunktur, der Konjunkturpessimismus, der in Österreich eine gewisse Krankheit ist, wie Prof. Anton Kausl vor zwei Tagen in einer Tageszeitung gesagt hat. Letztes Mal war es der Konjunkturpessimismus, wohin denn mit den Lehrlingen? Heute schaut es am Arbeitsmarkt Gott sei Dank wieder sehr gut aus, heute haben wir wieder eine ausgezeichnete Konjunktur und wir brauchen bestens ausgebildete Fachkräfte dringender denn je. Nun kommt Herr Stadtrat Schloßgangl mit der Tatsache der zu erwartenden Geburtenrückgänge, um ein Argument gegen eine Förderung zu haben. Ich glaube, daß gerade das Argument der Geburtenrückgänge auch umgekehrt gesehen werden könnte. Man könnte doch eigentlich auch annehmen, wie es international in den Unternehmerverbänden geschieht und der Economist vom 13. Mai würde darüber beredete Auskunft geben, wie man das beispielsweise in England macht, daß die Unternehmer sich überlegen, wie könnte ich in Hinkunft gerade unter dem Aspekt vermindelter Geburtenziffern und zu erwartender geburtenschwacher Jahrgänge am Arbeitsmarkt mehr qualifizierte, gut ausgebildete Arbeitskräfte bekommen. Wenn ich also in einer Lehrwerkstätte wie der der Steyr-Werke mehr Arbeitskräfte qualifiziere, so sind am Arbeitsmarkt meiner Meinung nach mehr qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden. Ich glaube, sowohl der Konjunkturpessimismus von seinerzeit als auch das heutige Argument mit den geburtenschwachen Jahrgängen steht auf etwas tönernen Füßen und ich würde wirklich ernsthaft und ohne Polemik die ÖVP bitten, ihre Argumente zu überprüfen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Kollege Zagler bitte.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren, liebes Präsidium. Zunächst eine Entschuldigung, warum ich heute später zur Sitzung gekommen bin. Es ist ein Ergebnis jener Bildungspolitik, die in Österreich leider sein muß, nämlich die Bildungspolitik der Zweidrittelmehrheiten. Wir haben heute eine Konferenz an der Handelsakademie und Handelsschule in Steyr abgewickelt, wo ein Schulreförmchen gerade Platz gegriffen hat, wo man nicht weiterdenkt was mit jenen passiert, die nach altem Lehrplan auslaufen, wo stundenlange Diskussionen notwendig waren, um hier Einzelschicksale unter einem sozialen Aspekt zu betrachten. Das ist der Grund, warum ich später komme. Der Grund, warum ich mich trotzdem zu Wort melde ist der, daß hier wieder eines sichtbar wird mit der Ausbildung unserer jungen Menschen. Es wird oft Schindluder getrieben in dem Sinn, daß man keine Bildungsplanung oder Bildungspolitik für unsere Gemeinden ermöglicht, die den 14- oder 15jährigen mit den Eltern oder Erziehungsberechtigten die Möglichkeit gibt, eine Zukunftsentscheidung zu treffen. Ich teile die Meinung des Stadtrat Pimsl, daß die Facharbeiterausbildung von besonderen Nöten ist. Ich halte auch das, was heute passiert als "husch-pfusch", daß man fertige Maturanten in einem

Schnellsiedelehrgang zu Facharbeitern umfunktioniert als Zeichen einer vorge-lagerten Bildungsfehlplanung. Warum soll man die Gymnasien über den Rand hinaus - in einer Stadt wie Steyr und in einer Stadt wie Wien noch viel mehr - anfüllen, die Hauptschulen entvölkern und eine Bildungsentscheidung der 14- und 15jähri-gen so verhindern oder schlechter ausschauen lassen. Da, glaube ich, ist der Schluß zur Lehrwerkstätte der Steyr-Werke erlaubt, daß dort in den letzten Jahren oder vergangenen Jahren, so wie heute in der Hauptschule, die sogenann-ten Restschüler überbleiben, jene, die mit allen Tricks und unter Ausnützung aller Möglichkeiten, doch noch die AHS erreichen und jene, die das nicht schaf-fen, die bleiben in der Hauptschule und jene, die das nicht schaffen, kommen a la longue in die Facharbeiterschaft und haben eigentlich für die Facharbei-tertschaft und auch für eine Lehrwerkstätte nicht immer jene Voraussetzungen, die man braucht. Daher mein Ruf dorthin, zu überlegen, wie man die Schulen in einer Stadt wie Steyr gestalten könnte, keine überfüllten Gymnasien, sehr wohl Gymnasien über das ganze Stadtgebiet verteilt, - ein Gymnasium in Münichholz, ein Gymnasium auf der Ennsleite, ein Gymnasium am Tabor, wo bis 14 oder 15 Jahre ein gemeinsamer Lehrplan unterrichtet wird und dann eine wirkliche berufsspe-zifische und veranlagungsspezifische Ausscheidung oder Aufspaltung oder Wahl möglich wird. Das wäre doch ein Ziel, das wir anstreben sollten. Ich weiß, es scheitert an der Zweidrittelmehrheit, an Entscheidungen, die vorgefaßt sind, an Meinungen, die vorgefaßt sind, die eben der AHS in Österreich einen besonderen Stellenwert einräumen. Für eine Stadt wie Steyr aber wäre das ein wünschenswer-tes Unterfangen, nicht jenen Run mitzumachen in die höhere Schule, wenn es an-ders auch geht. Damit will ich aber kein Wort gegen die AHS gesprochen haben. Aber als weiterführende Schule für jene, die das brauchen, jene die Latein brauchen, für jene, die bestimmte Gegenstände brauchen, die zu einem Weiterstu-dium führen, ist die AHS sehr zu befürworten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Wünscht zu diesem Thema noch jemand zu sprechen? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir sind von der Lehrwerkstätte mitten hinein in die Bildungspolitik gekommen und ich glaube, daß das zwar vordergründig ab-wegig erscheint, real aber mitten ins Herz trifft. Da kommen schon einige Aspekte, die durchaus korrekterweise erwähnt wurden. Die Ableitungen muß man nicht uneingeschränkt teilen, die die Vorredner Klausberger und Zagler getrof-fen haben. Aber daß man bei dieser Gelegenheit auch über das Bildungssystem spricht, scheint mir legitim und richtig. Es ist ja lange Zeit über die Bil-dung im Zusammenhang mit der Lehrwerkstätte nicht gesprochen worden, sondern nur festgestellt worden, daß man hier den Betrieb fördern müßte, weil er der einzig seligmachende sei, der für Bildung sorgen könnte. Das war so die Prämisse, unter der die Förderung vehement betrieben wurde und auch weiter betrieben wurde im Vereinbarungsweg zwischen Stadt und Steyr-Werken neben dem Gemeinderat. Die Lehre nach der Matura, ich weiß nicht, warum das so schlecht dargestellt wird. Man kann, das habe ich selber ausprobiert, nach der Matura sehr wohl eine Lehre absolvieren. Vielleicht wissen es nicht alle in diesem Gemeinderat, ich habe 1962 maturiert und habe dann im Geschäft meines Vaters das Drogistenwesen gelernt, habe die Berufsschule besucht und habe 1964 die Drogistenprüfung abge-legt. Ich bin also Drogist, habe nach dem Wehrdienst auch noch neben meiner Arbeit in der Bank bei meinem Vater mitgearbeitet und habe auch den Befähigungs-nachweis zur Führung einer Drogerie in der Tasche. Ich glaube, es schadet nie-mandem, wenn er mehrere Ausbildungswege hinter sich gebracht hat. Ich sage so-wohl zur Lehre nach der Matura ein überzeugtes Ja, weil man die Lehre um Got-tes willen nicht als Schande abqualifizieren darf. Da ist nämlich die große

Gefahr dabei. Da ist auch die große Gefahr dabei, bei all der Richtigkeit, was Du gesagt hast, wenn wir über alle Stadtteile Gymnasien erstrecken, daß dann die Eltern in ihrem Stolz nicht mehr bereit sein werden, ihre Kinder in die Hauptschule zu geben. Da sind wir mitten drinnen in dieser Gefahr, daß wir dann noch mehr unterschiedlich qualifizierte Menschen in die Gymnasien hinein in die Versuchung führen, genau so wie wir seinerzeit unter dem Druck der Konjunktur der Meinung waren, daß wir Leute in den Metallberuf hineinführen, wo der Metallberuf in starkem Strukturwandel begriffen war. Ich bitte die Formulierung zu beachten, ich ersuche wirklich, Polemik zu vermeiden. Die Lehre nach der Matura sollte man nicht abtun als Hirngespinnst der Wirtschaft, der jetzt nichts anderes einfällt, um Lehrlinge zu bekommen, sondern sollte man wirklich als einen der Lösungswege ansehen, wie man die Maturanten, die jetzt da sind um Gottes willen - man kann ja nicht sagen, schickt sie halt in die Hauptschule zurück und laßt sie lernen, die haben ja maturiert und die stehen vor den Universitäten und nach Beendigung des Studiums wahrscheinlich vor keinen Arbeitsplätzen, wenn sie bei der traditionellen Univeristätsbildung bleiben. Der Bogen von der Lehrwerkstätte bis hinein in das Universitätssystem ist zwar ein sehr weiter, aber ein ursächlich zusammenhängender. Wenn man die Geisteswissenschaft berufsfremd weiter ausbildet, so wird man ein Volk von Philosophen wahrscheinlich nicht mehr ernähren können. Die Wege sind ja richtig, die manche Universitäten bieten mit den gekoppelten Studien. Ich denke gerade an die Versuche, die an der Linzer Universität jetzt beginnen. Da gibt es hervorragende Möglichkeiten. Und ich denke, daß man aus der Matura mit der Lehre sehr wohl einen Beruf hat und dann nach der allgemeinen Grundausbildung sehr wohl aus diesem Beruf sich weiterentwickeln kann. Man soll da wirklich sehr behutsam umgehen und Polemik vermeiden.

Der Wert einer profunden Ausbildung, Kollege Klausberger, ist aus meiner eigenen Erfahrung mit dokumentiert. Ich glaube aber nicht, daß diese profunde Ausbildung alleine in einer Lehrwerkstätte geschaffen wird, sondern daß eine profunde Ausbildung sehr wohl bei den dualen Ausbildungssystemen erfolgen kann. Je besser die Basisbildung ist, desto besser wird auch die duale Ausbildung im Berufsleben sein. Daher auch wieder aus diesem Aspekt ein Ja zur Lehre nach der Matura. Einen Vorwurf, den Kollege Pimsl erhoben hat, der war nicht ganz wohl überlegt, daß die Wirtschaft sich nicht mehr gekümmert hätte um Lehrlinge. Soviel ich weiß, sind weitaus mehr als 70 Prozent aller österreichischen Lehrlinge in der privaten Wirtschaft ausgebildet worden. Das dürfte ungefähr stimmen. Um die 70 : 30 sind Industrielehrlingsplätze. Ganz so ist es nicht, daß die private Wirtschaft ...

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Landeshauptmann Ratzenböck hat an die Wirtschaft appelliert, Lehrlinge einzustellen. Dann hat die Wirtschaft sicherlich nicht in dem Ausmaß ausgebildet, was sie gekonnt hätte, sonst hätte dieser Appell nicht stattgefunden.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Wenn man das jetzt so rein aus dem historischen Zusammenhang gerissen - denn diese Debatte liegt ja schon Jahre zurück - betrachtet, dann klingt das aus Deinem Mund sehr gut, es fehlt nur der Halbsatz dabei. Es haben sich nämlich die Ausbildungsgrundvoraussetzungen geändert. Man hat die Ausbilderprüfung richtigerweise eingeführt, man hat die Qualifikationserfordernisse der Ausbilder in den Betrieben gefordert und richtigerweise eingeführt, man hat aber auch die Prämien reduziert für die Lehrlingseinstellung. Das gehört bitte auch dazu. Und in diesem Bild subventioniert man gleichzeitig die große Industrie bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen. Das ist das ganze Szenario, vor dem Hintergrund spielt sich das alles ab und vor dem Hintergrund hat sich auch die Meinung

meiner Fraktion zu dem Nein seinerzeit entwickelt. Da muß man, wenn man schon Segmente herausnimmt, versuchen, in aller gebotenen Kürze ein ganzheitliches Bild zu bieten. Ich glaube nicht, daß sich dieses ganzheitliche Bild fundamental verändert hat. So daß also auch die Bitte des Kollegen Klausberger, daß wir unsere Stellungnahme verändern sollten, sich durchaus nicht an einem realen Bild konstruiert hat, sondern wahrscheinlich nach dem Wunsch, eine gute Wortmeldung zu machen. Die Verhältnisse haben sich nicht geändert. 70 Prozent der Lehrlinge werden in der privaten Wirtschaft - etwa 70, ob das jetzt bitte 69 Komma sowieso oder 71 Komma sowieso sind, darüber möchte ich nicht diskutieren - ausgebildet. Wenn man nur Grobschätzungen macht, 15 Millionen hat Bürgermeister Schwarz gesagt, hat der Bund gegeben für diese Lehrwerkstätte. Ich weiß, daß es mehr waren, bleiben wir aber bei der gesagten Zahl 15. 2 Millionen Schilling hat das Land schon in Vorleistung gebracht, das sind 17 Millionen für die Einrichtung der Lehrwerkstätte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Für die maschinelle Einrichtung.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ja, für die Einrichtung der Lehrwerkstätte. Das sind in Summe ..

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Für die Erneuerung des Maschinenparks, das hat mit dem Bau nichts zu tun.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Das mag schon sein ...

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich möchte nur einen kleinen Zwischenruf machen. Es ist in einer Lehrwerkstätte eine Investition bei einem normalen Betrieb für die Maschinen im Jahr von etwa 2,5 Millionen Schilling notwendig zur Erneuerung. Dafür hat das Land 2 Millionen hergegeben. Einmal, obwohl das jedes Jahr anfällt. Das ist die normale Abnutzung der Maschinen usw.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Der Streit um Kaisers Bart ist mittlerweile schon 5 Jahre alt und ich glaube, den sollten wir gar nicht mehr fortführen. Tun wir diese 2 Millionen Schilling weg, dann sind es 15 Millionen, wengleich ich ja behauptete, daß die private Wirtschaft auch die Ausbildungsmöglichkeiten erneuern muß und diese 2 Millionen nicht bekommt, also müßte man sie wieder dazuzählen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Die bekommen mehr.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich möchte einen Steyrer Betrieb fragen, wieviel der bekommen hat. Also bleiben wir doch bei diesen 2 Millionen Schilling, dann sind es 17 Millionen. Plus die 5 Millionen Schilling, die die Stadt nach der grundsätzlichen Erklärung des Bürgermeisters geben wird, das sind 22 Millionen Schilling für 100 Lehrplätze. Man rechne bitte, wie hoch der einzelne Lehrplatz subventioniert ist und welchen Erfolg man bei einer Subventionierung der privaten Wirtschaft mit dem Betrag erreichen könnte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Das sind 100 Lehrplätze pro Jahr.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das ist schon klar, daß das 100 Lehrplätze pro Jahr sind. Die Steyrer bodenständige Wirtschaft wäre sehr froh, wenn sie diese Millionen bekommen hätte, auch zweckgewidmet wäre sie sehr froh gewesen. Die hat sie nicht bekommen, weil ja diese Förderung, die die Steyrer Wirtschaft bekommen hat - alle erdenklichen Stellen produzieren sich ja in den Zahlen aus der Regionalförderung für Steyr, falls das jetzt gemeint war. Das ist ja nicht nur lehrplätzerrelevant, das ist allgemein arbeitsplatzrelevant. Also Jacke mit Hose vergleichen, das war etwas, was ich noch nie getan habe und das möchte ich heute auch nicht tun. Die Sache ist also nach wie vor die gleiche. Wir sind der Meinung, daß die Subventionierung des einen Betriebes auch unter dem Aspekt, den Kollege Treml angeführt hat, nicht gutzuheißen ist und bleiben daher trotz der Bitte des Kollegen Klausberger - ich hoffe, Du hast Verständnis dafür - bei unserem einmal geäußerten Nein, weil wir keine Ursache sehen, dieses Nein zu bedauern. Im Gegenteil, wir sehen uns immer mehr darin bestätigt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Nächste Wortmeldung Kollege Rohrauer.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Man soll das Modell, das Kollege Zagler hier erwähnt hat nicht auf Gymnasien ummünzen. Er hat Gymnasien gemeint, meinte aber an und für sich nichts anderes als das System, das sich die SPÖ an und für sich an die Fahnen geheftet hat, daß die Grundausbildung, also die Pflichtschulen, von der ersten Schulstufe bis zur 8. Schulstufe generell für jedes österreichische Kind gleich sein sollte und von dort aus die Spezifizierung erfolgen sollte.

Zum Schluß möchte ich aber eine kleine Geschichte erzählen, weil sie so schön hereinpäßt. Die Tochter eines Freundes von mir möchte gerne Kfz-Mechanikerin werden. Sie hat eine Schnupperwoche in der Hauptrepa gemacht, hat dort beste Erfahrungen gemacht, die Leute haben gesagt, sie hat eine geschickte Hand, sie kann etwas werden in diesem Beruf. Sie hat dann die Aufnahmeprüfung gemacht und ist unter 12 Beteiligten dritte geworden. Leider hat die Hauptrepa nur zwei aufgenommen, weil nicht mehr vorgesehen waren. Nachdem diese Schülerinnen und Schüler im Polytechnischen Lehrgang beisammen sind, hat sie gewußt, daß verschiedene Mitschüler zwei, drei Angebote als Lehrlinge in Kfz-Werkstätten, in privaten Kfz-Werkstätten, gehabt haben. Sie hat diese Mitschüler ersucht, entscheide dich für eine Stelle und ich gehe zu den anderen und frage, ob ich Kfz-Lehrling werden kann. Sie hat das in mehrfacher Art gemacht und überall hat es geheißen, nein danke, wir nehmen kein Mädchen. Ich finde, das ist eine Schweinerei - ich bitte das zu beachten, Schweinerei - wenn man immer wieder spricht, die Lehrlinge werden von der Privatindustrie ausgebildet. Ja, die männlichen Lehrlinge werden dort ausgebildet, aber so bald die spezifischen Lehrberufe wie Mechaniker z. B., die immer auf Männer zugeschnitten waren, aufgebrochen werden und auch Frauen das machen wollen, dann fühlt sich auf einmal die Privatindustrie nicht mehr in der Lage, hier einzusteigen und den Mädchen die Gelegenheit zu geben, einen Wunschberuf zu erlernen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Aber die Steyr-Werke sind Heilige, die haben sie ja auch nicht genommen.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

In der Lehrwerkstätte sind z. B. weibliche Autoelektriker in Ausbildung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Kollege Schloßgangl hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich möchte nur ganz kurz zu den Ausführungen von Kollegen Rohrauer Stellung nehmen. Ich finde es als sehr unangebracht, hier von einer Schweinerei zu reden, denn ich kann Ihnen x Namen bringen, wenn Sie wollen, wo weibliche Lehrlinge in der Privatwirtschaft, nicht in der Privatindustrie - es gibt ja die Privatwirtschaft, sowohl Gewerbe, Handel und auch Industrie - ausgebildet werden. Ich muß eines sagen, wenn ich eine Lehrwerkstätte habe, die in den Betrieb eingebunden ist und mit öffentlichen Mitteln, mit derart großen Mitteln, gefördert wird, dann hat die noch viel eher die Verpflichtung, weibliche Lehrlinge aufzunehmen als ein Privatbetrieb, der immerhin sehr stark mit dem Konkurrenzdruck kämpfen muß. Es soll keine Entschuldigung sein, aber der bekommt ja keine Förderung dafür. Aber die Lehrwerkstätte hat sie gekriegt und da ist der Unterschied. Da reden wir auch nicht, daß es eine Schweinerei ist, daß die Steyr-Werke die nicht aufgenommen hat, sondern ich habe empfohlen, man könnte hier eben mehrere weibliche Lehrstellensuchende ausbilden und aufnehmen, als es der Fall ist. Aber zu reden, daß das eine Schweinerei ist, weil die nicht untergekommen ist - der Einzelfall, den Sie wissen - dagegen möchte ich mich verwehren.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch eine weitere Wortmeldung? Kollege Klausberger noch einmal.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Es ist ja, glaube ich, häufig so, daß bei Gemeinderatsdiskussionen gesagt wird, es könnte durchaus ein bißchen lebendiger zugehen und daher habe ich nichts gegen die von Kollegen Holub teilweise auch polemisch geführte Begründung, wortreiche Begründung des Neins seiner Fraktion zum Thema der Lehrwerkstätte. Bleiben wir aber sachlich und in der sachlichen Diskussion würde ich nur ganz kurz wiederholen, was ich vorhin nur angedeutet habe. Es schreibt Prof. Kausel am Dienstag, 27. Juni 1989, über die industrielle Produktivität, die bis auf ganz wenige Prozente das in den 70iger Jahren noch unnahbar hohe westdeutsche Niveau erreicht hat in Österreich. Was allein schon, wie er meint, jene Strukturkritik ad absurdum führt. In einer solchen Phase steht der traditionelle österreichische Wirtschaftspessimismus und der darin fußende uralte Minderwertigkeitskomplex offenbar endgültig auf verlorenem Posten. Also noch einmal, die seinerzeitige Ablehnung der ÖVP-Fraktion ist eigentlich nicht mehr haltbar. Der damalige Wirtschaftspessimismus, wohin denn mit den gut ausgebildeten Leuten, der hat sich ad absurdum geführt. Das sagt jetzt nicht irgendein Klausberger, sondern das sagt der angesehene Wirtschaftswissenschaftler Prof. Kausel. Wir sollen natürlich nicht Philosophen auf den Arbeitsmarkt in Überfülle bringen, aber wenn Kausel weiter schreibt, der derzeitige Beschäftigungszuwachs von nahezu 50.000 Arbeitsplätzen - zu ergänzen in Österreich mit weit besserer Qualifikation als z. B. in den USA - ist der stärkste seit 12 Jahren. Dann steckt hinsichtlich dieser Qualifikation der ausgebildeten österreichischen Arbeitskräfte doch eine Anerkennung unserer Ausbildung der Arbeitskräfte, ob in der Privatwirtschaft oder im Bereiche des öffentlich geförderten - auch die Privatwirtschaft wird sehr stark öffentlich gefördert - Bildungswesens einmal im Lichte eines sehr sehr großen Lobes. Ich habe wirklich nur sachlich gemeint, die ÖVP möge im Hinblick auf kommenden Facharbeitermangel zustimmen, daß mehr Facharbeiter ausgebildet werden auch mit Förderung der Gemeinde Steyr. Ich glaube, dieses gemeinsame Anliegen wäre doch ein positives und eines, dem die ÖVP wirklich in der heutigen Situation und im Lichte neuer Erkenntnisse beitreten sollte, ohne daß sie dabei ihr Gesicht verliert.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Holub hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich weiß, es ist die zweite Wortmeldung und ich habe dann keine mehr. Die Einladung, die private Wirtschaft braucht ausgebildete Facharbeiter, zum Überdenken zu verwenden, die fällt auf fruchtbaren Boden. Ich mache diesem Gemeinderat der Stadt Steyr den Vorschlag, nach Auslaufen der Förderung der Steyr-Werke, die private Wirtschaft mit gleichen Beträgen zu unterstützen, einen Lehrlingsförderungszuschuß der Gemeinde zu machen, für jeden neu geschaffenen Ausbildungsplatz einen bezifferten Zuschuß

STADTRAT RUDOLF PIMSL:
Dann sagen Sie jetzt ja dazu?

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:
Ich sage jetzt noch immer nein, weil ich meine, daß die grundsätzliche Einstellung stimmt. Aber wenn das, was Kollege Klausberger gesagt hat, ehrlich gemeint war, wird der sozialistischen Fraktion gar nichts anderes übrig bleiben, als seinem Druck nachzugeben und die Lehrlingsausbildung auch in der privaten Wirtschaft in Zukunft aus städtischen Mitteln zu fördern. Das war eine sehr gute Anregung von Dir, ich weiß nur nicht, ob Dich Deine Kollegen dafür loben werden.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Zagler hat sich ebenfalls das zweite Mal zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:
Ich möchte bei meiner zweiten Wortmeldung wirklich nur drei Sätze sagen. Ich freu mich besonders darüber, daß wir im Gemeinderat endlich einmal über bildungspolitische Themen offen diskutieren. Zweiter Satz. Ich begrüße es, daß die Steyr-Daimler-Puch AG, die Lehrwerkstätte, öffentliche Förderungsmittel erhält. Dritter Satz, ich würde es begrüßen oder würde wünschen, daß auf Bundesebene die Bildungsplanungspolitik in bessere Bahnen laufen könnte. Das Hindernis meiner Meinung nach ist die Zweidrittelmehrheit. Dann würde eine Kronen-Zeitung nicht ganzseitig über den Schulkrieg berichten müssen, der eigentlich kein Schulkrieg ist, sondern ein Krieg um Schüler ist. Ein Kampf um 14jährige, die irgendwo für irgendwelche Interessen gebraucht und leider viel zu oft mißbraucht werden. Da, glaube ich, ergeht der Auftrag von uns hinauf in die obersten Instanzen, die Gemeinden nicht außer acht zu lassen bei der Bewältigung dieses Problems.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Ich danke Kollegen Zagler für seinen Beitrag. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall, ich bitte unseren Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, nach dieser sehr ausführlichen Diskussion möchte ich aber doch einige grundsätzliche Überlegungen anstellen. Es ist schon in der Diskussion angeklungen, daß die Wirtschaft seinerzeit angeführt hat, daß zuviel Ausbildung ist, was tun wir mit diesen Leuten usw. Jetzt ist die Situation eine andere und bei unseren Überlegungen seinerzeit der Förderung der Lehrwerkstätte waren doch auch gewisse Zukunftsaussichten, wie ich glaube, und zwar daß es notwendig ist, daß man sie in die Überlegungen mehr als bisher einbezieht, ausschlaggebend. Das darf ich sagen, weil sich abgezeichnet hat, daß sich Veränderungen in dieser Richtung ergeben, weil ver-

schiedene Tendenzen schon festgestanden sind. Ich darf sagen, wir haben mit den Steyr-Werken gesprochen, wie diese Lehrwerkstätte errichtet wurde. Es war unser Wunsch, ich sage auch heute noch ja dazu, daß die Lehrwerkstätte größer errichtet wird, als sie für den Bedarf des Betriebes notwendig ist. Es ist dort eine anerkannt qualifizierte und attraktive Ausbildung. Es spielt auch eine Rolle, wenn jemand in diese Berufe geht, daß er auch die notwendigen Voraussetzungen, die sich jemand vorstellt, hat. Die hat er in den Steyr-Werken, mehr möchte ich gar nicht sagen. Diese Aussichten sind gegeben. Diese Mehrkosten waren damals beziffert oder vom Werk angegeben und nachgewiesen mit etwa 20 Millionen Schilling. Zusicherungen sind vorgelegen seitens der Bundesregierung auf eine Förderung von 15 Millionen Schilling. Es bleibt ein Betrag von 5 Millionen Schilling. Der Herr Magistratsdirektor war bei diesem Gespräch dabei, wir haben ausführliche Gespräche oben in den Steyr-Werken geführt und auch in meinem Büro. Wir haben darüber gesprochen, es sind diese 5 Millionen noch aufzubringen. Es war diese Zusage notwendig, wir haben uns aber nicht festgelegt, das muß ich sagen, auf 5 Millionen Schilling, sondern das war der Fehlbetrag, der vorhanden war. Es ist mehr oder weniger jetzt eine Ausfallhaftung, die wir übernehmen. Ursprünglich war unsere Vorstellung, daß sich das Land und wir diesen Betrag in etwa teilen. Es ist unsere Vorstellung gewesen, ich darf sagen, daß wir entgegen der Aussage von Kollegen Treml unterstützt wurden von prominenten Politikern aus unserer Partei. Ich darf einen Brief vom Präsidenten der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Fritz Freyschlag, er war damals noch Landtagsabgeordneter, verlesen an Herrn Landesrat Dr. Leibenfrost. Er schreibt am 20. 9. 1984. Sehr geehrter Herr Landesrat, seit dem Vorjahr werden von seiten der Steyr-Daimler-Puch AG intensive Bemühungen unternommen, eine neue Lehrwerkstätte zu bauen. Diese ist deshalb erforderlich, da die derzeitige Ausbildung in der vorhandenen Lehrwerkstätte nur mehr aufgrund einer Sonderbewilligung des Arbeitsinspektorates möglich ist. Die Steyr-Werke würden eine Werkstatt zur Ausbildung für den eigenen Bedarf mit einer Kapazität für 50 Lehrlinge benötigen und auch errichten. Bisher wurde jedoch wesentlich über den eigenen Bedarf hinaus ausgebildet. Das Unternehmen hat somit beigetragen, über die Region Steyr hinaus qualifizierte Ausbildungsplätze bereitzustellen. Aufgrund der Jugendbeschäftigungsprobleme wäre dies auch für die Zukunft sehr wichtig. Dem Unternehmen ist es aber nicht möglich, die hohen Investitionskosten von ca. 45 Millionen Schilling für die geplante Lehrwerkstätte allein zu tragen. Das Sozialministerium und die Stadt Steyr haben sich bereit erklärt, Subventionen zur Verwirklichung dieser bedeutenden Ausbildungseinrichtung zur Verfügung zu stellen. Bereits im Mai 1983 trat ich an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, mit der Bitte heran, Förderungsmittel zur Errichtung der neuen Ausbildungsstätte bereitzustellen. Leider konnte bis jetzt keine zufriedenstellende Finanzierungsbeteiligung des Landes erreicht werden. Ich möchte Sie daher nochmals ersuchen, in Kooperation mit Sozialminister Dallinger und Bürgermeister Schwarz jene notwendigen Förderungsmittel zur Verfügung zu stellen, die es den Steyr-Werken ermöglichen, die neue Lehrwerkstätte zu errichten." Das ist ein Schreiben von Präsident Freyschlag. Ich bringe das zur Kenntnis, weil da gesagt wurde, daß sich unsere Mitglieder in der Oö. Landesregierung nicht dafür eingesetzt haben.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das war 1984, der Beschluß ist 1985 erfolgt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich habe mich bemüht, auch die ÖVP-Fraktion davon - und wir haben schon mehrmals diskutiert auch z. B. bei Budgetsitzungen und bei jeder diesbezüglichen Beschlußfassung - zu überzeugen. Ich habe mich bemüht, die ÖVP zu überzeugen, daß das notwendig ist. Das ist mir nicht gelungen, weil durch eine Unterstützung der ÖVP-

Fraktion in Steyr wir sicher mit den 3 Millionen Schilling ausgekommen wären, weil wir dann vom Land die 2 Millionen Schilling unter Umständen erhalten hätten. Den Wunsch, den Kollege Klausberger deponiert hat, darf ich wiederholen, wir nehmen diese 2 Millionen Schilling auch jetzt noch. Ich glaube, daß dem Facharbeitermangel hier entgegengetreten werden kann, wenn wir diese Förderung machen. Es ist eine Förderung der Jugend und auch eine Förderung der Wirtschaft. Dort werden Lehrlinge nicht nur für die Steyr-Werke, sondern z. B. auch für BMW, ausgebildet.

GEMEINDERAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Die bezahlen ja dafür.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ja, aber die Einrichtung muß vorhanden sein und auch das Haus muß vorhanden sein.

Eines möchte ich auch noch sagen. Ich verstehe nicht ganz von der Österr. Volkspartei, daß sie hier so pingelig - entschuldigen Sie diesen Ausdruck - daß sie so knausrig ist in dieser Sache bei den Steyr-Werken. Die Forderung für die Wirtschaftsförderungen werden immer wieder an uns herangebracht. Aber bei den Steyr-Werken, jenem Betrieb in Steyr, das möchte ich sehr deutlich sagen, von dem diese Stadt fast 100 Jahre gelebt hat und die Wirtschaft mit ihr. Sehr selten ist dort eine Förderung hingegangen. BMW hat 100 Millionen Schilling in etwa bekommen von der Stadt, wenn unsere Förderung ausgelaufen ist. Ich werde bei der nächsten Gemeinderatsitzung - ich habe das leider jetzt nicht da - eine Liste der Wirtschaftsförderungen vieler anderer Betriebe vorlegen. Da sind etliche Millionenbeträge dabei. Für das Werk weigert man sich, das in finanzieller Not war - es war ja in keiner finanziell günstigen Lage, als die Lehrwerkstätte errichtet wurde - es zu unterstützen, das verstehe ich nicht. Deswegen bin ich dafür, daß wir das machen, weil wir damit das Werk, die Jugend und die übrige Wirtschaft in Steyr fördern, wie wir das bei anderen Betrieben auch machen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Aber gerade Kollege Schloßgangl hat in der letzten Debatte um die Steyr-Werke gefordert, bei Bedarf die Fabrik zu unterstützen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Die Möglichkeit hättet Ihr jetzt gehabt. Es ist ja keine Schande, wenn man die Meinung einmal ändert.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Hier geht es nicht um den Betrieb, sondern um die Lehrwerkstätte und das bringt dem Werk als solches gar nichts.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem vorliegenden Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 7 Gegenstimmen (ÖVP) und einer Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag, meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, einer Subventionierung zur Errichtung von Flutlichtanlagen für den Sportklub Vorwärts zuzustimmen. Der Sportklub Vorwärts ist an die Stadt mit dem Ersuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung von Flutlichtanlagen herangetreten und hat dieses Ansinnen wie folgt begründet:

Dem Sportklub Vorwärts wurde von der Bundesliga trotz sehr starker Konkurrenz seitens des LASK die Errichtung eines Bundesliga-Nachwuchszentrums in Steyr zugesprochen. Zielsetzung ist die systematische Erfassung und Ausbildung talentierter Jugendlicher zu Leistungssportlern. Die Jugendlichen werden in Mannschaften für 6- bis 8jährige, 8- bis 10jährige, 10- bis 12jährige, 12- bis 14jährige, 14- bis 16jährige und 16- bis 18jährige zusammengefaßt. Den Großteil der Kosten für den Spielbetrieb und die Bezahlung von zwei ausgebildeten Trainern übernimmt die Bundesliga. Der Trainingsbetrieb mit allen Mannschaften soll auf den beiden Fußballfeldern in Gleink durchgeführt werden. Dieses Trainingszentrum, für das der Sportklub Vorwärts einen 10jährigen Bestandsvertrag abgeschlossen hat, wird im Sommer dieses Jahres eröffnet. Es soll aber dort während des ganzen Jahres einen geregelten Trainingsbetrieb geben. Es wird seitens der Bundesliga verlangt, daß diese Plätze mit Flutlichtanlagen ausgestattet sind. Die Gesamtkosten für die Installierung der beiden Anlagen auf den Fußballplätzen in Gleink belaufen sich aufgrund des beiliegenden Angebotes - es wurde ein Angebot vorgelegt von Wolfgang Stropek - auf S 1,214.9995,-. Ich darf darauf hinweisen, daß bei den Gesprächen mit dem Sportklub Vorwärts ich darauf hingewiesen habe, daß wir im Budget einen Betrag von 1 Million für die Errichtung einer Flutlichtanlage auf dem Vorwärts-Platz vorgesehen haben und damit, weil ein größerer Betrag nicht vorhanden ist, diese Flutlichtanlage wir nicht fördern können. Daraufhin hat der Sportklub Vorwärts schriftlich erklärt, in den nächsten 5 Jahren keinen Subventionsantrag an die Stadt Steyr für die Errichtung einer Flutlichtanlage im Vorwärts-Stadion zu stellen. Diese Erklärung liegt schriftlich vor. Ich darf Sie bitten, folgendem Antrag zuzustimmen.

6) Ha-2737/89

SK Vorwärts Steyr; Errichtung von Flutlichtanlagen;
Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 1. 6. 1989 wird dem SK Vorwärts Steyr für die Errichtung von Flutlichtanlagen auf zwei Trainingsplätzen in Gleink eine außerordentliche Subvention in der Höhe von S 1,000.000,- gewährt. Die Auszahlung der Subvention hat gegen Vorlage entsprechender Rechnungen zu erfolgen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1,000.000,-- (eine Million)

werden bei der VSt. 5/2624/777000.5 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es eine gegenteilige Auffassung? Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um den Abschluß eines Werkvertrages mit dem Landestheater Linz zur Abwicklung der Gastspielsaison 1989/90. Der Antrag lautet:

7/ K-7200/88

Abwicklung der Gastspielsaison 1989/90 des Landestheaters Linz im Stadttheater Steyr; Abschluß eines Werkvertrages.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 19. 5. 1989 wird die Abgeltung von 16 Gastspielen des Landestheaters Linz in der Theatersaison 1989/90 nach Maßgabe dieses Amtsberichtes genehmigt. Gleichzeitig wird der Magistrat der Stadt Steyr ermächtigt, einen entsprechenden Werkvertrag abzuschließen. Weiters werden die mit Beschluß des Gemeinderates vom 30. 6. 1988, K-7000/87, festgelegten Eintrittspreise sowie die Regelung für die Dienstsitze und dgl. nach dem Gemeinderatsbeschluß vom 16. 9. 1980, K-1800/80, beibehalten.

Ich darf um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich frage, ob jemand dazu das Wort wünscht? Kollege Wieser bitte.

GEMEINDERAT WOLFGANG WIESER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Die jahrelange Forderung der ÖVP, für Veranstaltungen des Landestheaters einen Jugendtarif zu beschließen, ist bis jetzt auf taube Ohren gestoßen. Zusätzlich zu diesem Antrag möchte ich eine Idee oder eine Forderung der ÖVP bringen. Um die Besucherzahl bei diesen Veranstaltungen noch zu erhöhen und um der Jugend die Möglichkeit zu geben, kostengünstig hochwertige kulturelle Veranstaltungen besuchen zu können, fordern wir die Einführung von sogenannten "stand-by"-Karten. Stand-by sind Karten, die bis kurz vor Beginn der Veranstaltung nicht verkauft werden konnten. Stand-by-Karten sollten für Jugendliche maximal ein Viertel des normalen Preises kosten. Stand-by-Karten würden das Kulturbudget nicht belasten, jedoch das Kulturverständnis der Jugend verbessern.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Es war eine Anregung, kein Antrag, und ich darf versichern, daß wir über diese Problematik uns noch neuerlich unterhalten. Der Grund, warum bisher - es wurde diese Anregung ja schon einige Male gemacht - das nicht verwirklicht wurde ist der, daß die Frage in dem Zusammenhang zu sehen ist, daß wir diese Veranstaltungen fördern, nicht unwesentlich fördern seitens der Stadt. Es würde sich sicherlich ein erhöhter Zuschußbedarf in diesem Fall ergeben.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das wären ja sowieso freie Plätze.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das ist die Frage. Ich darf aber zusichern, daß wir dieses Problem prüfen werden. Allerdings nicht in der nächsten, aber bestimmt in der übernächsten Fraktionsobmännerbesprechung. Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wer dem vorliegenden Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Gegenstimmen? Enthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Für unsere Werndl-Ausstellung sind die Eintrittspreise festzusetzen. Hier war es notwendig, aus Dringlichkeitsgründen eine bürgermeisterverfügung zu erlassen. Ich bitte Sie, folgendem Antrag des Stadtsenates ebenfalls zuzustimmen:

8) K-6701/86

Ausstellung "Josef Werndl (1831 bis 1889) - Leben und Werk;
125 Jahre Waffen aus Steyr"; Festsetzung der Eintrittspreise.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 1. 6. 1989, womit wegen Dringlichkeit gemäß § 46 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr nachstehendes angeordnet wurde, wird hiemit genehmigt:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 2. 6. 1989 werden die Eintrittspreise für die in der Zeit vom 14. 6. bis 17. 9. 1989 stattfindende Ausstellung "Josef Werndl (1831 bis 1889) - Leben und Werk; 125 Jahre Waffen aus Steyr" wie folgt festgelegt:

Erwachsene	S 25,--
Gruppen ab 20 Personen	S 15,--
Schüler	frei

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich frage, gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Gibt es eine gegenteilige Auffassung? Eine Enthaltung? Beides nicht der Fall, so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um die Erweiterung unserer Siemens-Computeranlage vom Typ 7.530 B auf 7.530 D. Ich glaube, daß es auch hier notwendig ist, einige Passagen aus dem Amtsbericht zum besseren Verständnis zu zitieren.

Durch den verstärkten Einsatz der Bildschirmarbeitsplätze in den derzeit an die Siemens-Computeranlage angeschlossenen Abteilungen und Referaten ergibt sich seit einiger Zeit die Problematik, daß in Zeiten einer Belastungsspitze Antwortzeitverhalten auf den Bildschirmen unbefriedigend ist. Um aber den Einsatz des Computers als Rationalisierungsinstrument im Verwaltungsablauf zu rechtfertigen, bedarf es einer optimalen Versorgung der Anwender. Dadurch ergibt sich die Notwendigkeit, die derzeit installierte Siemens-Computeranlage vom Typ 7.530 B auf ein leistungsfähigeres Modell umzustellen. Bei der Anschaffung des Computersystems Siemens im Jahre 1986 wurde berücksichtigt, daß dieses System mit den Anwendungen mitwachsen kann, da es wirtschaftlich nicht sinnvoll wäre, durch nicht genutzte Kapazitäten im Computerbereich Kapital zu binden. Es besteht daher aufgrund des erreichten Auslastungsgrades die Notwendigkeit, das Siemens-Computersystem hardwaremäßig auf die nächsthöhere Leistungsstufe vom Typ 7.530 D hochzurüsten. Da mit dem Umstellen auf den leistungsfähigen Typ 7.530 D aber noch nicht alle Probleme gelöst sind, bedarf es zusätzlich einer Erweiterung der Speicherkapazitäten, und zwar des Hauptspeichers von derzeit 4 MV auf 8 MB und die Vergrößerung des Plattenspeichers um 250 MB. Mit diesen Ausbaugrößen können die derzeit vorliegenden Anforderungen der einzelnen Abteilungen und Referate abgedeckt werden.

Es folgt dann noch eine Auflistung über die finanziellen Aufwendungen. Ich darf Ihnen folgenden Antrag des Stadtsenates vorlegen.

9) GHJ1-92/89

Erweiterung der Siemens-Computeranlage
vom Typ 7.530 B auf 7.530 D.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 13. 6. 1989 werden im Zusammenhang mit der Erweiterung der Siemens-Computeranlage vom Typ 7.530 B auf 7.530 D folgende Aufträge vergeben:

Fa. Computer Szepanski, Wien

Hochrüstsatz 7.530 B auf 7.530 D

Hauptspeichererweiterung von 4 auf 8 MB

S 187.500,--

S 106.000,--

S 292.500,--

S 58.599,--

S 351.000,--

=====

Fa. Siemens AG, Bereich Data, Wien:

Plattenspeicherausbau um 250 MV

Betriebssystem-Software-Erweiterungen zu BS 2000

S 189.000,--

S 115.120,--

S 304.120,--

S 60.824,--

S 364.944,--

=====

Die für den Ankauf der Hardwarekomponenten erforderlichen Mittel werden im Ausmaß von

S 577.800,-- (fünfhundertsiebenundsiebzigtausendachthundert)

bei der VSt 5/0160/020000.7 freigegeben.

Der Betrag für die Lizenzgebühr für die Betriebssystemsoftwareerweiterungen wird im Ausmaß von

S 138.200,-- (einhundertachtunddreißigtausendzweihundert)

bei der VSt 5/0160/728999.5 freigegeben.

Ich darf um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Pragerstorfer.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, nach den vielen weitreichenden Themen, die heute ausnahmsweise sogar fast einmal die Wogen hochgehen haben lassen, ist die Erweiterung einer Computeranlage kein Thema, wo ich annehme, daß sich sehr viele Leute darüber Gedanken machen. Nachdem im Gemeinderat, unabhängig von der Partei, ich Computerfachmann bin von Beruf, fühle ich mich aufgerufen, stellvertretend für alle mir darüber Gedanken zu machen bei solchen Investitionen, was man für das viele Geld bekommt. Es geht hier um fast eine dreiviertel Million Schilling und was kriegt man dafür? Wenn man dem Amtsbericht folgt, nicht sehr viel mehr, als daß Spitzenbelastungen, wenn man eine Bildschirmeingabe macht, eine Wartezeit von 30 bis 40 Sekunden reduziert wird auf, was man gerne hätte, 10 oder unter 10 Sekunden. Dafür gibt man immerhin 700.000 Schilling und mehr aus. Es ist jetzt eine Frage, zahlt sich das aus? Warum kommt es so, muß man das machen, geht es auch anders, was soll man da tun? Es ist sicher nichts dagegen einzuwenden, daß eine Stadt, die eine ziemlich intensive Informationsverarbeitung betreibt im Magistrat, sich ein Computersystem zulegt. Vor 10 oder 20 Jahren wäre das ganz selbstverständlich gewesen aus technischen Gründen, daß das ein großer zentraler Computer ist, den man halt, weil er so groß und teuer ist, auf möglichst viele Leute aufteilt, die damit Informationsverarbeitung betreiben mit Hilfe von Bildschirmen, wie es so schön heißt. Und daß dieser Computer in Sekundenbruchteilen

sich von einem zum anderen umschaltet, dessen Eingaben verarbeitet und Ausgaben ausgibt. In der Zwischenzeit gibt es natürlich eine sehr rasante technische Entwicklung und heutzutage gibt es die Möglichkeit, daß man die automatisierte Informationsverarbeitung den Bedürfnissen der Verwaltung anpaßt. Wie z. B. auch der Herr Magistratsdirektor nicht alle Briefe selbst schreibt, unterschreibt oder formuliert, weil es im Magistrat Arbeitsbereiche gibt, die für gewisse Dinge von vornherein zuständig sind und diese erledigen, ohne daß der Spitzenbeamte das alles selber macht. Genauso gibt es Informationsverarbeitungssysteme, wo man an die Bedürfnisse zuschneidet. Wenn jemand eine Aufgabe hat, die nur der eine Beamte betreibt, kann man ihm einen Computer entsprechend hinstellen. Wenn eine Abteilung gemeinsam Tätigkeiten betreibt, wo die Informationen in der Abteilung bleiben, kann man ein Computersystem anschaffen, das für diese Zwecke geeignet ist, und man kann natürlich auch und soll natürlich auch zentrale Informationen zentral verwalten. Die Stadt hat einen Computer gekauft von einer sehr renommierten Firma, zu einem sehr renommierten Preis, und hat gedacht, daß das, was die Firma am meisten freut, auch geschieht, nämlich die Aufrüstung. Von den Erstausschreibungen, wo eine Konkurrenz da, wo man genau weiß, daß unter Konkurrenzdruck die Preise oft in den Keller gehen, versuchen halt die Firmen halt dann im Laufe der Jahre, das wieder dort zu holen ...

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Du plauderst Geschäftsgeheimnisse aus.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Ich werde von den Firmen weder gesponsert noch beschäftigt. Ich versuche nur eines Ihnen ein bißchen außerhalb vom technischen Kauderwelsch darzustellen, was ist los und was könnte man machen.

Dieser zentralen Anlage wurden nach den bisherigen Aufgaben schrittweise über Jahre hinweg weitere Aufgaben übertragen. Es wurden mehr Bildschirme angeschlossen, es wurden mehr Programme betrieben. Logische Konsequenz, die Anlage wird mehr und mehr ausgelastet und überlastet. Wie reagiert eine solche zentrale Anlage darauf? Sie wird langsamer für jeden Einzelnen, wenn möglichst viele daran sind, wird sie natürlich für jeden langsamer. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit ist das, man rüstet mit einem großen Betrag diese Anlage auf, damit sie schneller und leistungsfähiger wird. Die zweite Möglichkeit ist das, man überlegt sich, welche Aufgaben kann man herausnehmen und auslagern in andere Computersysteme, so daß man zentrale Leistungen wegnimmt und mit anderen kleineren preisgünstigeren, wo man dann dieselbe Leistung für weniger Geld erhält, aber dieselbe Aufgabe hat für die Leute, die damit arbeiten. Diese Denkweise fehlt mir hier, die ist nicht durchgeführt worden, wie ich mich bei einem Gespräch mit Herrn Dr. Alphasamer auch erkundigen habe können. Man denkt zwar daran, hat es aber bisher nicht getan. Ich möchte Ihnen doch hier zu bedenken geben, daß die Stadt sehr viel Geld ausgibt, man könnte schon fast sagen hinauswirft und sehr wenig dafür bekommt. Warum diese Komponenten hier so viel Geld kosten, ist recht einsichtig. Große Rechner werden nicht in sehr großen Stückzahlen verkauft, der anteilige Aufwand von Forschung und Vertrieb ist sehr hoch. So kostet eine Hauptspeichererweiterung, also ein Stück Speicher, von 4 Millionen Zeichen, 4 MB, S 150.000,--. Für einen Kleinrechner kostet dieselbe Speicherkapazität, wobei der kleine Rechner dasselbe damit anfangen kann, etwa S 14.000,--. Ein Plattenspeichersystem um 250 MB, ein Stück Präzisionsmechanik und Elektronik, S 180.000,--, S 190.000,--. Ein Kleinrechner 250 MB S 50.000,--. Durch die großen Stückzahlen- kleine Computer, mittlere Computer werden in Stückzahlen verkauft, 5 Mill. Stück im Jahr zur Zeit weltweit, 30 Millionen Stück installiert - kommt man natürlich zu wesentlich anderen Preisen bei gleicher technischer Leistung. Natürlich ist es nicht so einfach, von einem bestehenden Computersystem Aufgaben

irgendwo anders hinzulegen. Natürlich sind da Arbeiten nötig, natürlich muß man auch das betreiben. Aber das muß man auch bei der zentralen Anlage. Man könnte aber um diese S 700.000,- in etwa ein Netzwerk von kleinen Computern kaufen, das ungefähr die gleiche Leistung bietet, die die gesamte Anlage bisher schon hat. Um die S 700.000,- bekommt man keinen zusätzlichen Arbeitsplatz, ein bißchen Speicherkapazität mehr und die Leute müssen nicht auf das Ergebnis ihrer Eingabe warten. Also ein sehr sehr schlechtes Ergebnis im Verhältnis dazu. Ich möchte aus diesem Grund deswegen an Sie appellieren, diese Entscheidung zurückzustellen, ein EDV-Konzept so anzugehen, daß man die neuen technischen Entwicklungen berücksichtigt und nicht immer wieder sehr sehr viel Geld dafür ausgibt, daß man etwas macht, was man vielleicht vor 10 Jahren hätte machen müssen, wo man aber heute Alternativen dazu hat.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Gibt es noch eine weitere Wortmeldung? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich muß dem Kollegen Pragerstorfer im Grunde genommen gratulieren, weil er eine sehr komplexe Materie sehr plausibel vorgetragen hat. Insbesondere das Beispiel mit dem Herrn Magistratsdirektor, der nicht selbst mit seinem Kopf und seinen Händen alles tun kann, aber dennoch geschieht es unter seiner Aufsicht. Das war ein gelungenes Bild und ich gratuliere dazu. Ähnliche Systeme arbeiten in den Banken zum Beispiel. Die Großrechenanlagen, die da für ein Geldinstitut, wie sie z. B. meinem Arbeitgeber zur Verfügung stehen, sind in der Anwendung viel zu teuer. Wir haben auch Logik ausgelagert, die vor Ort gebraucht wird, und über den Zentralrechner dann vernetzt wird. Also derartige Systeme gibt es und ich bedauere eines wirklich, daß ich mich im Jahre 1986, als die grundsätzliche EDV-Entscheidung gefallen ist, doch zur Zustimmung breitschlagen habe lassen, weil ich bei dieser Gelegenheit auch ein gewisses Maß an Mitschuld auf mich geladen habe, weil man das Fortdenken in vernetzte PC-Systeme damit nicht gefördert hat. Ich bedauere diese seinerzeitige Zustimmung, muß aber, aufbauend auf den seinerzeitigen Fehler, dem heutigen Antrag die Zustimmung geben, weil das System einfach jetzt so aufgebaut wurde. Wir hatten im Jahre 1986 zu den Anträgen lange Diskussionen, die einen oder anderen hier im Saal werden sich daran erinnern, und ich habe im Namen meiner Fraktion zu dieser Anschaffung die Zustimmung gegeben. Ich bekenne heute, daß ich da als Ratgeber meiner Fraktion sicherlich einen Fehler gemacht habe, kann aber nicht mehr anders, als den Fehler jetzt weiter fortsetzen und diesem Antrag zustimmen.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Warum war das ein Fehler?

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Warum ein Fehler, um auf den Zwischenruf des Kollegen Zagler zu antworten, den ich dem Protokoll möglich machen möchte, damit meine Antwort auch verständlich ist, weil ich glaube, daß wir mit der seinerzeitigen Entscheidung im Jahre 1986 nicht gefördert haben, - nicht ausgeschlossen, aber nicht gefördert haben - das Weiterdenken zu dezentraler Logik. Die Vernetzung durch eine Rechenanlage ist gut und in Ordnung, gemeinsame Daten müssen vorhanden sein. Aber wir sollten auf alle Fälle versuchen, nach Möglichkeit den Vorschlag des Fachmannes mit- und nachzuvollziehen und zumindest in Zukunft den Ausbau von peripherer Intelligenz in unser Datennetzsystem in der Stadt weiter forcieren. Ich glaube, da könnte man in Zukunft sowohl für den Anwender gute Voraussetzungen schaffen. Ein Beispiel dazu ist allen plausibel, Kollege Pragerstorfer hat es nur nicht erwähnt, ich bin aber überzeugt, daß es ihm sofort eingefallen wäre. Das Schreibsystem zum Beispiel muß nicht über den zentralen Rechner

laufen, jeder PC kann das ohne weiteres mit hohem Anwenderkomfort. Wenn man sich vor Augen hält, welcher Speicherplatz in der Großrechenanlage da notwendig ist und welche Umlaufzeitverkürzung oder Verlängerung eigentlich dann von der Großrechenanlage her für den sonstigen Anwender damit verbunden ist, dann ist der Pragerstorfer-Vorschlag durchaus richtig und er bleibt zu betreiben. Ich weiß nicht, wie weit jetzt schon Bestellungen gelaufen sind. Es wäre es wirklich fast wert, den Pragerstorfer-Vorschlag anzuhängen, den Antrag zurückzustellen, wenn die Bestellungen nicht gemacht sind und untersuchen, ob sich nicht der Vorschlag realisieren läßt. Ich glaube, daß er für alle Anwender zufriedenstellende Ergebnisse brächte, wenn er richtig betrieben wird.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Nächste Wortmeldung Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren!
Ich mache es ganz kurz, ich schließe mich voll der Auffassung von Kollegen Pragerstorfer an. Ich glaube auch, wenn man sich das genau anschaut, 1986 konnte man sicherlich nicht wissen, wie die technische Entwicklung auf diesem Gebiet weitergeht und ich stehe voll dazu, daß es notwendig war, damals 1986, diese Siemens Computeranlage D 7.530 B anzuschaffen. Wenn jetzt diese Erweiterung solche enormen Summen erfordert, ist es wirklich zu prüfen und zu überlegen - das kann man sicher aufgrund der heutigen erweiterten Technologie - daß man jetzt auf das andere System übergeht und diesen Antrag heute zurückstellt. Man sollte prüfen und auf keinen Fall diese Erweiterung in diesem Sinn vornehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Kollege Zagler bitte.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:
Sehr geschätzte Damen und Herren, wertes Präsidium!
Wenn man heute eine Entscheidung aus dem Jahre 1986 widerrufen möchte, die damals sehr gut und wohl vorbereitet getroffen worden ist und dabei vielleicht die Meinung hat, man hätte mehr wissen können, dann glaube ich, wir sicher nicht. Die Leute, die uns das verkauft haben und auch die Konkurrenz hat gewußt, wie es weitergeht, aber nicht wir an der Anwenderbasis. Ich will jetzt nicht Computerkauderwelsch hier betreiben und über Workstations und Vernetzungssysteme sprechen, aber an und für sich sind ja die beiden Anlagen, die im Hause zur Verfügung stehen, nicht Schnee von gestern, sondern durchaus aktuell und durchaus adaptierbar auf andere Systeme. Wenn ich heute eine andere Landschaft betrete vom Computer weg, was vielleicht für einige leichter erfaßbar ist, dann ist das vergleichbar, daß ich renommierte Marken vor mir sehe und Nachbauten vor mir sehe, ob das die Tennisschläger sind, die heute original wo gebaut werden oder in Taiwan oder anderswo. Kollege Pragerstorfer, mir ist schon klar, jeder Händler lobt seine Ware und ich spreche auch hier, wenn ich heraußen bin, ab und zu für die Handelsakademie und Handelsschule, weil es ganz einfach in mir drinnen steckt. So gibt es auch bei uns durchaus menschlich verständlich die Regung, das eigene Werk und die eigene Sache zu vertreten. Aber ich glaube, daß Lieferanten, sei es IBM, sei es Siemens, sei es Digital Equipment und wie sie alle heißen, immer bei einer Installation die Zukunft schon vorgeplant haben und daß man nicht unbedingt verkettet oder 100 %ig abhängig ist von einer einmaligen Entscheidung. Daß auch hier diverse Ergänzungen von anderen Zulieferern möglich sind. Grundsätzlich aber möchte ich das zurückführen auf 1986, ich war dabei und war besonders stolz, daß in einem als bürokratisch verschrienen Getriebe, wie es beim Magistrat ist, eine solche Entscheidungsgrundlage ausgearbeitet wurde unter der Federführung von

Dr. Alphasamer, die es wirklich allen damals Beteiligten - es hat einen eigenen Ausschuß dabei gegeben, der sich damit befaßt hat - ermöglicht hat, eine vernünftige Entscheidung zu treffen und durchaus eine zukunftsweisende und zukunftsünstige. Daß man heute sagt, hätte man die Entwicklung erkannt, hätte man früher anders entschieden. Ich glaube das nicht, auch wenn man die Entwicklung erahnen hätte können, wäre die Entscheidung aus dem heutigen Licht eine richtige gewesen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man alle 3 Jahre das, was man 3 Jahre vorher gedacht hat, wieder in den Papierkorb wirft und von neuem anfängt. Es sind Adaptierungen in jeder Richtung möglich. An diesen zentralen Computer auch intelligente Workstations anzuschließen, ist ja keine Sache, die unmöglich ist, das ist ja durchaus möglich, ist halt auch wieder eine Kostenfrage, ob ich einen unintelligenten Schirm daranhänge oder einen, der über entsprechende Intelligenz verfügt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich würde bitten, der Antrag ist ja nicht zufällig hereingekommen, sondern es ergeben sich verschiedene Notwendigkeiten. Aber ich hätte gerne, daß von fachlicher Seite hier eine Aufklärung gegeben wird. Der Herr Dr. Alphasamer ist der zuständige Abteilungsvorstand und ich bitte ihn um Aufklärung.

PRÄSIDIALLDIREKTOR MR. DR. GERHARD ALPHASAMER:

Werter Herr Bürgermeister, werte Herren Vizebürgermeister, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Kritik des Herrn Ing. Pragerstorfer hinsichtlich einer dezentralen oder zentralen Anlage zur Abwicklung einer ordentlichen EDV-Betreibung im Magistrat glaube ich kann nicht ganz so unwidersprochen bleiben, wie Sie sie dargestellt haben. Sie argumentieren in erster Linie über den Preis, Sie sagen, um diesen Preis könnte man etwas anderes bekommen. Ausschließlich über den Preis zu argumentieren, glaube ich, ist nicht zulässig, denn die Investition kostet immer Geld, das ist keine Frage. Die billigste Investition am EDV-Sektor ist zweifellos die nicht getätigte. Das steht auch außer Diskussion ...

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Wenn ich mit Zettel und Bleistift weiterarbeite, kostet das auch Geld.

PRÄSIDIALLDIREKTOR MR. DR. GERHARD ALPHASAMER:

Eben darauf will ich hinaus, daß genau das auch Geld kostet und es daher zu prüfen ist, wirtschaftlich zu prüfen ist im Sinne einer Kosten-Nutzen-Rechnung, welche Investition ist wohl die günstigste und mit welcher Investition kann ich die beste Leistung aus dem ausgegebenen Geld ziehen. Es ist ja zweifellos die Überlegung anzustellen, kann ich dezentral arbeiten mit mehreren PC's, die ich zweifellos um das Geld bekommen könnte, da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Um die Summe von S 700.000,-, es kommt darauf an welche Geräte, könnte man sicher 20 PC's kaufen. Dann hat man aber 20 Einzelplatz-PC, die untereinander nicht vernetzt sind und untereinander nicht kommunizieren, vorläufig um diesen Betrag. Die Vernetzung dieser PC's zu einem leistungsfähigen Netzwerk, auch wenn es nur ein Inhaus-Netzwerk ist, kostet enormes Geld, kostet enorme Software. Darüber hinaus ist es nicht möglich ...

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Um S 200.000 können Sie so viel auslagern, z. B. die Textverarbeitung, daß Sie die Siemens-Anlage nicht um die S. 700.000 mir geht es nicht um den Preis, sondern um die Auslagerung.

PRÄSIDIARDIREKTOR MR. DR. GERHARD ALPHASAMER:

Darauf wollte ich noch zu sprechen kommen auf die Textverarbeitung. Derzeit geht es noch um die Grundphilosophie zentral oder dezentral. Die zentrale Lösung hat den wesentlichen Vorteil gegenüber mehreren dezentralen PC's, daß hier eine Vernetzung verschiedener Arbeitsplätze untereinander möglich ist. Diese ist auch im Magistrat sehr häufig erforderlich. Erforderlich deswegen, weil zu gewissen Datenbanken - ich denke hier speziell an die Einwohnerdatei, die im Magistrat sehr zentral geführt wird - alle anderen Abteilungen auch Zugriff haben müssen. Es wird aber auch diese Datei, diese zentrale Einwohnerdatei, nicht nur von einem Bildschirm aus, sondern von mehreren Sachbearbeitern gleichzeitig bearbeitet. Diese müssen gleichzeitig Zugriff auf das gleiche Programm haben. Das ist mit einfachen Einzel-MS-DOS-PC's nicht möglich oder nur möglich unter großer Vernetzung. Der Zugriff von anderen Abteilungen auf diese Dateien und die Vernetzung des gesamten Systems im Hause ist dabei überhaupt nicht möglich, ist völlig unmöglich.

Zur von Ihnen bereits mehrmals angesprochenen Textverarbeitungs-Auslagerung, das ist durchaus richtig, das kann man überlegen, das haben wir auch seinerzeit überlegt, als wir diese zentrale Textverarbeitung angeschafft haben. Damals lagen die Preise für einen Bildschirm etwa bei 30.000,- Schilling, die Preise für einen PC bei mindestens dem Doppelten. Mittlerweile sind die Preise im Keller, allerdings das Verhältnis 1 : 2 stimmt nach wie vor. Zu den damaligen Preisen, S 60.000,- für einen PC, S 30.000 für einen Bildschirm, stellte sich also bei einem Arbeitsplatz der Unterschiedsbetrag von rund S 30.000,- dar. Bei vielen Arbeitsplätzen, die bereits vorhanden waren, durch unintelligente Terminals, die eben angeschlossen waren, war es daher eine Frage, eine zentrale Investition zu tätigen, nämlich um S 150.000,- ein Textsystem anzukaufen, das derzeit 30 und für die Zukunft erweiterbar für alle weiteren Bildschirme, allen Anwendern zur Verfügung zu stellen. Das kommt also derzeit bei den 30 Anwendern pro Bildschirm auf S 5.000,-, dieses Textsystem.

Zum Platzbedarf, den Sie ansprechen von einem derartigen Textsystem. Dieser Text braucht Platz, das ist richtig, dieser Text braucht überall Platz, das braucht er auch am PC und man muß auch am PC entsprechende Plattenkapazitäten oder sonstige Kapazitäten schaffen. Bei unserer Anlage ist der Platzbedarf mit derzeit 9,3 MB festgelegt, das ist im Verhältnis zu sehen. Wir haben derzeit 733 MB insgesamt ausgenützt und 78 MB frei. Das heißt, diese 9 MB, die dieser Text derzeit an Platz bei uns beansprucht, macht ungefähr 1 Prozent des gesamten Platzbedarfes unserer EDV-Anlage aus. 99 Prozent unseres sonstigen Platzbedarfes werden durch andere Anwendungen ausgenützt, sodaß diese Auslagerung der Textverarbeitung auf den PC zwar möglich ist, vielleicht in einzelnen Fällen auch sinnvoll betreibbar ist, dort allerdings, wo von vornherein ein Bildschirm installiert ist, für andere Tätigkeiten, die über diese Workstations abgewickelt werden müssen, ist es sinnlos, zusätzlich einen PC mit eigener Intelligenz dazuzustellen, wo diese Intelligenz am Arbeitsplatz nicht gebraucht wird. Es gibt zweifellos Anwendungen, die die Installation von PC's rechtfertigen und die werden auch in nächster Zeit beim Magistrat Steyr getätigt werden, diese Anwendungen. Speziell dort, wo wirklich losgelöste Bereiche zu bearbeiten sind. Ich denke hier an Grafiken im Bauamt, an ähnliche Plandarstellungen, statische Berechnungen, Ausschreibungen und sonstige Anwendungen im Bauamt. Das ist ein Musterbeispiel für eine nicht vorhandene Verknüpfung mit anderen Dateien. Eine Grafik kann er vor Ort machen mit der Intelligenz, die ihm vor Ort zur Verfügung gestellt wird. Eine Verknüpfung mit dem zentralen Rechner wird auch dort erforderlich sein, denn Zugriffe zum Liegen-

schaftskataster oder ähnlichen Dateien werden immer notwendig sein. Hier muß man eben durch Emulationen sicherstellen, daß er auch als unintelligentes Terminal zur Verfügung steht. Es gibt eben, wie ich bereits erwähnt habe, beim Magistrat auch sehr viele Programmpakete, die von mehreren Benutzern gleichzeitig benutzt werden und es müßte mit einem zusätzlichen Kostenaufwand ein teures Netzwerk zusätzlich angekauft werden. Eines darf man auch nicht vergessen. Es gibt auf den kleinen Einplatz-PC's unter MS DOS, einem sehr beliebten, sehr gängigen Betriebssystem, kaum eine passende Software, die für Statutarstädte und den kommunalen Bereich exakt zugeschnitten ist. Eine Software, die von mehreren Arbeitsplätzen aus gleichzeitig bedienbar und für den kommunalen Bereich, der sich vom privatwirtschaftlichen Bereich doch eklatant unterscheidet, sinnvoll nutzbar ist, gibt es auf MS DOS nicht, gibt es allerdings auf unseren Rechenanlagen. Das heißt, wir haben von der Stadt Klagenfurt im speziellen im Amtshilfeweg zum Selbstkostenpreis - das ist zu betonen - günstig die Software erhalten, zu einem Preis, der wirklich nur den Herstellungskosten entspricht. Wir könnten mit eigener Arbeitskraft diese Software nie zu diesem Preis herstellen oder selbst produzieren. Auch das darf nicht übersehen werden, daß man, wenn man auch die Hardwareinvestition kostengünstig tätigt, die entsprechende Software dazu braucht und diese Software unter MS DOS nicht zu erhalten ist. Ein weiterer Grund dafür, daß wir uns zur Siemens-Anlage entschieden haben und auf der Siemens-Anlage gedenken, weiterhin die großen zentralen Verarbeitungen zu tätigen, weil eben nur dort eine sinnvolle Software erhaltbar ist. Die Inselbereiche, für die es eine sinnvolle Anwendung auf PC's gibt, habe ich bereits angesprochen. Es darf aber auch bei PC's nicht übersehen werden, daß der Aufwand des Benutzers für die EDV-spezifischen Anwendungen, die er auf diesem PC zu tätigen hat, zweifellos steigen wird. So werden derzeit die Sicherungsarbeiten für sämtliche EDV-Anwender im ganzen Haus zentral von der EDV-Abteilung von diesen 3 Mann, die dort beschäftigt sind, getätigt. Es müssen hier ungefähr 3 bis 5 Stunden pro Woche aufgewendet werden für diese Arbeitstätigkeit. Diese Sicherungstätigkeit und sonstigen Wartungs- und ähnliche Tätigkeiten müßte jeder PC-Benutzer künftighin für sich alleine an seinem eigenen PC durchführen. Das würde in weiterer Folge dazu führen, daß der Benutzer, der ein Programm zur Verfügung gestellt bekommt, ein fertiges MS DOS-Programm, das für die Statutarstädte von vornherein nicht 100 %ig geeignet ist, entweder sehr viel Zeit damit verbringt, dieses MS-DOS-Programm zu adaptieren auf seine speziellen Bedürfnisse und damit eigentlich die Arbeitszeit nicht mehr für seine Tätigkeit aufwendet, sondern für die Betreuung des PC, zumindest zu einem gewissen Teil. Das kann und soll nicht der Rationalisierungseffekt sein, denn dieser Rationalisierungseffekt ist damit nicht mehr gegeben.

In weiterer Sicht darf man auch sagen, wir wären sicher in Steyr die einzige Stadt, die auf Großrechenanlagen verzichten würde und nur mehr mit einem PC-Netzwerk arbeiten würde. Es gibt in allen anderen Kommunen, sogar in größeren Kleingemeinden mit 5.000 Einwohnern, bereits zentrale Großanlagen und, nicht nur PC's untereinander vernetzt, da das einfach sinnvoll nicht betreibbar ist. Wir werden im Gegenteil im kommunalen Bereich bei verschiedenen Städtebundtagungen und ähnlichen Anlässen immer wieder als vorbildlich dargestellt, da unsere zentrale Lösung eben sich nicht dem bisherigen Diktat der Industrie gebeugt hat, die vor 5 Jahren das zentrale EDV-System als das Non-plus-ultra dargestellt hat und jetzt, offensichtlich um ihre PC's am Markt zu placieren, plötzlich eine neue Strategie als allein seligmachende verspricht. Es ist zweifellos so, daß diejenigen, die diese Produkte verkaufen, auch eine gewisse Strategie dahinter setzen, ihre Produkte am Markt unterzubringen. Das ist keine persönliche Unterstellung gegen Herrn Ing. Pragerstorfer. So war das nicht gemeint, er ist ja auch kein Hersteller einer großen EDV-Philosophie. Es wird derzeit die Linie ausgegeben von den großen EDV-Herstellern, eher dezentral zu arbeiten, wohl um die PC's, das derzeit markt-gängige Produkt, am Markt unterzubringen.

Das ist zweifellos nicht ganz wegzuleugnen. Im Vergleich zu anderen Städten muß man auch noch sagen, arbeiten wir durch unsere zentrale EDV, weil sie eben - wenn ich das so sagen kann - pflegeleichter ist dadurch, daß wir nur zentral sichern brauchen, nur zentral warten brauchen, zentral die Anlage zu betreuen haben hier in einer 40.000 Einwohnerstadt mit 3 Bediensteten. Das ist im kommunalen Vergleich nirgends zu finden. Ein Blick nach Wels genügt, die haben zwar 50.000 Einwohner, das würde nur 4 Bedienstete rechtfertigen, dort sind aber 11 im Einsatz. Die dadurch ersparten Kosten von rund 2,5 Millionen Schilling, was das an Personalkosten ausmacht diese 8 Mann Differenz, glaube ich wohl, daß die fallweise eine Investition zur weiteren Rationalisierung unserer Anlage rechtfertigen. Wir haben eben hier Programmpakete im Einsatz, die wir entweder günstig zugekauft haben von Klagenfurt, oder teilweise auch selbst entwickelt haben, wie z. B. das Paket für das Wohnungsreferat, um die Wohnungsvergabe zu erleichtern. Kürzlich haben wir das Gesundheitswesen von Klagenfurt angekauft, ein VHS-Programmpaket haben wir selbst entwickelt in Eigenleistung. Diese Programme müssen natürlich laufen, diese Programme erfordern auch einen zusätzlichen Platzbedarf am Speicher, sowohl im Hauptspeicher als auch am Plattenspeicher, das ist keine Frage. Deswegen ist es unerlässlich, den heutigen Antrag zu genehmigen und dem heutigen Antrag dahingehend die Zustimmung zu geben, daß diese beantragte Erweiterung des Haupt- und Plattenspeichers und des Hochrüstens des Prozesses genehmigt wird. Zum Preis muß ich eines noch sagen, wir prüfen natürlich auch sehr genau, ob die Preise angemessen sind und wenn Sie sagen, wir lassen uns unter Außerachtlassung eines Konkurrenzdruckes Preise diktieren, so ist das zweifellos nicht so. Wie Sie gesehen haben aus dem Amtsbericht, haben wir sehr wohl zur Firma Siemens, obwohl es eigentlich nur Siemens gibt und kaum eine Konkurrenzfirma, ein Konkurrenzangebot eingeholt, nämlich am Gebrauchtwarenmarkt. Es gibt Händler für Gebrauchtteile, die auch teilweise Ersatzteile anbieten. Wir haben den Hochrüstsatz nicht bei der Firma Siemens direkt um ungefähr den doppelten Betrag angekauft, sondern es ist uns gelungen, von der Fa. Szepanski, ein Händler für gebrauchte EDV-Teile, diesen Hochrüstsatz um nahezu die Hälfte des Normalpreises zu erhalten. Dieses Angebot ist allerdings befristet, da gerade am Second-Hand-Markt große Nachfrage herrscht, da die Preise wesentlich günstiger sind. Gerade aus diesem Grund ersuche ich den Gemeinderat, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Präsidialdirektor Dr. Alphasamer. Als Nächster hat sich noch einmal Kollege Pragerstorfer gemeldet.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Herr Dr. Alphasamer, ich verstehe eigentlich gar nicht die Aufregung um das ganze Thema. Ich habe mich nicht dagegen gewendet gegen die Grundsatzentscheidung für die Anlage. Ich bin auch nicht der Meinung, daß man mit der Auswahl eines Produktes einer anderen Firma irgendwelche anderen Preise erzielt hätte. Ich wende mich nur gegen die momentan anstehende Entscheidung der Kapazitätsausweitung. Ich wollte nur darlegen, verständlich darlegen, daß man um dieses Geld sehr wenig Leistung bekommt und darum ersuchen, daß man das noch einmal überprüft, weil ich als Fachmann der Meinung bin - nicht als Besitzer eines Computerunternehmens, als Fachmann, der auch einmal mit großen, mittleren Spezialanlagen und allgemeinen Anlagen zu tun hat - man könnte mit Auslagerung von Arbeitsgängen in andere Computer für weniger Geld das gleiche erreichen. Das war es. Ich will nicht das eine durch das andere ersetzen, ich will auch nicht hier vorführen eine stundenlange Diskussion des ganzen EDV-Konzeptes mit allen Details. Ich will vor allen Dingen nicht, daß man irgendwo zu Gegensätzlichkeiten kommen, die gar nicht so groß sind. Es ist ganz ganz einfach, man soll versuchen, diese Entscheidung, die ich glaube, daß sie in einem gewissen Licht, in einem gewissen Geist gemacht

würden ist, sich niemand dagegen ausgesprochen hat, noch einmal zu überprüfen, weil ich meine, daß es für die Stadt eine sehr teure Entscheidung ist. Das ist alles. Und deswegen verstehe ich diese Aufregung nicht, obwohl viele Ihrer Argumente mir sehr gut bekannt sind und ich zu vielen Details etwas sagen könnte. Ich kann nur eines dazu sagen, in den letzten Jahren war es sehr sehr häufig - auch Kollege Holub hat das gesagt - daß Wirtschaftsunternehmen, auch öffentliche Unternehmen, selbst die USA -men mit allen ihren Computersystemen, davon abgegangen sind, diese zentralen Systeme weiter auszubauen, weil es eben neue technische Entwicklungen gibt, wo man gewisse Computerleistungen - nicht alle - um sehr viel weniger Geld bekommt. Ich denke, daß die Stadt davon Nutzen ziehen sollte. Und zwar jetzt schon, nicht erst nach der nächsten oder übernächsten, weil man immer wieder denselben Weg geht. Zuerst hat man einen Computer, dann kauft man Software dafür, dann muß man den Computer aufbauen. So geht es immer weiter. Das ist mein ganzer Wunsch und Appell an Sie und ich habe versucht, möglichst weit weg vom Fachwissen das ganze für Sie alle verständlich zu machen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Pragerstorfer für seinen zweiten Beitrag. Gibt es zu diesem Thema noch eine Wortmeldung? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich möchte wirklich den Appell des Kollegen Pragerstorfer noch einmal wiederholen und auch empfehlen, den Antrag zur weiteren Beratung zurückzustellen. Ich möchte Herrn Dr. Alphasamer nur sagen, kein Mensch denkt daran, den Großrechner für überflüssig zu erklären, aber der Weg, den auch andere Anwender gehen, das ist eben PC als Gastanwender in post arbeiten zu lassen und die Intelligenz in post für das aufzuheben, wo es wirklich notwendig ist. Diese Systemüberdenkung sollte wirklich noch gemacht werden. Ich glaube auch, daß es eine zulässige Verzögerung wäre, wenn wir heute den Tagesordnungspunkt unerledigt lassen. Es ist einfach ein neues Argument aufgetreten, der Stadtsenat hat es zwar beschlossen, aber ich stehe nicht an zu sagen, im Namen meiner Fraktion werden wir einem Antrag auf Zurückstellung zustimmen bzw. ich stelle diesen Antrag im Namen meiner Fraktion auch.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Zagler bitte.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Ich möchte eigentlich auf drei Sätze zurückkommen. Eine EDV-Installation für so einen Großbetrieb oder für so einen großen Anwender wie der Magistrat Steyr kann sich nicht darin ergehen, daß man nach einer Grundsatzentscheidung überlegt, soll man die Fingernägel rot oder blau streichen. Es steckt sehr viel Philosophie dahinter und es geht ja nicht nur darum, was alles intelligente Computer, Workstations, leisten, sondern es geht auch darum, wie in einem solchen System wie ein Magistrat, die Daten generell verwaltet werden. Wir haben eine riesige Datenbank und eine große Identifikation mit Fragen des Datenschutzes. Wie weit das wieder in andere Systeme ausgelagert werden soll und dort wieder zu Datentransport und Datenauslagerung führt, möchte ich einmal dahinstellen. Noch etwas ist anzukreiden dabei, es geht nicht nur um selbstbestimmte oder selbstgewählte Fachmannschaft hier herinnen. Es gibt genügend Leute hier im Gemeinderat, wenn ich so den Blick in der Runde gehen lasse, die durchaus seit vielen Jahren mit der EDV im Zusammenhang stehen und auch wissen, was hier gemacht wird und zu leisten ist. Daher, glaube ich, daß es wirklich nicht um rote oder blaue Fingernägel geht,

sondern daß man das gewählte System so effizient ausbauen soll, daß man es für den Magistrat gut nützen kann, je früher desto besser. Und nicht daß wir alle 3 Jahre eine Grundsatzentscheidung wieder hinterfragen und von Neuem beginnt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Gibt es noch eine weitere Wortmeldung? Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte diese Fachdiskussion - es ist ja so, daß man mit diesen Dingen, wenn man sich nicht unmittelbar damit beschäftigt, Probleme hat, die entsprechenden Entscheidungen richtig zu treffen. Ich glaube, daß wir, wie Kollege Zagler gesagt hat, auf Großanlagen künftig nicht verzichten werden können. Damit wir aber nicht in den Ruf kommen, einen Justamentstandpunkt zu haben, würde ich einladen Herrn Pragerstorfer als Fachmann, bei den zu führenden Verhandlungen dabei zu sein, sein Fachwissen einzubringen. Es kann ja auch sein, daß wir bei dem einen oder beim anderen Fall, wenn wir ihn heute nicht entscheiden, unter Umständen teurer einkaufen müssen. Das ist unter Umständen auch noch eine Möglichkeit. Aber ich würde sagen, daß wir diese Entscheidung jetzt nicht treffen - das ist meine Vorstellung - daß wir diesen Antrag zurückstellen, damit dieses Mißtrauen, das unter Umständen vorhanden ist, ausgeräumt wird und daß hier wirklich jeder die Überzeugung hat, daß die getroffene Entscheidung richtig ist. Ich würde aber bitten, daß man das rasch tut und daß unter Umständen, wenn Gefahr im Verzug ist, mit einer Bürgermeisterverfügung - dafür bitte ich um Verständnis - diese Entscheidung getroffen wird, selbstverständlich nach Absprache mit den Fraktionsobmännern.

Ich ersuche, diesen Antrag heute nicht zu beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sind Sie damit einverstanden, daß dieser Antrag zurückgestellt wird und daß die Verhandlungen unter Beiziehung von Kollegen Pragerstorfer geführt werden und falls notwendig mit einer Bürgermeisterverfügung entschieden wird. Gibt es eine gegenteilige Auffassung? Stimmenthaltung auch nicht. Der Antrag ist zurückgestellt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme wieder den Vorsitz und unterbreche die Sitzung für eine kurze Pause.

Pause von 17 bis 17.15 Uhr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Beratungen wieder auf. Ich darf gleich Kollegen Wippersberger um seine Berichte bitten.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wir sind momentan ein bißchen dezimiert, was die Teilnahme anbelangt. Ich darf Ihnen vielleicht eingangs vor Fortsetzung der Tagesordnung die besten Grüße und Glückwünsche unserer Partnerstadt Plauen übermitteln. Bürgermeister Schwarz hat bereits eingangs bei seinen Mitteilungen bekanntgegeben, daß eine Delegation unter meiner Führung dieses Wochenende in Plauen war. Es waren auch die Frau Gemeinderat Schreiberhuber und Herr Gemeinderat Straßer und Oberamtsrat Karner mit dabei und eine Goldhaubengruppe. Wir sind wie üblich sehr freundlich aufgenommen worden, es waren wirklich schöne Tage, die wir dort verbracht haben. Ich darf die besten Grüße und Glückwünsche der Stadt hier zum Ausdruck bringen.

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen heute 3 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Bei meinem ersten Antrag geht es analog einer Verordnung der Bundesregierung vom 27. April 1989 um die Neufestsetzung der Reisezulagen mit Wirkung vom 1. 5. 1989. Sie haben in der Zwischenzeit eine ausführliche Darstellung des Sachverhaltes bekommen und ich kann es Ihnen und mir ersparen, darauf noch näher einzugehen. Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

10) Präs-531/89

Festsetzung der Reisezulagen ab 1. 5. 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die mit Bundesgesetz in Geltung stehende Verordnung der Bundesregierung vom 27. April 1989 über die Festsetzung der Reisezulagen, BGBl. 244/89, wird mit Wirkung vom 1. Mai 1989 sinngemäß für den Bereich des Magistrates der Stadt Steyr anwendbar erklärt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Ist jemand dagegen oder gibt es eine Stimmenthaltung? Beides nicht, daher so beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bei meinem nächsten Antrag handelt es sich um die Änderung der Müllabfuhrgebührenordnung. Es ist beabsichtigt, für die Müllbeseitigung verschiedentlich, und zwar dort, wo die Zweckmäßigkeit gegeben ist, nunmehr auch Großraumbehälter mit einem Fassungsvermögen von 1.100 Liter einzusetzen. Dafür ist die Festlegung einer Gebühr, wie aus dem Amtsbericht ersichtlich, festzulegen. Bei den bisher in Verwendung stehenden Mülltonnen soll hinsichtlich der Höhe der Gebühren keine Änderung eintreten. Ich darf mich daher beschränken, nur kurz die Gebühren für Großraumbehälter mitzuteilen.

11) GemVIII-3922/89

Müllabfuhrgebührenordnung der Stadt Steyr; Änderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung II vom 15. Juni 1989 wird der § 3 der Müllabfuhrgebührenordnung der Stadt Steyr, beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates vom 15. 9. 1977, GemVIII-3783/76, idF. der Gemeinderatsbeschlüsse vom 15. 12. 1977, GemVIII-5753/77, vom 7. 2. 1980, GemVIII-471/80, vom 7. 7. 1983, GemVIII-6476/82 und vom 26. 6. 1986, GemVIII-3140/86, wie folgt geändert:

- 1) Die Gebühr beträgt vierteljährlich pro Mülltonne
 - a) bei wöchentlich zweimaliger Entleerung S 403,--
 - b) bei wöchentlich einmaliger Entleerung S 201,50
 - c) bei einmaliger Entleerung jede 2. Woche S 117,--
- 2) Die Gebühr beträgt vierteljährlich pro Großraummüllbehälter
 - a) bei wöchentlich zweimaliger Entleerung S 3.224,--
 - b) bei wöchentlich einmaliger Entleerung S 1.612,--
 - c) bei einmaliger Entleerung jede w. Woche S 936,--

Der bisherige Absatz 2) erhält die Bezeichnung Abs. 3).

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen?- Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich wollte eigentlich fast nichts dazusagen, aber ich habe mir das noch einmal angeschaut. Es steht zwar im Amtsbericht, daß die Müllabfuhr-Gebührenordnung am 26. Juni 1986 festgelegt wurde und dadurch habe ich mir das ein wenig angeschaut, was wir eigentlich damals beschlossen haben. Ich war damals der Auffassung, daß das weit über die Inflationsrate hinausgeht diese Erhöhung. Wir haben am 26. Juni 1986 die Müllabfuhrgebühr um 25 bis 30 Prozent erhöht. Das heißt, für die normalen Mülltonnen mit 110 Liter. Es war notwendig, Verbesserung der Umweltbedingungen, kostendeckend muß es sein. Die Bevölkerung, jeder Mieter usw. muß das bezahlen. Jetzt aufgrund der Notwendigkeit, weil es halt ein Begehren ist der Wirtschaft und auch von öffentlichen Institutionen - das Landeskrankenhaus braucht es sicher, damit sie den Dreck nicht mehr verheizen können - geht man daran, hat umgerüstet, hat einen Müllwagen angekauft, wo man auch eine dementsprechende Vorrichtung montiert. Auch das hat natürlich eine große Summe erforderlich gemacht. Nach dem Antrag, wie er vorliegt -dem kann ich nicht beitreten -würde nach meiner Auffassung nach das Gleichheitsgesetz verletzt werden, nämlich in der Richtung, daß man z. B. die Müllabfuhr für diese Firmen oder Institutionen praktisch um ein Fünftel verbilligt. Die Abfuhr sowie die Deponie aufgrund des Fassungsraumes und die Begründung alleine, daß es wirtschaftlicher sei, wenn man es einholt usw. genügt mir nicht. Das heißt, die anderen müssen teuer kostendeckend zahlen dafür, daß wir wiederum den Firmen oder öffentlichen Institutionen die Abfuhr in die Deponie um 20 Prozent verbilligen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich stehe nicht an, hier Kollegen Sablik zu gratulieren für die Einführung dieser Großraumbehälter. Ich habe vor 20 Jahren bereits versucht, solche Großraumbehälter in Steyr einzuführen und bin leider mit meinem seinerzeitigen Vorschlag nicht durchgekommen. Das sage ich ganz offen und ehrlich heraus. Es ist nämlich dieser Großraumbehälter, die Entleerung dieses Großraumbehälters mit 1100 Liter Inhalt wesentlich günstiger als würde man 10 Mülltonnen entleeren. Das ist ja auch viel zeitaufwendiger und jetzt ist es eben so wie es ist. Es ist nicht richtig, wenn Kollege Treml sagt, das ist nur für Firmen und Institutionen, das wird auch künftighin für die Mieter unserer großen Häuser Verwendung finden. Wir haben zum Teil bei der dichten Verbauung per Wohnblock 10 bis 20 und mehr Mülltonnen stehen. Das wird sich in Zukunft ändern, es werden eben anstatt 10 Mülltonnen Großraumbehälter stehen und es wird auch dort zu Verbilligungen kommen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wo ist das Konzept?

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich darf noch hinzufügen, die seinerzeitige Erhöhung von 25 bis 30 Prozent, ich glaube, das war 1986, war notwendig, weil die Mülldeponie wirklich derzeit kostenintensiver als früher ist. Früher war es eine Halbtagsbeschäftigung einmal in der Woche für einen Mann, jetzt sind 3 bis 4 Leute ständig beschäftigt, um

diese Deponie so zu führen, wie sie den heutigen Erfordernissen entspricht. Ich glaube, die Erhöhung war absolut berechtigt. Es ist halt heute anders geworden wie seinerzeit. Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (GR Tremel) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, es geht um den Rechnungsabschluß 1988 bei meinem dritten Antrag.

Der wohl umfassendste und informativste Antrag, den ich Ihnen heute zu unterbreiten habe, ist zweifellos der Rechnungsabschluß für unsere Stadt für das Jahr 1988. Er ist, wie immer, die Zusammenfassung der von Ihnen gefaßten Beschlüsse, eine Auflistung aller Einnahmen und Ausgaben, die im vergangenen Jahr getätigt wurden. Mit seinen 364 Seiten übrigens ein neuer Rekord hinsichtlich seines Umfanges, und ich möchte wie immer bei dieser Gelegenheit der MA II unter Leitung unseres Dr. Schmidl für das auch heuer wieder mit großer Umsicht und Sorgfalt erstellte Rechnungswerk den besten Dank aussprechen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, das Jahr 1988 ist hinsichtlich der Einnahmenentwicklung wesentlich günstiger verlaufen als wir es bei der Erstellung des Haushaltsvoranschlages im Herbst 1987 für das Jahr 1988 erwarten konnten. Die Ursachen dafür habe ich bereits anläßlich der Beschlußfassung über den Nachtragsvoranschlag für das Jahr 1988 aufgezeigt und ich habe damals im Herbst vergangenen Jahres über voraussichtliche Mehreinnahmen von mehr als 70 Millionen gesprochen.

Der Rechnungsabschluß für das Jahr 1988 bekräftigt nun meine damalige Aussage über diese so überaus erfreuliche Einnahmenentwicklung im abgelaufenen Jahr. Das außergewöhnliche, nicht vorhersehbare Wirtschaftswachstum einerseits und beträchtliche Steuernachzahlungen, insbesondere bei der Gewerbesteuer und bei der Grunderwerbsteuer andererseits, haben erwirkt, daß die Gesamteinnahmen um 73,7 Millionen höher waren als ein Jahr zuvor und wir dadurch insbesondere nach den Dürre Jahren 1986 und 1987, wo unsere Einnahmen nicht einmal ausreichten, um damit unsere Pflichtausgaben, den ordentlichen Haushalt, abzudecken, wir im vergangenen Jahr 1988 mit unseren Einnahmen nicht nur den oH zur Gänze abdecken konnten, sondern wir darüberhinaus noch in die Lage versetzt wurden, 73,4 Millionen den Rücklagen zuzuführen.

Die ausgeglichene Haushaltsgebarung weist 1988 Einnahmen und Ausgaben von insgesamt 786,8 Millionen aus, und zwar 663,5 beim oH und 123,3 beim aoH.

Nun konkret zum ordentlichen Haushalt: Die Einnahmen des ordentlichen Haushaltes im Gesamtausmaß von 663,5 Millionen kommen zu 653 Millionen aus der sogenannten laufenden Gebarung und 10,5 Millionen aus der Vermögensgebarung. Und die Ausgaben beim ordentlichen Haushalt wurden zu 542,5 Millionen für die laufende Gebarung gebraucht. 121 Millionen beträgt die Summe bei der Vermögensgebarung. Eine kurze Übersicht darüber finden Sie übrigens auch im Amtsbericht auf Seite 2. Erlauben Sie mir nun aber doch, etwas konkreter auf das Ziffernwerk des ordentlichen Haushaltes einzugehen.

Die Gesamteinnahmen des oH betragen 660,8 Millionen an effektiven Einnahmen, zuzüglich 2,7 Millionen aus einer Rücklagenentnahme, daher insgesamt - wie schon erwähnt - 663,5 Millionen, und sie liegen damit, wie bereits ausgeführt, um 73,7 Millionen höher als ein Jahr zu vor. Die größten Einnahmen sind wie immer die Einnahmen aus den eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteilen. Sie betragen im Jahr 1986 405,7 Millionen, 1987 404,7 Millionen und 1988 467,5 Millionen und waren damit um 62,8 Millionen höher als 1987. Die Ertragsanteile, das sind jene

Gelder, die wir alljährlich vom Bund bekommen, betragen im Vorjahr 218,1 Millionen, um 20,5 Millionen mehr als 1987 und um 20,8 Millionen mehr als 1986. Auch wiederum 1986 und 1987 etwa gleich hohe Einnahmen bei den Bundesertragsanteilen und jetzt die Steigerung 1988 um 20,8 Millionen. Verursacht wurden diese Mehreinnahmen gegenüber den letzten beiden Jahren durch den im Vorjahr aufgetretenen sehr starken Wirtschaftsaufschwung. Die Gewerbesteuer nach Ertrag ist vor allem durch die Steuernachzahlung im letzten Jahr auf 60,2 Millionen, also um 36,8 Millionen angestiegen. Im Vergleich dazu betrug die Einnahme aus der Gewerbesteuer 1986 37,1 und 1987 sogar nur 23,4 Millionen. Der Anstieg der Einnahmen aus der Grundsteuer B um 3,2 auf 23,3 Millionen ist ausschließlich auf eine Steuernachzahlung bei BMW zurückzuführen. Die Kanalbenützungsgebühr erbrachte Mehreinnahmen von 2 Millionen, sie stieg von 31,1 auf 33,1 Millionen an. Hervorgerufen wurde diese Mehreinnahme vor allem durch die zwischenzeitlich durchgeführte Gebührenerhöhung. Die Mehreinnahmen bei der Lustbarkeitsabgabe betragen S 800.000,- und bei der Kanalanschlußgebühr S 700.000,-. Mindereinnahmen gab es gegenüber 1987 in einem größeren Ausmaß lediglich bei den Interessentenbeiträgen, das sind die Anliegerbeiträge, die aber immer einer stärkeren Schwankung unterliegen. Bei allen übrigen Einnahmen aus Steuern und Abgaben gab es keine wesentlichen Veränderungen. Auch nicht bei der Lohnsummensteuer, die gegenüber 1987 lediglich Mehreinnahmen von S 300.000,- erbrachte und nun bei 78,2 Millionen liegt. 1986 übrigens lagen die Einnahmen aus der Lohnsummensteuer sogar um eine halbe Million höher als im letzten Jahr.

Die Einnahmen aus Leistungen, es sind dies Einnahmen aus Veranstaltungen der Bücherei, den Kindergärten und Horten, Fürsorgeersätze, Verpflegung und sonstige Verwaltungsersätze brachten 1988 gegenüber 1987 einen Mehrertrag von 3 Millionen und kamen damit auf 126,9 Millionen zu liegen. Die Transfereinnahmen sind gegenüber 1987 von 19,4 auf 22,1 Millionen, demnach um 2,7 Millionen angestiegen. Diese Einnahmen stammen vor allem aus Beiträgen von Bund, Land und anderen Gemeinden für den laufenden Aufwand für verschiedene Gemeindeeinrichtungen. Hier inbegriffen sind auch die Einnahmen aus den Strafgeldern. Die sonstigen Einnahmen, es sind dies vor allem Einnahmen aus Zinsen, Vermietung und Verpachtung, beliefen sich im Vorjahr auf rund 36,4 gegenüber 34 Millionen ein Jahr zuvor, demnach Mehreinnahmen von rund 2,4 Millionen Schilling.

Hinsichtlich der Einnahmen aus der Vermögensgebarung, die im Jahre 1987 vor allem aufgrund stärkerer Rücklagenentnahmen - Sie erinnern sich sicher daran - im Ausmaß von 18 Millionen insgesamt 23 Millionen betragen haben, kann festgestellt werden, daß für 1988 hierfür ein Betrag von lediglich 10,5 Millionen zu Buche steht. Die Rückzahlungen von investitionsfördernden Darlehen von verschiedenen Darlehensnehmern beliefen sich auf 4,4 Millionen, die Rücklagenentnahme auf 2,7 Millionen und die Kapitaltransfers von mehreren Instituten für die Errichtung oder den Ausbau von Gemeindeeinrichtungen auf 2,5 Millionen. Geringere Einnahmen gab es lediglich bei den Rückzahlungen von nicht investitionsfördernden Darlehen und Veräußerung von beweglichem Vermögen mit insgesamt 0,8 Millionen. Aufgrund der äußerst guten Einnahmenentwicklung konnten den Rücklagen 73,4 Millionen zugeführt werden. Die Gesamtausgaben des ordentlichen Haushalts betragen - wie schon erwähnt - 663,5 Millionen und sind gegenüber dem Voranschlag um 58,3 Millionen gestiegen. Nach Abzug der Rücklagenzuführung von 73,4 Millionen ergeben sich beim oH effektive Ausgaben von 590,1 Millionen. Die größte Ausgabenpost beim oH sind nach wie vor die Personalkosten, welche ein Drittel unserer Gesamteinnahmen in Anspruch nehmen. Sie lagen 1988 bei 221,1 Millionen, das sind exakt 33,3 Prozent der Gesamtausgaben des oH und liegen lediglich um S 800.000,- höher als 1987. Die Ausgaben für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand in Höhe von 166,6 Millionen betrafen vor allem Ausgaben für Energie- und Wasserbezug, Instandhaltung, Transporte, Rechts- und Beratungskosten, Kreditzinsen, Versicherungen, Miet- und Pachtzinse. Sie sind gegenüber 1987 erfreulicherweise um 5,3 Millionen abgesunken. Auch die Transferzahlungen mit 77,3 Millionen sind gegenüber

1987 erfreulicherweise um 3 Millionen geringer ausgefallen. In dieser Summe sind wie immer die Landesumlage, die im Vorjahr 15,5 Millionen betrug, der Krankenanstaltenbeitrag mit 22,5 Millionen und der Behindertenbeitrag mit 9,8 Millionen inbegriffen. Außerdem sind auch Zuschüsse für Sozialkostenträger und verschiedene Subventionen mit inbegriffen. Abgesunken sind auch die Ausgaben für Verbrauchsgüter und Betriebsstoffe um 1,6 Millionen, und zwar von 28,4 1987 auf 26,8 Millionen 1988. Etwas höher ausgefallen sind unsere Ausgaben für die Pensionen, welche von 32,7 auf 34,4 angestiegen sind.

Der Zuschuß an die Stadtwerke als Verlustersatz für das Stadtbad und die Kunsteisbahn sowie für den Verkehrsbetrieb betrug im Vorjahr rund 7,9 Millionen. Was den Zuschußbedarf für die einzelnen Verwaltungszweige anbelangt, so ist ein Vergleich mit den letzten Jahren in einer Reihe von Bereichen nur sehr schwer möglich, und zwar aufgrund der erstmals vorgenommenen Aufteilung der Darlehensrückzahlungen auf die einzelnen Teilabschnitte. Diese Sache ist hier im Gemeinderat von Seiten des Kollegen Holub bereits lobend erwähnt worden. Fest steht jedoch, daß der größte Zuschußbedarf nach wie vor für den Betrieb des Zentralaltersheim mit 24,6 Millionen notwendig war. Das ist der Zuschußbedarf für den Betrieb, wir haben darüber hinaus im aoH noch 5,6 Millionen investiert. An 2. Stelle sind wieder die Kindergärten und Horte, wo der Zuschußbedarf knapp 20 Millionen betragen hat.

Und nun zum außerordentlichen Haushalt: Der außerordentliche Haushalt steht mit 123,3 Millionen zu Buche. Auf der Einnahmenseite des aoH findet sich eine Summe von 41,8 Millionen, die aus dem Verkauf von Grundstücken und Gebäuden erzielt wurde. Bei den Grundstücken handelt es sich vorwiegend um getätigte Grundverkäufe an die GWG für Wohnbauzwecke. Weiters ist auf der Einnahmenseite des aoH eine Darlehensaufnahme in der Größenordnung von 40,7 Millionen feststellbar. Aus dem Kapitaltransfer - hier geht es in der Hauptsache um Zuschüsse des Landes insbesondere aus dem Gemeindereferat des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Grüner - ist eine Summe von 22,6 Millionen zu ersehen und schließlich eine Rücklagenentnahme im Ausmaß von 17,9 Millionen.

Die Ausgaben beim aoH stehen ebenfalls mit 123,3 Millionen zu Buche, wovon allerdings 54 Millionen keine echten Ausgaben, sondern die Zuführung an Rücklagen betrifft. Die tatsächlichen Ausgaben im aoH beliefen sich demnach lediglich auf 69,3 Millionen.

Und hier die wichtigsten Ausgaben beim außerordentlichen Haushalt im Detail: Die in der Gruppe Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung getätigten Ausgaben in Höhe von 2 Millionen betreffen den Ausbau des Amtsgebäudes, die Erweiterung der EDV-Anlage und Subventionen. Die in der Gruppe öffentliche Ordnung und Sicherheit gemachten Gesamtausgaben von 1,9 Millionen betreffen ausschließlich Ausgaben für die Freiwillige Feuerwehr, unter anderem beinhaltet ist die 3. Rate für die Rufanlage.

Die Ausgaben der Gruppe Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft sind mit 4,1 Millionen ausgewiesen. Als größere Ausgaben scheinen darin auf eine Subvention an den SK Vorwärts mit 0,8 Millionen, der Ausbau der Sportanlage Rennbahn mit 0,7 Millionen, Subventionen an verschiedene Steyrer Sportvereine mit 0,5 Millionen, die Erneuerung des Kanales der Promenadeschule mit 0,5 und die Sanierung des Kindergartens Taschlried mit 0,2 Millionen.

Von der Gruppe Kunst, Kultur und Kultus mit 7,9 Millionen entfielen auf die Altstadterhaltung, Denkmal- und Ortsbildpflege insgesamt 4 Millionen, der Betrag von 1,8 Millionen an den Verein Museum Arbeitswelt, 1,6 Millionen für die Errichtung des Schloßmuseums und S 400.000,- für Sanierungsmaßnahmen der Musikschule. In der Gruppe soziale Wohlfahrt scheint als größere Ausgabenpost der Ausbau der Krankenstation im ZAH mit 5,6 Millionen auf und ein Darlehen an die WAG mit 3,1 Millionen für die Errichtung des Pensionistenwohnblocs in der Sebekstraße.

Bei der Gruppe Straßen-, Wasserbau und Verkehr scheinen Aufwendungen von 18,7 Millionen auf. Die größeren Aufwendungen in dieser Gruppe betrafen den Bau der Steiner Straße mit 3,6 Millionen, das Asphaltierungsprogramm mit 2 Millionen, die Fußgeherzonen Stadtplatz und Enge Gasse mit insgesamt 2,8 Millionen, den Beitrag an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung mit 1,6 Millionen und den Straßenbau Fischhub mit 1,3 Millionen sowie die Infangstraße mit S 900.000,-, um nur die größeren Ausgaben zu erwähnen.

Für die Wirtschaftsförderung wurden 5,3 Millionen als Direktförderung zur Verfügung gestellt. In dieser Summe sind nicht beinhaltet unsere Ausgaben in Höhe von mehreren Millionen für Aufschließungsmaßnahmen für verschiedene Gewerbebetriebe oder auch die gänzliche oder teilweise Streichung von Anschlußgebühren. Und nun, werte Damen und Herren, zu unseren Rücklagen und zu unserer Verschuldung.

Der Bestand an Rücklagen ist als Folge des starken Einnahmenezuwachses mit Jahresende 1988 auf rund 127,5 Millionen angestiegen und unsere Verschuldung hat sich im abgelaufenen Jahr - dank der guten Einnahmenentwicklung - von 505,3 auf lediglich 522,4 Millionen erhöht, anstelle von 566 Millionen, wie im Haushaltsvoranschlag für 1988 präliminiert.

Der Schuldendienst lag bei 58,8 Millionen, wobei sich nach Abzug der Schuldendeinstersätze in Höhe von 1,4 Millionen der Nettoaufwand hierfür auf 57,4 Millionen belief.

Einen Satz noch zu unseren Darlehensforderungen. Unsere Darlehensforderungen sind geringfügig, nämlich um rund 1 Million auf 146,2 Millionen abgesunken.

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, der Rechnungsabschluß 1988 - ich habe es eingangs bereits erwähnt - ist für uns als überaus erfreulich zu bezeichnen. Das Jahr 1988 ist erheblich günstiger verlaufen als von uns voraussehbar war. Ich appelliere aber an Sie, daraus keine voreiligen Rückschlüsse auf das Budget 1989 oder gar für das kommende Jahr 1990 zu ziehen. Die Einnahmen der ersten 5 Monate dieses Jahres sind geringer ausgefallen als von uns ohnedies sehr vorsichtig budgetiert. Bei einer Tagung des Gemeinde- und Städtebundes in Perg vor wenigen Wochen hat der Generalsekretär des Städtebundes uns als Tagungsteilnehmer wissen lassen, daß die Gemeinden und Städte aufgrund der "Großen Steuerreform", die mit 1. 1. 1989 wirksam wurde, ab Mai 1989 beginnend, mit erheblich weniger Einnahmen aus den Bundesertragsanteilen rechnen müssen. Und dieses Absinken bei den Einnahmen aus den Bundesertragsanteilen wird im kommenden Jahr nur zum Teil durch die Einführung der KEST (Kapitalertragssteuer) wieder wettgemacht werden. Die Aussichten auf eine ähnlich günstige Einnahmenentwicklung, wie wir sie im letzten Jahr hatten, sind demnach für die nähere Zukunft als ungünstig zu bezeichnen, und wir werden bei der Budgeterstellung für das kommende Jahr darauf Bedacht nehmen müssen.

Meine Damen und Herren, im Rechnungsabschluß finden Sie auch wieder im Anhang alle Sammelnachweise, die Jahresbilanz der Stadtwerke, die Betriebsabrechnung des Städtischen Wirtschaftshofes und die Vermögensrechnung.

Zu den Stadtwerken: die Aktiva und Passiva der Bilanz der Stadtwerke per 31. 12. 1988 betragen S 319,499.832,40. Unter Berücksichtigung der ausgewiesenen Verluste von S 15,207.118,23 beträgt das Reinvermögen mit Ende 1988 S 84,663.629,17. Der Verkehrsbetrieb weist einen Verlust von S 9,104.577,40, das Stadtbad von S 4,414.088,28, die Kunsteisbahn von S 1,286.396,31, die Bestattung von S 319.126,63 und das Krematorium und die Leichenhalle von S 141.699,36 aus. Die übrigen Betriebszweige sind als ausgeglichen zu bezeichnen. Der Städtische Wirtschaftshof weist für 1988 ein sehr erfreuliches Ergebnis aus, das darf ich auch hier besonders zum Ausdruck bringen. Der Betriebsabgang konnte auch im vergangenen Jahr abermals stark reduziert werden. Er betrug 1986 2,1 Millionen, 1987 nur mehr 1,2 Millionen und liegt 1988 nur mehr bei lediglich S 360.000,-.

Und nun noch kurz zur Vermögensrechnung: Die Aktiva der Vermögensrechnung betragen S 909,900.841,86, denen Passiva in der Höhe von S 625,153.301,93 gegenüberstehen. Das Reinvermögen per 31. 12. 1988 betrug S 284,747.539,93. Im Rechnungsjahr 1988 trat eine Vermögenserhöhung im Ausmaß von S 52,392.079,35 auf. Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit für mir besonders wichtig erscheinende Aussagen zum vorliegenden Rechnungswerk des Jahres 1988 und ich darf nunmehr den diesbezüglichen Antrag an den Gemeinderat zur Verlesung bringen.

12) Buch-7100/88

Rechnungsabschluß 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Finanzjahr 1988 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)	
im ordentlichen Haushalt von	S.663,534.081,39
im außerordentlichen Haushalt von	<u>S 123,333.662,82</u>
somit insgesamt von	S 786,867.744,21
	=====

genehmigt.

Weiters wird die Bilanz der Stadtwerke für das Finanzjahr 1988 mit Aktiva und Passiva in Höhe von S 319,499.832,40 genehmigt
(BEILAGE)

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Vortrag über den Rechnungsabschluß 1988. Als Erster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der vorliegende Haushaltsabschluß, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde von Kollegen Vizebürgermeister Wippersberger ausführlichst in Zahlen dargestellt und zur guten Nachricht, die uns Kollege Wippersberger gebracht hat, habe ich eine zweite gute Nachricht hinzuzufügen. Ich werde den Zahlenvergleich, den ich sonst immer gespielt habe, nicht machen, und zwar aus mehreren Gründen. Zum Ersten habe ich den Eindruck gewonnen, daß man diese Zahlen nicht immer wieder predigen sollte und zum Zweiten ist der Nachvollzug dieser Überlegungen diesmal ziemlich schwierig, weil sich ja die Haushaltsstruktur geändert hat. Wir haben das Einzeldeckungsprinzip im außerordentlichen Haushalt und wir haben auf der anderen Seite die Zuweisung des Kreditdienstes im ordentlichen Haushalt. Die bloße Übernahme der Zahlen von einem Rechnungsjahr ins andere würde das Bild so heillos verzerren, daß keine schlüssigen Aussagen getroffen werden könnten. Um diese Überlegung anzustellen, habe ich mir auch die Mühe gemacht und die mir persönlich zugeeigneten Kennzahlen nachgerechnet. Ich erspare Ihnen die Vorlesung dazu, weil sich das Bild an sich bestätigt findet. Im Haushaltsvoranschlag, wenn man die unerwarteten Einnahmen wegzieht, so zieht sich die langfristige Linie durch. Das erhärtet auch die Aussage des Kollegen Vizebürgermeister Wippersberger, daß man von der unvorhergesehenen - Du hast es sensationellen - Mehreinnahmensituation sich nicht verleiten lassen dürfte, den Schluß in die Zukunft zu ziehen. Es ist aber dennoch notwendig festzustellen, daß die vorhandenen Rücklagen sicherlich sehr sehr positiv für die zukünftigen Aufgabenstellungen in der Stadt zu Buche schlagen. Ich wünsche mir sehr, daß wir als Kollegialorgan, wir, der Gemeinderat der Stadt Steyr, genügend Disziplin haben werden, daß wir diese Rücklagen zukunftsweisend verwenden, daß wir uns mit diesen Mitteln ein Verkehrskonzept -

der Bürgermeister hat es in seinen Berichten eingangs der Sitzung ja erwähnt - schaffen lassen mit Hilfe von Wissenschaftlern, das zukunftsweisend ist, das nicht nur den Straßenverkehr, sondern auch den Fußgeher- und auch den öffentlichen Verkehr beinhaltet. Ich wünsche mir sehr, daß wir mit diesen Rücklagen zukunftsweisend tätig sein werden auf dem Gebiet der Revitalisierung der Altstadt. Wobei ich glaube, wir sind alle einer Meinung, daß wir nur so den tatsächlichen Wohnungsbedarf in unserer Stadt in den Griff bekommen können. Jetzt haben wir Gott sei Dank etwas auf der hohen Kante, um hier Maßnahmen zu ermöglichen. Vielleicht werden wir doch einmal in ernsthafte Diskussionen treten können um Mietenzuschüsse dorthin, wo die öffentliche Hand sonst nicht zuschießend tätig wird, nämlich im sanierten Wohnbau. Es gibt da verschiedene Modelle, die ich gar nicht unterbreiten will, aber wir sollten hier auch in einem geeigneten Gremium ohne Emotionen darüber diskutieren, ob wir nicht auf diese Weise mit dem vorhandenen Hausbestand und mit dem vorhandenen nicht beliebig vermehrbaren Grund und Boden vernünftig umgehen können. Ich hoffe sehr, daß wir mit den vorhandenen Rücklagen die Problematik der Abfallbeseitigung noch mehr in den Griff bekommen, als wir sie jetzt haben. Ich hoffe sehr, daß wir das Entsorgungskonzept verbessern können. Ich weiß, daß man aus Rücklagen der Gemeinde nicht das Müll-Sortier-Bewußtsein der Haushalte alleine fördern kann. Aber ich hoffe sehr, daß auch die Haushalte hier mittun. Man wird Bewußtsein nicht verordnen können, aber man wird das Problem des Abfalls nicht vom Tisch wischen können. Wir nicht, auch nicht durch Verordnungen, auch nicht durch Anordnungen, sondern sicher durch Bewußtmachen in der Bevölkerung. Das wird nicht allzuviel kosten außer Mühe, und zwar Mühe jedes einzelnen Funktionsträgers in der Gemeinde. Ich glaube, daß die Zeit für diese Bemühung noch nie so reif war wie jetzt, weil die Haushalte, die privaten Haushalte und die Wirtschaftsunternehmen doch immer mehr auch in diese Bewußtseinstragung mit hineinkommen. Aber zu tun gibt es da auch noch viel.

Wir haben in die Kanalisation unserer Stadt noch unendlich viele Mittel zu stecken. Auch hier ist überhaupt kein Anlaß zum Übermut aus der großartigen Einnahmensituation des Rechnungsjahres 1988, weil die Ausgaben der Jahre 1990 und folgende ja zwar im Plan feststehen, wir aber doch erkennen müssen - wir werden heute noch Anträge bearbeiten, die diese Erkenntnis noch vertiefen - daß hier die ursprüngliche Ausgabenplanung mit möglicher Wahrscheinlichkeit nicht ausreichen wird. Es wird also gelten, sich Konzepte zu geben, die in die Zukunft weisen. Ich kann bei der Gelegenheit nicht umhin, auch an das mittelfristige Finanzierungskonzept für die Ausnahmen noch einmal zu erinnern, das durch ein gutes Einnahmehandjahr wie das Jahr 1988 nicht ersetzt wird, im Gegenteil gerade da sollte der Ansporn für derartige Konzepte, weil wir ja auch in die Zukunft denken müssen, noch mehr gegeben sein als bisher. Ich hoffe, daß diese Aufforderung nicht ungehört verhallt.

Dem Haushaltsabschluß 1988 gibt die ÖVP-Fraktion durch meine Person insoweit die Zustimmung, als nicht damit die Bedeckung von von uns nicht mitgetragenen Beschlüssen im Jahr 1988 betroffen ist. Auch ich möchte dem Dr. Schmidl für die umsichtige Rechnungsführung in der Stadt gratulieren und bitte ihn, den Dank auch an seine Mitarbeiter weiterzuleiten.

Ich hoffe, daß wir in die Budgetverhandlungen für das kommende Rechnungsjahr wieder in der offenen Gesprächsweise kommen können, die das Jahr 1988 ausgezeichnet haben. Ich möchte, weil das jetzt die letzte Gelegenheit ist, in diesem Rechnungsjahr 1988 dem Kollegen Wippersberger auch danke sagen dafür, wie er die Gespräche für den Haushaltsvoranschlag 1989 in diesem Jahr 1988 vorbereitet hat. Das war ein schönes Erlebnis und ich hoffe, Du hast die Kooperation, die in den Gesprächen vorhanden war, auch richtig erkannt. Ich biete die Kooperation bei fairer Partnerschaft auch in Zukunft an. Ich wünsche uns als Gemeinderat, daß wir die Erfahrung des Jahres 1988 wiederholen können. Ich kann mich nämlich

sehr gut erinnern, daß wir im vergangenen Jahr vor einer ähnlichen Einnahmensituation waren wie im heurigen Jahr. Bis ungefähr zur Jahresmitte waren die Einnahmen hinter dem Vorjahr bei weitem zurück, und die Überraschung ist im zweiten Halbjahr gekommen. Ich glaube zwar nicht daran, daß die zusätzlichen Mittel in der Höhe parallel auf das heurigen Jahr umgelegt werden können, glaube aber nicht, daß wir zu tiefstem Pessimismus Anlaß haben, sondern ich hoffe, daß, falls wieder die Einnahmen kommen und daß diese genau so zielgerichtet verwendet werden, wie ich dies für die Mehreinnahmen aus dem Rechnungsjahr 1988 vom Gemeinderat der Stadt Steyr erbitte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Kollege Treml ist der Nächste.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Rechnungsabschluß wurde ja vorgetragen von Vizebürgermeister Wippersberger. Er sieht im ordentlichen Haushalt eine Einnahmensteigerung von 577 auf rund 663,5 Millionen Schilling vor, das bedeutet immerhin gegenüber dem Nachtragsvoranschlag um fast 16 Millionen und gegenüber dem Haushaltsvoranschlag sogar um 16,5 Millionen Schilling Mehreinnahmen. Ich habe ja bereits anlässlich der Beschlußfassung des Haushaltsvoranschlages kritisiert vor allem die negative Einschätzung der zu erwartenden Einnahmen durch die Mehrheitsfraktion. Die heute vorliegenden Ziffern und Zahlen zeigen - Vizebürgermeister Wippersberger hat das dargelegt - daß die Einnahmenschätzungen um mehr als 86 Millionen übertrafen wurden. Das gab es übrigens, so weit ich mich erinnern kann, in unserer Stadt-Finanzgeschichte noch nie. Die größten Mehreinnahmen waren, wie angeführt wurde, die Gewerbesteuer, die alleine um 36,8 Millionen angestiegen ist auf über 60 Millionen Schilling, obwohl Sie, meine Damen und Herren, genau wissen, es gibt Großbetriebe, die uns seit Jahren keine Gewerbesteuer zahlen. Die Gewerbesteuer wird vor allem von den Klein- und Mittelbetrieben unserer Stadt aufgebraucht, die am wenigsten eine Wirtschaftsförderung durch die Stadt erhalten. Dies zeigt auch, wenn man den Rechnungsabschluß studiert mit der kleinen Schrift - ich sehe schon etwas schlecht und trage eine Brille - sieht man, wie auch unser Finanzreferent Kollege Wippersberger ausgeführt hat, daß die Wirtschaftsförderung eben hauptsächlich den Großen zufließt, nicht nur direkt, sondern auch indirekt und ungefähr, nicht nur die 4,5 Millionen, sondern ich schätze fast an die 8 bis 10 Millionen, das die andere indirekte ergänzt. Positiv wirkte sich auch aus, daß eine erfolgte Prüfung von nur 2 Betrieben durchgeführt wurde und daß es zu bekannt großen Gewerbesteuernachzahlungen immerhin von 36,8 Millionen Schilling kam. Es stiegen auch die Abgabenertragsanteile auf insgesamt 218 Millionen Schilling und die Lohnsummensteuer auf 78,3. Allgemein kann von meiner Sicht aus gesagt werden, daß die österreichische Wirtschaft im Vorjahr die höchste Wachstumsrate in diesem Jahrzehnt erzielte, 3,5 Prozent. Dieser unerhoffte Wirtschaftsaufschwung geht zu einem guten Teil auf eine unerwartete, nicht von uns ausgehend, sondern auf die internationale Konjunktur. Der Export ist dadurch im vergangenen Jahr zusehends zum Motor der positiven Wirtschaftsentwicklung in unserem Land und natürlich auch für unsere Stadt geworden. Aber auch der gesteigerte Inlandskonsum und die rege Bautätigkeit waren und sind auch heute wichtige Konjunkturstützen und so kam es auch zur Belebung der Investitionstätigkeit. Überaus günstig wirkt sich natürlich diese Investitionstätigkeit und auch der Konjunkturschub für die Stadtfinanzen aus und das kommt auch in den Zahlen zum Ausdruck. Obwohl in den Steyr-Werken der Belegschaftsstand reduziert wurde, der Personalaufwand im gesamten Konzern, wie kürzlich auch Stadtrat Kollege Pimsl bei seiner Angestelltenversammlung berichtete, von 4,1 Milliarden Schilling im Jahr 1985 auf 1,6 Milliarden Schilling im Rechnungsjahr 1988 schrumpfte, was eben zum

Großteil, wie er sagte, auf den um ein Drittel reduzierten Belegschaftsstand zurückzuführen ist. Natürlich wirken sich auch die Lohn- und Gehaltsverzichtsbeschlüsse negativ aus, sowie auch die Streichung der Sozialleistungen in Millionenhöhe. Zur positiven Finanzentwicklung des Stadthaushaltes, das muß gesagt werden, daß durch die zurückhaltende Erstellung des Haushaltsvoranschlages 1988, es war meiner Meinung nach ein ausgesprochenes Sparbudget, eine ganze Reihe von wichtigen und notwendigen Vorhaben sowie berechnete Forderungen der Bevölkerung und auch die ich gestellt habe, im Interesse der Bevölkerung überhaupt nicht in das Budget aufgenommen wurden. Im Gegenteil, bei Sozialleistungen wie z. B. beim Seniorenpaß, wurden sogar Einsparungsmaßnahmen durchgeführt. Da hat man aufgrund der Budget-Notsituation, wie man sie dargelegt hat im Jahr 1988, gegenüber 1987 um 1.000 Seniorenpässe weniger ausgestellt und dadurch verringerte sich natürlich dann der Aufwand von 1,980.000 Schilling um 650.000 Schilling - bei den Pensionisten hat man also gespart - auf 1,330.000. Der Grund liegt in der Einführung eines sogenannten Steyrer-Selbstbehaltes, eines Kostenbeitrages von S 100,-, der bei der Antragstellung von den Pensionisten eingehoben wurde.

Außerdem kam es durch Gebühren- und Tariferhöhungen, die von der Mehrheitsfraktion, meist mit Unterstützung der ÖVP-Mandatäre, beschlossen wurden, zu einer Einnahmensteigerung des ordentlichen Haushaltes um mehr als 10 Millionen Schilling. Zum Beispiel wurde der Wasserabgabepreis um 32 Prozent erhöht und erbringt jährlich Mehreinnahmen von etwa 3,6 Millionen Schilling. Außerdem wurden Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Wasserleitungsanschlußgebühren erzielt in der Höhe von ca. 250.000 bis 300.000 Schilling.

Und auch die Autofahrer, die hat auch Kollege Vizebürgermeister Wippersberger bereits erwähnt, darf man bei unserem Rechnungsabschluß nicht vergessen. Sie haben nicht unwesentlich zur Sanierung des Stadthaushaltes beigetragen. Im Finanzjahr 1988 wurden von der Steyrer Polizei 14.900 Strafen laut der Straßenverkehrsordnung verhängt und insgesamt 11,5 Millionen kassiert. Von diesen Strafgeldern vereinnahmt die Stadt 8,8 Millionen Schilling. Außerdem führte natürlich der halbjährige Gehaltsverzicht der Beamten und Bediensteten, der aufgezwungen wurde - die Bezugserhöhung erfolgte bekanntlich erst ab 1. Juli 1988 - zu Minderungen von 7,8 Millionen Schilling. Laut Nachtragsvoranschlag ergibt das 222,3 Millionen und nach dem Rechnungsabschluß sinken sogar die Ausgaben auf rund 221 Millionen Schilling. Im Voranschlag waren noch präliminiert 230 Millionen Schilling. Dem gegenüber stiegen die Ausgaben für die Bezüge und Pensionen der Gemeindepolitiker bereits auf über 10,6 Millionen Schilling, das ist gegenüber dem Voranschlag nur eine kleine Abweichung von etwa 150.000 Schilling mehr. Diese Einschätzung hat ja fast auf den Schilling genau gestimmt.

Trotz Mehreinnahmen von mir erwähnten 86 Millionen Schilling im ordentlichen Haushalt verringerte sich der außerordentliche Haushalt, der auch schon angeführt wurde von 128 auf 123 Millionen Schilling, so daß der Rechnungsabschluß für das Finanzjahr 1988 an Ein- und Ausgaben insgesamt 786,868.000 Schilling aufweist. Auch einmalig in der Geschichte der Stadt Steyr, wenn der Finanzreferent berichten muß, von diesen abgesenkten Ausgaben im außerordentlichen Haushalt von 128 auf 123 Millionen fallen nur an Investitionen und Bautätigkeit 69 Millionen Schilling an, denn der Rest ist ja wieder für die Rücklagen vorbehalten. Die Kluft zwischen Finanzkraft und Finanzbedarf der Stadt wird weiter größer, weil der Aufteilungsschlüssel nach dem Finanzausgleichsgesetz nicht gerechter, sondern weiterhin ungerecht ist und die Gemeinden benachteiligt. Die Stadt muß Aufgaben übernehmen - das brauche ich auch nicht besonders unterstreichen - die ihr eigentlich nicht zustehen, wie die bereits von mir erwähnten hohen Millionenzuschüsse für die Betriebsansiedlungen und die großen Finanzleistungen für den Umweltschutz. Da meine ich die Kanalbaumaßnahmen sowie die Ausfinanzierung auch unserer Kläranlage.

Wenn nach dem Rechnungsabschluß 1988 die Verschuldung der Stadt geringer ausge-

fallen ist als budgetiert, bleibt die hohe Verschuldung und damit - so glaube ich auch - eine angespannte Finanzlage. Für so eine kleine Stadt wie Steyr mit etwa 40.000 Einwohnern sind halt auch 552 Millionen Schulden nicht wenig, auch wenn erwähnt werden muß, daß Rücklagen geschaffen werden konnten von 127 Millionen Schilling.

Einbezogen in meine kritische Stellung, die ich jetzt nochmals unterstrichen habe, gebe ich dem Rechnungsabschluß, dem Ziffern- und Zahlenwerk 1988 die Zustimmung, jedoch bleibt mein Abstimmungsverhalten zu den Beschlüssen im vergangenen Jahr, also 1988, selbstverständlich weiter aufrecht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch Kollegen Tremml. Kollege Pragerstorfer ist der Nächste.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, ich möchte, daß Sie meine Zustimmung zum Rechnungsabschluß so verstehen, daß ich meine, daß dieses Zahlenwerk im Stadtrechnungsamt ordentlich geführt und ordentlich abgeschlossen ist. Ich will mich über Details, wie die Einnahmen verwendet worden sind, jetzt nicht noch einmal auslassen. Mein Vorgänger Ramoser hat bei der Budgetierung entsprechend Stellung genommen und ich will das nicht wieder breittreten. Zwei Dinge wünsche ich mir noch. Das eine ist, wie Kollege Holub auch gesagt hat, eine längerfristige Finanzplanung speziell für den Investitionssektor, für Großreparaturen, für Dinge, die die Stadt vorhaben muß. Mir ist es sehr unangenehm aufgestoßen, daß z. B. beim Gsangsteg, der als Provisorium geplant war, man nach 30 Jahren, wo er steht, mit einer Dringlichkeitsverfügung einen Neubau macht, wenn man 30 Jahre lang nicht daraufkommt, daß er im nächsten Jahr kaputt geht. Ich denke mir, wenn man die finanziellen Mittel planen muß über mehrere Jahre, kommt man eigentlich früher darauf, was man alles vorhat und vorhaben müßte. Als Zweites wünsche ich mir - das habe ich Herrn Dr. Schmidl schon mitgeteilt - daß wir mehr Möglichkeit haben, die finanzielle Gebarung der Stadt Steyr zu vergleichen mit anderen Städten, so daß man als Gemeinderat mehr Chancen hat, zu beurteilen, wie geht die Stadt Steyr mit ihren Mitteln um im Vergleich zu anderen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Keine, ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Als erstes möchte ich mich bei den Debattenrednern für die sehr sachlichen Beiträge bedanken. Kollege Holub, Du hast schon einige Dinge aufgezeigt, die uns in nächster Zeit allerhand Geld kosten werden, ich könnte diese Problemkreise unendlich erweitern. Wir werden in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch viel Geld brauchen für die Kanalisation und für alle jene Dinge, die unbedingt notwendig sind. Mittelfristige Investitions- und Finanzierungsplanung, wir sind derzeit dabei, es wird heuer noch im Gemeinderat zur Sprache kommen und Ihnen eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden. Ich darf jetzt schon mitteilen, daß wir den Fraktionen in den nächsten Tagen schriftlich eine Aufforderung zukommen lassen, ihre Wünsche zum Budget 1990 einzubringen, denn die Budgetverhandlungen fangen ja in Kürze bereits an. So wie bisher werden wir auch, so wie wir im letzten Jahr die Budgetverhandlungen geführt haben mit den anderen Fraktionen, diesmal das machen. Das darf ich hier zum Ausdruck bringen.

Kollege Tremml, Du hast gesprochen von einem Sparbudget, es war ein Sparbudget, insbesondere ein Sparbudget im Hinblick auf die finanzielle Entwicklung in den Jahren 1986 und 1987. Ich muß wirklich sagen, die Bundesertragsanteile, wenn man schaut, wie sind die hereingeflossen 1986 und 1987? 1987 haben wir 20,5 Mill.

weniger bekommen, 1986 sogar um 20,8 Mill. Die Anteile, die wir von den Bundesertragsanteilen bekommen haben, waren 1986 und 1987 fast auf den Schilling gleich hoch und auf einmal letztes Jahr, aufgrund der guten Wirtschaftsentwicklung, die wir nicht voraussehen konnten, sind sie um 20,5 Millionen angestiegen. Sie wissen ja, wie wir das Budget erstellt haben für 1988, hat die Wirtschaftsprognose der Wirtschaftsforschung geheißen, 1 bis 1 1/2 Prozent ist das Wirtschaftswachstum und dann ist es schließlich und endlich, Gott sei Dank, zu einem 4,2 %igen Zuwachs gekommen. Das ist das Erfreuliche und das hat zu dieser großen Mehreinnahme bei den Bundesertragsanteilen geführt. Bei der Gewerbesteuer, wir haben 1986 37,1 Millionen eingenommen - das darf ich noch einmal unterstreichen - und 1987 sogar nur 23,4 Millionen, das letzte Jahr waren es 60,2 Millionen. Also auch das war wirklich nicht voraussehbar. Ich habe schon gesprochen über die ersten 5 Monate im heurigen Jahr. Wir haben auch für heuer wieder sehr vorsichtig budgetiert, aber die Einnahmen aus der Gewerbesteuer im heurigen Jahr, die effektiven Einnahmen in den ersten 5 Monaten, sind um 1,7 Millionen geringer ausgefallen als von uns ohnedies vorsichtigst budgetiert. Also die Entwicklung ist im heurigen Jahr bei weitem nicht so erfreulich. Ich glaube, ich habe im wesentlichen alles gesagt, was dazu noch zu sagen war. Ich bitte unseren Bürgermeister, die Abstimmung vorzunehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dem Antrag zustimmt? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig so beschlossen.

Ich danke Kollegen Wippersberger für seinen Vortrag. Nächste Berichterstatterin ist Frau Kollegin Ehrenhuber.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Im gemeindeeigenen Objekt Gleinker Hauptstraße 12, dem Haus der Begegnung in Gleink, soll parallel zum bestehenden städtischen Kindergarten ein Behindertenkindergarten eingerichtet werden. Dazu sind umfangreiche Umbaumaßnahmen erforderlich. Ich darf hier nur erwähnen die Erweiterung der Elektroheizung, die Adaptierung verschiedener Räumlichkeiten. Dazu kommt, daß die Einrichtung im bestehenden Kindergarten nicht mehr den Vorstellungen eines modernen Kindergartenbetriebes entspricht. Es erscheint daher zweckmäßig, im Zusammenhang mit den Umbaumaßnahmen auch den bestehenden Kindergarten entsprechend zu sanieren, zu adaptieren. Ich darf Sie ersuchen, dem vorliegenden Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

13) GHJ2-2345/89

"Haus der Begegnung" Gleink - Kindergarten Gleink;
Schaffung eines Behindertenkindergartens; Umbaumaßnahmen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 12. 6. 1989 werden im Zusammenhang mit der Schaffung eines Behindertenkindergartens im gemeindeeigenen Objekt Gleinker Hauptstraße 12 (Haus der Begegnung) nachstehende Aufträge vergeben:

I) Maßnahmen im städtischen Kindergarten:

- | | | |
|-------------------------------------------------------------------------|--------------|------------|
| 1) Tischlerarbeiten: Fa. Ecker, Steyr, zum Preis von | S 718.132,-- | exkl.MWSt. |
| 2) Fliesenlegerarbeiten: Fa. Brunner, Steyr, zum Preis von | S 61.190,-- | exkl.MWSt. |
| 3) Baumeisterarbeiten: Fa. Negrelli, Steyr, zum Preis von | S 56.321,-- | exkl.MWSt. |
| 4) Installationsarbeiten: Fa. Haas, Steyr, zum Preis von | § 14.590,-- | exkl.MWSt. |
| 5) Elektroinstallationsarbeiten: Fa. Mitterhuemer, Steyr, zum Preis von | S 10.000,-- | exkl.MWSt. |

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------|
| 6) Malerarbeiten: Fa. Huber, Steyr, zum Preis von | S 10.000,-- exkl.MWSt. |
| 7) Bodenlegerarbeiten (Garderobe): Fa. Löger, Steyr, zum Preis von | S 10.000,-- exkl.MWSt. |
| II Adaptierungsarbeiten "Haus der Begegnung": | |
| 1) Elektroheizungseinbau: Fa. Mitterhuemer, Steyr, zum Preis von | S 57.937,30 exkl.MWSt. |
| 2) Elektroinstallation (Keller): Fa. Mitterhuemer, zum Preis von | S 10.784,70 exkl.MWSt. |
| 3) Baumeisterarbeiten: Fa. Hamberger, Steyr, zum Preis von | S 26.515,-- exkl.MWSt. |
| 4) Fertigteilgarage: Fa. Leitl, Linz, zum Preis von | S 47.770,-- exkl.MWSt. |
| 5) Fliesenlegerarbeiten: Fa. Brunner, Steyr, zum Preis von | S 41.858,50 exkl.MWSt. |
| 6) Tischlerarbeiten (Raumtrennwand und Verkleidung): Fa. Staudinger, Steyr, zum Preis von | S 66.240,-- exkl.MWSt. |
| 7) Tischlerarbeiten (Raumausstattung): Fa. Staudinger, Steyr, zum Preis von | S 75.100,--exkl.MWSt. |

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 327.000,-- (dreihundertsiebenundzwanzigtausend)

bei der VSt 5/8460/010000.5 freigegeben sowie Kreditüberschreitungen im Ausmaß von

S 162.000,-- (einhundertzweiundwechzigtausend)

bei der VSt 5/2400/010000.7 und

S 719.000,-- (siebenhundertneunzehntausend)

bei der VSt 5/2400/0403000.8 bewilligt.

Die Deckung für die Kreditüberschreitungen hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Enöckl bitte.

GEMEINDERAT FRANZ ENÖCKL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Umbaumaßnahmen im Haus der Begegnung in einer Größenordnung von 1,2 Millionen Schilling. Ich möchte mir hier schon erlauben, ein wenig weiter zurückzugreifen. Erstens einmal, warum Haus der Begegnung? Dieses Haus hat mit Sicherheit den Namen zurecht. Seit der Erbauung im Jahre 1868 sind dort immer Menschen verkehrt. Zuerst dem Kloster Gleink gehörend als Wohn- und Gesindehaus, wurde es später als Hoftaverne Zufluchtsstätte für Mensch und Tier. Anschließend als Gaststätte von privaten Personen übernommen, wurde es weitergeführt von einer ganzen Reihe von Besitzern, die diese Gaststätte betrieben haben. Im Jahre 1971 hat dieses Haus die Stadtgemeinde Steyr gekauft und weiterbetrieben in dieser Art. Durch Umbaumaßnahmen konnte das Haus 1973 wieder eröffnet werden. Im unteren Bereich wurde damals der höchst notwendige Kindergarten, der zweigruppige Kindergarten, eingebaut. Der obere Teil, das Obergeschoß, wurde schon damals richtig erkannt und so auch zugeordnet als Stätte der Begegnung für verschiedene Organisationen und Vereinigungen. Fast das ganze Jahr über ist dieses Haus voll ausgelastet, da im oberen Bereich auch Versammlungsräumlichkeiten, Sitzungsräume, Archivräume und im besonderen der Raum, der den Musikverein Gleink als Probenraum zur Verfügung gestellt erhalten hat, vorhanden sind. Im Nordtrakt war es dann 1986 notwendig, Umbaumaßnahmen durchzuführen und seit diesem Zeitpunkt wurde dort ein Bewegungsraum für den Kindergarten und ein Turnraum, der sich im selben Bereich einfach miteinander gemeinsam betreiben läßt, eingebaut und so auch verwendet, und zwar täglich verwendet von unserer Jugend, die dieses Haus benützt. Bei der Eröffnung des Kindergartens 1973 hat der damalige Bürgermeister Fellingner

das Haus als "Haus der Begegnung" deklariert und wir haben zu diesem Zeitpunkt bereits den Namen als richtig erkannt und ihm auch volle Ehre gemacht. In der Zwischenzeit haben sich natürlich Veränderungen ergeben. Ein Antrag oder ein Anliegen auf Einbau eines Behindertenkindergartens ist an die Stadtgemeinde Steyr herangetragen worden, denn ostseitig war noch immer eine in äußerst desolatem Zustand befindliche Wohnung vorhanden und die wird jetzt umgebaut zum bereits erwähnten Behindertenkindergarten. Auch das ist eine Neuerung für uns in der Stadt.

Es erscheint mir aber sehr wichtig - das möchte ich betonen - wenn wir heute den Antrag beschließen, die bevorstehenden Baumaßnahmen so zu koordinieren, daß die Neugestaltung des bereits von der Frau Stadtrat angesprochenen Kindergartenbereiches, der übrigens seit 16 Jahren unverändert in Betrieb ist und dringend einer Revitalisierung bedarf, miteinbezogen wird. Der andere Bereich, das heißt die Ausgestaltung mit einer modernen Heizungsanlage, sowie der vorgesehene Umbau bei der Errichtung des Kindergartens, wo der Behindertenkindergarten, der vom Verein Lebenshilfe betrieben wird, eingerichtet wird, soll so gestaltet werden, daß nach Möglichkeit das in den Ferienmonaten durchgezogen werden kann. Im Herbst sollen wieder volle Benützungsmöglichkeiten bestehen. Nachdem auch aus Aussagen der Verein Lebenshilfe nicht nur bei der Gemeinde vorgeschrieben hat um Räumlichkeiten, um diesen Behindertenkindergarten dort unterzubringen, das möchte ich auch noch sagen, viele Gespräche aus den privaten Bereichen heraus sind einfach gescheitert, negativ beschieden worden. Es bleibt uns heute als Gemeinderat der Stadt Steyr vorbehalten, einen entsprechenden Beschluß zu fassen, die Mittel frei zu geben, um einer Gruppe junger, behinderter Mitmenschen Hilfestellung zu geben und sie in Gleink in unserem Haus der Begegnung in die Gemeinschaft zu integrieren. Damit ist das Haus voll ausgelastet und die Stadt leistet einen weiteren wertvollen Beitrag im Sozialbereich.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Nein. Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dem Antrag zustimmt? Danke. Gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

In meinem zweiten Antrag, meine Damen und Herren, darf ich Sie um Ihre Zustimmung zu einer notwendigen Auftragserweiterung im Zuge des Umbaus unseres Zentralaltersheimes, Ausbau der Krankenstation, ersuchen. Der Antrag lautet:

14) Bau5-3981/86

Umbau Zentralaltersheim; Ausbau
Krankenstation; Auftragserweiterung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 24. 9. 1987 und Stadtsenatsbeschluß vom 17. 12. 1987 wurden die Heizungs- und Sanitärinstallationsarbeiten für die 3. Bauetappe, 1. Teil, an die Fa. Haas, Steyr, in der Höhe von netto S 360.471,67, mit GR-Beschluß vom 14. 4. 1988 die Heizungs- und Sanitärinstallation für die 3. Bauetappe, 2. Teil, ebenfalls an die Fa. Haas, in der Höhe von netto S 324.195,80 sowie die Elektroinstallationsarbeiten an die Fa. Elektrobau AG zum Preis von netto S 388.413,- übertragen.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 8. 6. 1989 wird nunmehr folgenden Auftragserweiterungen zugestimmt:

- 1) Heizungs- und Sanitärinstallation - 3. Bauetappe, 1. Teil:
Fa. Haas, Steyr, um S 87.430,70 auf nunmehr S 447.902,37
- 2) Heizungs- und Sanitärinstallation - 3. Bauetappe, 2. Teil:
Fa. Haas, Steyr, um S 25.109,70 auf nunmehr S 349.305,50

3) Elektroinstallationsarbeiten:

Fa. Elektrobau AG um S 132.241,25 auf nunmehr S 520.654,25.

Zur Begleichung der vorgenannten Auftragserweiterungen sowie für Arbeiten, die im Rechnungsjahr 1988 noch nicht beglichen wurden, wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 782.000,-- (siebenhundertzweiundachtzigtausend)

bei der VSt 5/4200/010170.0 bewilligt. Die Deckung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Frau Kollegin Ehrenhuber für ihre Berichte. Nächster ist Stadtrat Pimsl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Daß die Umwelt bedroht ist, daß die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen, Wasser, Luft, Boden, Pflanzen, die Tierwelt, der Naturhaushalt und das Klima bedroht sind, ist keine neue Feststellung, das wissen wir. Aber es wird uns mit jedem neuen Tag bewußter, wie sehr heute die Natur bedroht ist. Es liegt daher sehr nahe, daß sich auch die Gemeinde, der Magistrat, mit diesem Problem beschäftigt und nicht erst heute beschäftigt, und für diesen Zweck sich eine Grundsatzerklärung gibt, die zeigen soll, daß wir sehr wohl um die Problematik unserer Umwelt wissen, daß wir uns auch bewußt sind, daß gegen eine weitere Zerstörung der Umwelt energisch etwas unternommen werden muß. Es war daher eine Aufgabe des Umweltbeirates und des gemeinderätlichen Umweltausschusses, in mehreren Sitzungen eine Grundsatzerklärung zum Umweltschutz zu erarbeiten und nach vielen Diskussionen und Anregungen ist eine gemeinsame Erklärung herausgekommen. Es hat der Stadtsenat noch einige kleinere Korrekturen vorgenommen, die vor allem aus dem Grunde geschehen sind, weil da oder dort sinnstörende Mängel mit beinhaltet waren. Ich darf aber für alle, die mitgearbeitet haben, feststellen, daß wir vom Geiste der tatsächlichen Verbesserung unserer Umwelt beseelt waren und daß wir mit dieser Grundsatzerklärung unterstreichen wollen, daß die Stadt Steyr für die Umwelt, für die sie mit verantwortlich ist, unseren Bürgern wissen läßt, daß wir versuchen, die Umwelt so weit wie möglich, zu verbessern, zu erhalten. Manches Mal schon sehr spät, wenn nicht überhaupt zu spät im einen oder anderen Bereich.

Ich bitte Sie daher, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, dieser Grundsatzerklärung, die in zwei Teile gegliedert ist, in einen allgemeinen und einen fachlichen Teil, ihre Zustimmung zu geben. Ich darf auch um Ihr Einverständnis bitten und damit rechnen, daß Sie von einer Verlesung der gesamten Erklärung aus meinem Mund heute Abstand nehmen. Ich nehme an, daß Sie in den vergangenen Tagen und Wochen Gelegenheit hatten, diese Grundsatzerklärung, soweit sie nicht selbst mitgewirkt haben, kennen zu lernen, sich damit vertraut zu machen. Ich bitte Sie dazu um Ihre Zustimmung und ersuche um Abstimmung.

15) Ges-2400/87

Grundsatzerklärung zum Umweltschutz.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA I vom 21. 4. 1989 wird die in der Beilage beigeschlossene Grundsatzerklärung zum Umweltschutz beschlossen (BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Treml hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich kann die einleitenden Worte des Kollegen Pimsl nur unterstreichen und möchte auch den Einleitungssatz der Grundsatzerklärung zum Umweltschutz unterstreichen der besagt, daß der Schutz der Umwelt zu den vordringlichsten Aufgaben unserer Zeit gehört. Ein bedrohliches Nebenprodukt der raschen Industrialisierung ist auch bei uns die steigende Umweltgefährdung. Schlechte Luft, steigende Lärmbelästigung und die wachsenden Müllberge in oft, wie wir wissen, gefährlicher Zusammensetzung haben ihre Auswirkungen nicht nur auf die natürlichen Umweltbedingungen, sondern letztlich auch auf die Gesundheit des Menschen. Darum geht es uns ja, um die Menschen. Daher bin ich der Auffassung, daß viele Belastungen und Übergriffe verhindert werden könnten, stünden den Lebensinteressen der Menschen nicht die Profitinteressen gegenüber.

Die KPÖ-Fraktion unterstützt die Absicht der Stadt Steyr, die eigene Umwelt und die Lebens- und Umweltbedingungen der Bevölkerung wesentlich zu verbessern. Das Wirken von Bürgerinitiativen in Umweltbelangen signalisiert besonders in letzter Zeit eine höhere Bereitschaft, sich gegen Umwelterstörung wesentlich zur Wehr zu setzen. Zur Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen sowie Sanierungsmaßnahmen gehört natürlich auch eine finanzielle Grundlage durch Gewährung entsprechender Zuschüsse des Bundes und des Landes. Nach meiner Meinung ist auch eine rasche Durchsetzung bundeseinheitlicher Gesetze und Kompetenzen für den gesamten Umweltschutz zur Beendigung der Kompetenzsplitterung unbedingt erforderlich oder notwendig sowie rigorose Bestrafung bis hin zur Betriebsschließung bei schweren Verstößen gegen die Umweltbestimmungen. Ebenso muß die Abnahme und Verwertung von gesammelten Altrohstoffen durch gesetzliche Maßnahmen gesichert werden. Es gibt ja Perioden, es wird gesammelt und aufgrund daß sie nicht verwertet werden können aus preislicher Hinsicht, erfolgte das zu bestimmten

Zeiten nicht, wo es notwendig sei. Es heißt z. B. in der Grundsatzerklärung im Teil 2 unter anderem, ich zitiere "auch bei langfristigen Einwirkungen von Luftverunreinigungen darf die menschliche Gesundheit nicht geschädigt und gefährdet werden." Wie Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sicherlich wissen, habe ich jahrelang die herausfordernden Mängel der Verbrennungsanlage des Landeskrankenhauses Steyr hier im Gemeinderat und in aller Öffentlichkeit oftmals aufgezeigt. Seit Jahren klagen die Anrainer über üble Gerüche und infolge der Abgase der Anlage über Augenbrennen und Halsschmerzen. Wie Sie auch wissen, geschah lange nichts, denn bei der Verbrennungsanlage handelt es sich um eine Einrichtung des Landes Oberösterreich, so daß die Behörde der Stadt Steyr nicht mitreden durfte. Die erzwungene Probemessung ergab, daß zehnmals mehr ätzende Salzsäuredämpfe und andere Giftstoffe über Jahre über die Stadt geblasen werden, als dies erlaubt ist. Am 7. März 1989 brachte ich im Umweltausschuß die heikle Frage neuerlich aufs Tapet. Daraufhin wurde im Protokoll wörtlich vermerkt: "Ebenso soll auch beim Amt der OÖ. Landesregierung eine Messung im Landeskrankenhaus nochmals durchgeführt werden." Ich glaube, das Ergebnis kennen Sie. Nach Verhandlungen mit der Stadt Steyr wird die Krankenhaus-Müllverbrennungsanlage bis spätestens 1. September dieses Jahres stillgelegt und der anfallende Giftmüll im Krankenhaus wird, so meine ich, spät aber doch gesondert entsorgt.

Meine Damen und Herren, so ein Fall darf in Zukunft meiner Meinung nach nicht mehr vorkommen. Die Grundsatzerklärung zum Umweltschutz in unserer Stadt muß in der Tat im Interesse der Bevölkerung auch umgesetzt gesetzt werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml. Kollege Pragerstorfer bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, für die Steyrer Grünen ist natürlich eine Grundsatz-erklärung zum Umweltschutz eine sehr sehr wichtige Sache. Es ist auch erstaunlich für uns, daß Sätze oder Werteinstellungen, für die man vor 10 Jahren noch als Spinner oder Illusionist betitelt worden wäre, doch innerhalb dieser relativ kurzen Zeit soweit mehrheitsfähig geworden sind, daß sich eine Stadt den Erhalt der Umwelt, einer qualitativ hochwertigen Umwelt, als Grundleitlinie festschreibt. Ich werde natürlich in den nächsten Jahren bei jeder sich bietenden Gelegenheit diese Umwelt-Grundeinstellung hernehmen und schauen, wie die Realität der Einschätzung, der Entscheidungen, die getroffen werden mit dieser Grundsatz-erklärung, übereinstimmt. Ich freue mich daher sehr, daß ich da etwas gefunden habe, worauf ich immer hinweisen kann. Ich hoffe doch, daß die Grundsätze, daß das reale politische Handeln in den nächsten Jahren sehr stark miteinander in Einklang kommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich bitte Kollegen Pimsl um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Damen und Herren, beide Beiträge gehen davon aus, daß dieser Grundsatz-erklärung auch Taten zu folgen haben, soferne da nicht schon Vorleistungen erbracht wurden. Ich kann Ihnen eines versichern, Kollege Pragerstorfer, Ihre Erklärung ist für mich eine positive Erklärung, weil ich damit einen Mitstreiter habe, manches, was noch im argen liegt, schneller, rascher durchzusetzen als es bisher der Fall war. Und nicht die Angst, von Ihnen oder jemandem anderen oder von der Öffentlichkeit her geprüft zu werden, ob man tatsächlich auch das meint, was in diesem Papier, in dieser Grundsatz-erklärung, drinnen steht. Wir sind uns absolut einig, daß noch viel zu tun ist, daß aber dieses viel zu tun auch klarer-weise entsprechende Mittel erforderlich macht, aber auch unter Umständen entsprechende Gebühren notwendig macht, die wir einfach von unseren Mitbürgern mit einheben müssen, um die Umwelt wieder auf jenen Stand zu bringen, der uns gemeinsam vorschwebt. Ich glaube nicht, daß wir mit reden über verschiedene Maßnahmen uns wieder auseinanderdiskutieren sollen, sondern gemeinsam versuchen müssen, auch für die Finanzierung verschiedener Umweltmaßnahmen ein gemeinsames Verständnis und einen gemeinsamen Nenner zu finden. Eines muß uns klar sein, Umweltsanierung, Umwelterhaltung kostet etwas und es ist nicht möglich, ausschließlich von der öffentlichen Hand für die Sanierung der Umwelt, wenn auch durchaus berechtigt von Kollegen Tremml eingebracht wird, da müssen auch andere Stellen eingeschaltet werden zur Finanzierung einer Umweltsanierung, weil ja nicht der Verursacher die Stadt oder deren Bürger immer waren, sondern auch aus übergreifenden Maßnahmen oder Anlässen das passiert ist, daß man dementsprechend Nachdruck verleiht. Aber ich versichere Ihnen mit aller Ernsthaftigkeit, daß diese Grundsatz-erklärung für den gemeinderätlichen Umweltausschuß, vor allem aber für den zuständigen Referenten, ein Leitpapier ist, welches er und der Ausschuß gemeinsam und darüberhinaus der gesamte Gemeinderat durchaus sehr ernst nimmt und daß wir über eine Diskussion, ob man überhaupt etwas unternimmt oder nicht, gar nicht erst reden müssen.

Ich darf nur um eine kleine Ergänzung bitten. Im Amtsbericht, das ist in Ihren Unterlagen nicht drinnen. Entschuldigung, ich darf das berichtigen, das kommt erst beim nächsten Antrag. Ich darf aber nochmals sagen, ich bedanke mich für die Mitwirkung an der Erstellung dieser Grundsatz-erklärung. Sie ist durchaus für die Stadt erfreulich, für die Bürger sichtbar ein Zeichen, daß wir uns um unsere gemeinsame Umwelt Gedanken machen und auch Maßnahmen setzen wollen. Ich darf bitten, Herr Bürgermeister, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Mein zweiter Antrag, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, behandelt die Veränderung der Müllabfuhrordnung. Nachdem bereits über die Gebühren befunden wurde, ist es unumgänglich notwendig, daß zuerst die Müllabfuhrverordnung entsprechend modifiziert wird. Ich darf mir ersparen, im einzelnen darauf einzugehen, aber es ist in der Verordnung bisher die Möglichkeit, mit Großcontainern bei der Müllabfuhr zu arbeiten, nicht vorgesehen gewesen. Außerdem wurden weitere Bereiche in die Verordnung mit einbezogen, höchst notwendig, weil ich immer wieder feststelle, daß verschiedene Haushalte eben ihren Müll auf andere Art entsorgen. Daher ist es durchaus legitim und auch notwendig, möglichst eine flächendeckende Entsorgung beim Müll zu gewährleisten.

Ich darf Sie bitten, dieser Änderung der Verordnung die Zustimmung zu geben und Sie gleichzeitig ersuchen, den Antrag auf Seite 3, Punkt 4), § 7 (6) zu ergänzen: Für öffentliche Institutionen sowie für Betriebe der gewerblichen Wirtschaft und des Handels sowie von Großwohnanlagen kann beim Magistrat die Aufstellung einer entsprechenden Anzahl Großbraummüllbehälter beantragt werden". Es war an und für sich vorgesehen, aber man hat es dann offenbar aus Flüchtigkeit übersehen miteinzubringen und damit dann nicht später gewisse Schwierigkeiten aus diesem Versäumnis entstehen. Ich bitte um Nachsicht, daß das nicht von Haus aus geschehen ist und ich hoffe, daß diese Ergänzung Ihr Abstimmungsverhalten nicht beeinträchtigt.

16) ÖAG-1901/87

Müllabfuhr

Müllabfuhrordnung der Stadt Steyr;

Änderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 12. Juni 1989 wird die mit GR-Beschluß vom 15. 9. 1977 erlassene Müllabfuhrordnung wie folgt geändert: § 2 hat zu lauten:

Pflichtbereich

Der Pflichtbereich für die öffentliche Müllabfuhr umfaßt das ganze Gemeindegebiet, jedoch mit Ausnahme der folgenden Ortschaften und Straßenzüge:

Aschacher Straße ab Einmündung der Gregor-Goldbacher-Straße stadtauswärts gesehen, Buchet, Dryhuberstraße, Förgenstraße, Grabmerstraße, Grabnerweg, Hausleitner Straße ab Nr. 4, ausgenommen Nr. 14 a, Kegelprielstraße ab Nr. 26, Kematmüllerstraße nach Nr. 3 stadtauswärts gesehen, Kruglweg, Pufferweg, Reitnerstraße, Rieplfeldstraße, Schulweg, Schwamminger Straße nach Nr. 6, Taschlmayrstraße, Unterer Schiffweg nach Nr. 2, Unterhimmier Straße ab Nr. 19 bzw. 21.

& 7 hat zu lauten:

1. Bei der Überschrift entfällt der Klammerausdruck Mülltonnen.

2. § 7 (1) hat zu lauten:

Für das Sammeln des Hausmülls sind Mülltonnen der Type KRT 1/110 und RTL 5/90 mit der Bezeichnung "Ringtonnen" und mit einem Fassungsraum von 110 und 90 Litern sowie Großbraummüllbehälter mit einem Fassungsraum von 1100 Litern zu verwenden.

3. Beim § 7 Abs. 2 bis 5 hat jeweils anstelle des Wortes Müllbehälter der Ausdruck MÜLLTÖNNE zu treten.

4. § 7 (6) hat zu lauten:

Für öffentliche Institutionen sowie für Betriebe der gewerblichen Wirtschaft und des Handels sowie bei Großwohnanlagen kann beim Magistrat die Aufstellung einer entsprechenden Anzahl Großraum-Müllbehälter beantragt werden. Die Zuteilung erfolgt im Rahmen der für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Mittel und nach Prüfung der technischen und organisatorischen Möglichkeiten der Abfuhr. Ein Anspruch auf Ausstattung bestimmter Objekte oder Betriebe mit solchen Müllbehältern oder mit einer bestimmten Art solcher Müllbehälter besteht nicht. Die Bestellung solcher Müllbehälter kann auch von Amts wegen erfolgen.

5. Der bisherige § 7 (6) ist nunmehr § 7 (7).
Die Neuregelung tritt mit 1. 7. 1989 in Kraft.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Damit ist dieser Antrag vollständig mit allen Möglichkeiten ausgestattet. Wünscht jemand zu sprechen dazu? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht, einstimmig so beschlossen.
Ich danke für die Berichte. Kollege Sablik ist der Nächste.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLİK:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe Ihnen einen Antrag vorzulegen. Es handelt sich um die Pflasterung in der Enge Gasse. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

17) Bau3-1163/88

Pflasterung in der Enge Gasse; Vergabe von Zusatzarbeiten;
Ergänzung des Gemeinderatsbeschlusses vom 20. 10. 1988.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 20. 10. 1988 wurde der Auftrag zur Pflasterung der Engen Gasse in der Höhe von S 2,801.753,82 inkl. MWSt. an die Fa. Asphalt und Beton übertragen und gleichzeitig die erste Baurate von S 1 Million freigegeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 18. 5. 1989 wird nunmehr einer Auftragserweiterung in der Höhe von S 57.600,- inkl. MWSt. zugestimmt.

Gleichzeitig wird der Auftrag zur Lieferung von Holzbänken an die Fa. Straußberg, Rohr im Kremstal, zum Preise von S 52.991,28 inkl. MWSt. übertragen.

Zur Ausbezahlung der 2. Baurate an die Fa. Asphalt und Beton sowie der nunmehr vergebenen Aufträge werden Mittel im Ausmaß von

S 1,913.000,-- (eine Million neunhundertdreizehntausend)

bei der VA-Stelle 5/6120/002610.3 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Zur Information. Die 10 Bänke sollen stehen: Schloßmauer Zwischenbrücken 4 Stück, Vorplatz Drogerie Mayr 3 Stück, Platz beim Tillian 3 Stück und bei der Einmündung Eisengasse am Stadtplatz 1 Stück.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Ich muß im Antrag eine Berichtigung vornehmen. Im Stadtsenat in der Beschlußfassung wurde der dritte Absatz, nämlich der Ankauf von Holzbänken und Papierkörben gestrichen, weil das gesondert behandelt wird. Das gehört bitte heraus.

MAIGSTRATSDIREKTOR OSR. DR. FRANZ KNAPP:

Das kann man drinnen lassen, weil

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das wurde in der Stadtsenatsitzung gestrichen.

MAGISTRATSDIREKTOR OSR. DR. FRANZ KNAPP?

Die Bänke werden in vermehrter Zahl zum gleichen Preis von der Fa. Straußberg angekauft. Nur die Papierkörbe werden in Eigenregie hergestellt. Es muß nur der Antrag geändert werden, daß "und Papierkörbe" gestrichen wird.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Also die zwei Worte gehören gestrichen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Ich habe ja in meinem Antrag bereits die zwei Worte "und Papierkörbe" weggelassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Es gehört nur "und Papierkörbe" gestrichen, die in Eigenregie hergestellt werden. Der Ordnung halber muß auch der Antrag im Wortlaut entsprechend stimmen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Damit die Kolleginnen und Kollegen, die nicht im Stadtsenat sind, informiert sind, es war eine Frage der Gestaltung. Wir haben uns nicht einigen können über die vorgeschlagene Art, denn es wären kubische Holztrümmer gewesen, absolut nicht passend für diese Gegend.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Beides nicht, daher so beschlossen. Danke. Kollege Schloßgangl ist der Nächste.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Der erste Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses lautet:

18) Bau2-6021/88

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 55 -
Peter Bittner - Müllsortieranlage Mühlstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Flächenwidmungsplan - Änderung Nr. 55, Peter Bittner - entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes des Magistrates Steyr vom 13. Oktober 1988, wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 22. Mai 1989 beschlossen.

Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen dazu? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist so angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Kanalisation Münchenholz und lautet:

19) Bau6-5381/87

Kanalisation Münchenholz; Errichtung
Pumpwerk Forelle; Mittelfreigabe 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschlüssen vom 8. 9. 1988 und 20. 10. 1988 wurden die Arbeiten zur Errichtung des Pumpwerkes Forelle vergeben. Zu diesem Zweck wurden im Rechnungsjahr 1988 S 1,747.000,- exkl. MWSt. freigegeben.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 19. 5. 1989 wird nunmehr eine Erweiterung dieses Auftrages um S 180.000,- für die Herstellung einer 60 m langen nicht befestigten Zufahrt, für die Erneuerung eines bestehenden Vereinigungsschachtes und für den Ankauf der Grundflächen im Bereich der Pumpstation sowie für die Servitutsentschädigungen der Druckleitung genehmigt. Unter einem wird der Ausbezahlung der im Voranschlag 1989 1989 vorhandenen Mittel in Höhe von S 499.000,- für das Rechnungsjahr 1989 zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 499.000,- (vierhundertneunundneunzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/8110/050210.2 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ :

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Kanalisation Taschried-Resthof, Nebensammler A 1.

20) Bau6-646/88

Kanalisation Taschried-Resthof NS A 1, 2. Teil;

Aufhebung der 2. Ausschreibung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städtischen Kanalverwaltung vom 5. 6. 1989 wird der Aufhebung der Ausschreibung über die Erneuerung des Nebensammlers A 1, 2. Teil, von der Resthofstraße bis Ende Holubstraße und der freihändigen Vergabe zugestimmt. Gleichzeitig wird dieser Auftrag an die Fa. Kanzler, Waldhausen, zum Preise von S 1,744.017,- exkl. MWSt. übertragen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1,745.000,-- (eine Million siebenhundertfünfundvierzigtausend)

werden bei der VSt 5/8110/0050450.4 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so angenommen.

Hier möchte ich einfügen, daß das eine sehr unangenehme Sache ist diese Vergabe. Sie entspricht auch nicht - deswegen muß sie im Gemeinderat beschlossen werden - unserer Vergabeordnung. Das ist auch für mich ein Anlaß, daß ich eine Novellierung unserer Vergabeordnung hier zumindest ankündigen möchte, weil wir vorsehen sollten in der Vergabeordnung, daß uns solche Dinge nicht mehr passieren. Hier müssen die entsprechenden Möglichkeiten eröffnet werden und ich denke auch daran, daß wir unter Umständen auch über unsere Schutzklausel von 5 Prozent in diesem Zusammenhang ernsthaft reden müssen. Hier sind seitens der Wirtschaft, der Bundeswirtschaftskammer, schriftlich bereits Einwendungen mehrmals vorgebracht worden, die diese Schutzklausel nicht akzeptieren wollen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich möchte noch etwas dazusagen. Zu den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters möchte ich bemerken, wir waren für diese Ortsschutzklausel speziell in der Zeit nach 1984, als die Krise in Steyr mit den Steyr-Werken begonnen hat und die Wirtschaft wirklich sehr darnieder lag. Ich bin aber durchaus der Auffassung, daß man in Zeiten wie diesen, wo sich die Wirtschaft sehr gut erholt hat und an und für sich floriert, diese Ortsschutzklausel wieder aufhebt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir werden im Herbst einen entsprechenden Beschluß in dieser Richtung vorbereiten.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Bei meinem letzten Antrag geht es um die Ersatzbeschaffung von Garagen im Stadtteil Wehrgraben, Abschnitt II Gaswerkasse. Wie Sie wissen, hat es ja in diesem Bereich unzählige Blechgaragen gegeben, die eigentlich zum Großteil oder zum größten Teil konsenswidrig errichtet waren und im Zuge der Ausstellung Museum Arbeitswelt wurden die betroffenen Errichter veranlaßt, diese Garagen wegzuräumen. Es wurde Ihnen zugesagt, daß ein gewisser Ersatz geschaffen wird so bald die Ausstellung vorbei ist. Nunmehr hat sich ein Areal angeboten im Bereich des Gaswerkes, wo der alte Gasometer stand. Ich darf vorab erläutern, daß dieser Platz rein optisch und städteplanerisch keine Beeinträchtigung durch die Garagen erfährt. Er ist einerseits von der Gaswerkasse durch eine Mauer abgeschirmt und nicht einsehbar. Von der anderen Seite ist der Steyrfluß und auch vis-à-vis kann man eigentlich in diesem Bereich kaum gehen, so daß diese Garagen meiner Meinung nach dort absolut nicht stören. Sie sind zudem so errichtet in einer Fertigteil-ausführung, daß sie auch wieder entfernt werden könnten. Sollte einmal - was vielleicht in weitester Zukunft sein könnte - das Gas- und Wasserwerk, diese städtischen Unternehmungen, woanders hingesiedelt werden und sollte dieser Bereich für Wohnzwecke genutzt werden, was ich mir durchaus vorstellen könnte und was vielleicht auch sinnvoll wäre, dann könnte man diese Garagen dort einbinden oder zum Teil auch sehr leicht wieder versetzen.

Der Antrag lautet:

21) Bau5-3523/87

Ersatzbeschaffung von Garagen im Stadtteil
Wehrgraben - Abschnitt II, Gaswerkasse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 6. 6. 1989 wird im Zusammenhang mit der Ersatzbeschaffung von Garagen im Stadtteil Wehrgraben - Abschnitt II - der Auftrag zur Errichtung von 25 Garagenstellplätzen in der Gaswerkasse an die Fa. Zwettler, Steyr, zum Preise von S 876.187,- netto übertragen.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 500.000,-- (fünfhunderttausend)

bei der VSt 5/8460/010350.4 freigegeben sowie eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 380.000,-- (dreihundertachtzigtausend)

von der VSt 5/8330/010140.4 auf die VSt 5/8460/010350.4 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VSt 5/8330/010140.4 zu erfolgen.

Der Preis war ursprünglich wesentlich höher, 1,821.283,- wobei da allerdings noch 13 Garagenplätze in der Blumauergasse geplant waren. Das ist ja hinlänglich bekannt, dieses Projekt wurde ja zurückgestellt aus verschiedenen Schwierigkeiten

und Überlegungen. Durch die Bekanntgabe der Fundamentierung für die Garagen, die sich wesentlich einfacher gestaltet hat bzw. durch die Eigenleistung der Mieter ergibt sich jetzt dieser verminderte Betrag.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zu Wort gemeldet ist Kollege Pragerstorfer.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, dieses Garagenprojekt berührt mich von zwei Seiten. Erstens einmal, es kommt nicht in den Bauausschuß. Wenn ein Privater, wie es schon vor einiger Zeit der Fall war, 20 Garagen baut, dazubaut am Hubergutberg, dann kommt das in den Bauausschuß, wird vorgestellt, präsentiert, ob das in Ordnung ist. Wenn die Stadtgemeinde so etwas macht, ist das nicht nötig. Das ist etwas, was mich sehr stört. Zweitens möchte ich warnen davor, nach all diesen Dingen, die im Wehrgraben passiert sind, daß man da einfach irgendwo irgendetwas baut - das wird die Gaswerksgasse doch sehr nachhaltig verändern, auch wenn man die Garagen nicht auf die Gaswerksgasse herauschauen läßt - bevor man nicht bei einer entsprechenden Stadtteilversammlung das den Leuten präsentiert hat. Noch dazu nach diesen 13 Garagen, die im Bild der Öffentlichkeit für die Steyrer Politiker doch einen recht peinlichen Rückzieher beinhaltet haben. Nachdem man zuerst gesagt hat, da baut man an einer nicht einsehbaren Stelle 13 Garagen hin und und und. Plötzlich kommt man darauf, da kostet die Zufahrt S 700.000,-, so läßt man das lieber. Noch ein peinlicher Rückzieher wäre noch schlimmer. Ich würde also empfehlen, in diesem Fall die von Herrn Bürgermeister schon geplante zugesicherte Versammlung im Wehrgraben dazu zu nützen, das vorzustellen und erst dann die ganze Sache zu bauen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich trete den Vorsitz kurz ab an Kollegen Wippersberger, weil ich darauf antworten möchte.

Zu diesem Thema darf ich zwei Dinge sagen. Erstens ist es kein Rückzieher bei den Garagen hinter dem Ledigenheim in der Blumauergasse, und zwar deswegen, weil der Betrag für die Zufahrt S 700.000,- ausmacht und dieser Betrag meines Erachtens nach für 13 Garagen nicht gerechtfertigt ist. Da sind wir aber nicht zufällig daraufgekommen, daß das so viel kostet, sondern durch die Ausschreibung. Das Ausschreibungsergebnis hat diesen Betrag erbracht und die Ausschreibung war ja erst kürzlich. Die ursprünglichen Schätzungen des Bauamtes waren anders, die waren wesentlich niedriger. Außerdem hätte man dort ursprünglich viel mehr Garagen vorgesehen, so daß sich ein verhältnismäßig vertretbarer Betrag pro Garage errechnen hätte. Eines möchte ich schon sagen, wir haben uns sehr bemüht, daß wir im Zuge der Landesausstellung - das wird ja nicht erwähnt - diese entsetzlichen Blechgaragen im Wehrgraben weggebracht haben. Die Zustimmung der Leute war dazu auch notwendig, weil das war ja ihr Eigentum bitte sehr. Und in vielen persönlichen Gesprächen - das war gar nicht so einfach, mit jedem Einzelnen hat verhandelt werden müssen - ist die Bereitschaft erarbeitet worden von uns mit den Leuten, denen die Garagen gehört haben, daß wir die weg tun, daß wir aber Möglichkeiten suchen, ihnen Ersatz zu bieten. Das gute Recht muß ich ja jemandem zugestehen und unter der Voraussetzung, daß derjenige selbst einen Beitrag leistet für die Errichtung dieser neuen Garagen. Da hat sich ursprünglich das in der Blumauergasse ergeben, da sind aber diese verschiedenen Probleme - es wären ja ursprünglich zwei Etagen notwendig gewesen, damit man alle unterbringt. Das ist aus Zufahrts- oder aus Kostengründen sofort ad acta gelegt worden und wir haben um eine andere Möglichkeit ersucht. Diese Möglichkeit hat sich ergeben im Gelände bitte

sehr des ehemaligen Gaswerkes, wo dieser Gasometer gestanden ist. Das ist von außen nicht einsichtig, die Zufahrt ist ohne weiteres zu gestalten und wir haben diese Problematik einerseits weggebracht mit diesen entsetzlich anzuschauenden Garagen und haben dort eine Lösung gefunden, die gar nicht für alle Zeiten dort sein muß, weil ja die Möglichkeit besteht - es handelt sich ja um Fertigteilgaragen, die dort hingebaut werden in zwei Reihen, die unter Umständen auch abgesiedelt werden können, ohne daß etwas Besonderes passiert, wenn beispielsweise eine Wohnverplanung in diesem Gebiet Platz greifen sollte. Es sind da Vorstellungen in dieser Richtung, darauf hat ja Kollege Schloßgangl schon hingewiesen. So ist das wirklich nicht. Es war also notwendig oder ist notwendig, dies zu erledigen. Wir reden schon zwei Jahre darüber und es ist mit allen Betroffenen dort unten gesprochen worden. Mich interessiert wirklich nicht jemand, der in Kronstorf wohnt und seine Einwände bei uns vorbringt. Ich meine damit Herrn Prack. Ich habe gesagt mich interessiert der Einwand eines Kronstorfers, eines Mannes der in Kronstorf wohnt, nicht. Herr Prack hat ja bei mir Einwände vorgebracht. Mich interessiert, was die Leute wollen, die dort Garagen gehabt haben. Denen müssen wir helfen, das ist entscheidend. Die kommen zu uns und wollen etwas, und dann sind andere da, die sagen, stellt sie lieber zwei Meter rechts oder links hin oder macht irgendeine Stützmauer oder ein Dach drüber, daß man sie nicht sieht. So geht es ja nicht. Das war bitte nur ein Diskussionsbeitrag.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich darf nur zwei Sätze zu Kollegen Pragerstorfer sagen. Wenn Sie sagen, alles was gebaut wird, kommt in den Bauausschuß, so ist das ein Irrtum. In den Bauausschuß kommen nur jene Bauansuchen, wo eine Ausnahmegenehmigung gemacht werden muß. Eine Ausnahmegenehmigung, wenn das mit der Bauordnung nicht zusammenstimmt. Aber in diesem Fall ist eine Ausnahmegenehmigung wirklich nicht notwendig. Alle solche Ansuchen kommen nicht in den Bauausschuß, die weitaus meisten Bauansuchen werden nicht im Bauausschuß behandelt. Das möchte ich aufklärend dazusagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe im Finanz- und Rechtsausschuß und auch bei einer anderen Gelegenheit schon einen Vorschlag gemacht, der natürlich entgegengesetzt ist in der Richtung dieser 25 notwendigen Ersatzgaragenstellplätze. Meine Meinung, bevor ich diesen Amtsbericht gelesen habe, war in der Richtung, daß ich das Gelände dort ein bißchen näher begutachtet habe, daß es sich eigentlich anbieten würde, um zum notwendigen Wohnbau, zur Revitalisierung des Wehrgrabens von der Stadt her einen Beitrag zu leisten. Das war meine Auffassung, weil es dort eine Möglichkeit gibt, entweder die Stätte zu erweitern im Zusammenhang mit dem großen Projekt FAZAT, wo dort ja eine wesentliche Veränderung vor sich gehen wird. Ein zweites Moment war auch die Nähe zum Gebiet Steyrdorf - wir sanieren jetzt die Frauenschiefe mit einem ziemlich hohen Betrag - und hier wäre eine kurze Wegstrecke, in dieses Gebiet zu kommen, wo es große Parkplatzprobleme gibt. Aber entscheidend war mein Gedanke, daß man eigentlich den Wohnbau dort fortsetzen könnte. Die Infrastruktur wäre vorhanden, die Schule wäre da, ein Zentrum wäre geschaffen, daß sich die Leute dort begegnen könnten. Wenn wir jetzt entscheiden, und ich glaube, daß man für jene, die damals diese Wellblechgaragen weggeben mußten, Ersatz geben soll. Aber ob das der geeigneteste Platz wäre für die 25 traue ich mir zu bezweifeln. Ich würde mir das vorbehalten für die Erweiterung des Wohnbaues in diesem Gebiet. Wir haben dort keinen öffentlichen Grund mehr von der Stadt aus. Das

ist die letzte größere Grundfläche, die sich anbietet. Wobei ich sicherlich, und ich habe sehr entschieden das letzte Mal dafür Stellung genommen auch bei den 13 Garagen, daß, wenn man ein Versprechen gibt - ob vom Bürgermeister oder vom Gemeinderat - daß das einzulösen ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Keine Wortmeldung, ich bitte um das Schlußwort.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich möchte nur ganz kurz ergänzen, es wurden im Wehrgraben an die 7 Plätze vom Bauamt begutachtet, wo man eventuell diese Garagen aufstellen könnte. Unter anderem einer, der vom Platz her sehr geeignet wäre, beim Gasthaus Rejsek, den man aber aus städtebaulichen Überlegungen wieder fallen gelassen hat. Bei den anderen gibt es verschiedene Schwierigkeiten mit den Grundeigentümern, zum Großteil gehören diese Gründe den Steyr-Werken im Bereich des Eysnfeldes und ich glaube, daß diese Garagen, wie schon erwähnt wurde und wie ich auch anfangs ausgeführt habe, dort wirklich nicht stören und man sie später, sollte es wirklich zu einem Wohnbau kommen, sehr leicht versetzen kann. Wenn man bedenkt, daß vorher der Gasometer dort gestanden ist und wenn der noch stehen würde, wäre er ja auch keine Zierde für dieses Gebiet. Dagegen stören die Garagen im Verhältnis schon überhaupt nicht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (GAL - Ing. Pragerstorfer) angenommen.

Ich danke Kollegen Schloßgangl für seine Berichte. Kollege Steinmaßl ist der Nächste.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herrn en Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe Ihnen heute nur einen Antrag zur Beschlußfassung vorzutragen. Es handelt sich um die Errichtung der Kanalisation Steyrdorf, und zwar um die Erneuerung bzw. Neuverlegung von Trinkwasser- und Erdgasversorgungsleitungen im Baubereich.

22) ÖAG-3712/89

Stadtwerke

Errichtung Kanalisation Steyrdorf; Erneuerung bzw. Neuverlegung von Trinkwasser- und Erdgasversorgungsleitungen im Baubereich.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 6. 6. 1989 werden im Zusammenhang mit der Erneuerung bzw. Neuverlegung von Trinkwasser- und Erdgasversorgungsleitungen im Bereich Direktionsberg, Pfefferlweg, Fabrikstraße und Frauenstiege nachstehende Aufträge vergeben:

1) Tiefbauarbeiten: Arge Beer & Janischofsky, Mayr-Bau, Steyr, zum Preise von

S 388.816,- exkl.MWSt.

2) Lieferung der Absperrorgane, PE-Rohre und Installationsmaterialien: Fa. Kontinentale, Wels zum Preise von

S 38.518,- exkl.MWSt.

Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ :

Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? oder übt jemand Stimmenthaltung?. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Danke. Kollege Zöchling ist der nächste Berichterstatter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Ich darf Ihnen zwei Anträge, die letzten zwei, vortragen und bitte Sie um Genehmigung. Beide Anträge kommen vom Stadtsenat. Der erste Antrag lautet:

23) GHJ2-7454/87

Gem. eindeutiges Objekt Wagnerstraße 2 - 4;
Fenstererneuerung - 1. Etappe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 3. 5. 1989 werden im Zusammenhang mit der Fenstererneuerung, 1. Etappe, im Objekt Wagnerstraße 2 - 4 nachstehende Aufträge vergeben:

1. Kunststoff-Fensterlieferung an die Fa. Reform, Steyr,
(Eintrittsrecht gem. § 10 Abs. 4 der Vergabeordnung
für die Stadt Steyr) zum Preise von S 446.585,- o.MWSt.
2. Baumeisterarbeiten an die Fa. Mayr-Bau, Steyr, zum
Preis von S 115.690,- o.MWSt.
3. Malerarbeiten an die Fa. Huber, Steyr, zum Preis von S 10.000,- o.MWSt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 572.500,- (fünfhundertzweiundsiebzigtausendfünfhundert)

werden bei der VA-Stelle 5/8460/010000.5 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gegenteilige Auffassungen? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (GAL - Ing. Pragerstorfer) angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Im Sportheim Hubergut müssen Umdeckungsarbeiten durchgeführt werden. Es ergeht daher folgender Antrag:

24) GHJ2-2451/89

Gemeindeeigenes Objekt Sportheim Hubergut;
Umdeckungsarbeiten - 1. Etappe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 22. 5. 1989 werden im Zusammenhang mit der Erneuerung der Dacheindeckung im Sportheim Hubergut, 1. Bauetappe, nachstehende Aufträge vergeben:

1. Dachdeckerarbeiten an die Fa. Lipfert, Steyr,
zum Preise von S 508.260,- inkl. MWSt.

2. Spenglerarbeiten an die Fa. Vratny, Steyr, zum Preis von S 60.984,-inkl.MWSt.
 3. Zimmermannsarbeiten an die Fa.-Weidinger, Steyr, zum
Preis von S 45.600,-inkl.MWSt.
 4. Blitzschutzanlage:
an die Fa. Kammerhofer, Steyr, zum Preise von S 47.952,48 inkl.MWSt.
- Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 663.000,-- (sechshundertdreiundsechzigtausend)
werden bei der VA-Stelle 5/2622/010000.6 freigegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es zu diesem letzten Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich bitte noch einmal um ein Zeichen mit der Hand, wer für diesen Antrag ist? Danke. Ist jeman dagegen? Gibt es eine Enthaltung? Einstimmig so beschlossen. Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt und wir kommen zur Aktuellen Stunde.

Sozialistische Fraktion? Keine Wortmeldung. Österr. Volkspartei? Keine Wortmeldung. KPÖ? Keine Wortmeldung. GAL? Kollege Pragerstorfer bitte.

Beginn der Aktuellen Stunde: 19.15 Uhr

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, ein Thema, das immer wieder kommt. Heuer im Frühjahr war es relativ regnerisch und ich fahre mindestens zweimal am Tag quer durch Steyr und immer wieder fällt mir einiges auf. Steyr hat neben vielen schönen alten Bauten auch eine ganz erkleckliche Anzahl von grauen Mauern. Die bringe ich wieder einmal auf das Tapet. Man soll doch endlich wieder einmal etwas unternehmen an den Unterführungen, ob das jetzt Bundesbauten oder städtische Bauten sind, diese vielen grauen Mauern zu beseitigen. Es gibt eine ganze Reihe Möglichkeiten und Methoden, die grauen Mauern werden durch die diversen Straßenbauten eher mehr als weniger. Getan wird dafür nichts. Mich ärgert das jedes Mal beim Fahren. Wenn es regnet, schaut es noch trister aus als bei Sonnenschein und ich denke mir, da könnte man doch irgend etwas dagegen tun, da wäre doch etwas möglich. Es ist im Zusammenhang mit der Verschandelung der Stadt oft gegen die Werbeflächen losgezogen worden, aber die Werbeflächen haben wenigstens den Vorteil, daß sich alle paar Monate etwas ändert, hin und wieder bekommt man sogar ein paar ganz netto Fotos darauf zu sehen. Die grauen Mauern werden immer nur scheußlicher. Ich meine Stützmauern, Unterführungen, alles was mit diesem Sektor zu tun hat.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Sozialistische Fraktion dazu? ÖVP dazu?

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Nur ein Hinweis. Es wird ja ohnehin versucht, die Mauern zu begrünen. Wenn man genau schaut, erkennt man sogar schon die Wirkungen schon.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich möchte als Bürgermeister sagen, daß wir natürlich alle interessiert sind - es wird ja wirklich viel getan - daß unsere Stadt schöner wird. Wir sind für jede Anregung dankbar in dieser Richtung. Wir werden das nicht so ad acta legen, sondern diese Dinge werden laufend behandelt. Wenn Möglichkeiten bestehen, werden wir auch für das Auge etwas machen.

Danke, damit sind wir am Ende der Aktuellen Stunde.

Bevor ich die Sitzung schließe, darf ich bekanntgeben, daß der Gemeinderat heute

Beschlüsse des Stadtsenates in der Höhe von S 816.900. zur Kenntnis genommen hat und in den Verhandlungsgegenständen Beträge von S 12,605.800,- freigegeben wurden.

Ich darf abschließend nochmals die Einladung zum Jungbürgerempfang am Samstag aussprechen und im übrigen, es ist die letzte Sitzung vor dem Urlaub, darf ich allen einen erholsamen Urlaub wünschen.

Ich danke für die Mitarbeit, die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 19.20 Uhr.

DER VORSITZENDE:



DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Gerdhard Gungenberger



DIE PROTOKOLLPRÜFER:

